Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 25 – 20. Juni 2009 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Am Ende doch wieder Schwarz-Rot? Steinmeier muß sich womöglich erneut mit dem Platz hinter Merkel begnügen. Bild: ddp

In Erklärungsnöten

Sozialdemokraten erkennen, daß sie sich nach links verlaufen haben

Die SPD schlingert zwischen den harten Parolen eines Lagerwahlkampfs und sanften Avancen an die FDP. Beobachter vermuten: Steinmeier hat das Kanzleramt längst abgeschrieben und zielt auf die Wiederauflage von Schwarz-Rot.

Der SPD sitzt nicht nur die Schlappe bei der Europawahl im Nacken. Vor allem plagt die Sozialdemokraten ein Glaubwürdigkeitsproblem. Dem versuchte die Parteiführung um Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier immerhin dadurch abzuhelfen, daß sie sich endlich das Zugeständnis abrang, am 7. Juni elend untergegangen zu sein. Zuvor war stets auf die Verluste der Union hingewiesen worden, um die eigene Niederlage kleinzureden.

Von jetzt an aber werde alles besser – dies sollte die Botschaft des Berliner Wahlparteitags vom vergangenen Sonntag sein. Doch neben dem ungeklärten inhaltlichen Standpunkt irgendwo zwischen Sozialismus und „neuer Mitte“ quält die SPD die Frage: Mit wem will die älteste deutsche Partei denn regieren, wenn die rot-grüne Variante keine Mehrheit findet?

> Identitätskrise der SPD treibt sie zurück zur Großen Koalition

Steinmeier ritt auf dem Parteitag eine furiose Attacke gegen Schwarz-Gelb. Die „Neoliberalen“, die die Krise verursacht hätten, seien die Falschen, um das Problem zu lösen.

Das klingt nach hartem Lagerwahlkampf mit der Aussicht auf Rot-Rot-Grün. Doch nach dem qualvollen Desaster von Hessen und der Niederlage bei der Kür des Bundespräsidenten ist diese umstrittene Option vorerst in die Ferne gerückt. Dies umso mehr, weil zu erwarten ist, daß die Linkspartei ihr radikalpopulistisches Profil noch verbissener herausstreichen wird. Denn: Auch für Gysi und Lafontaine war die EU-Wahl eine herbe Enttäuschung; die Dunkelroten haben die Siegerstraße verlassen. Ihre Antwort darauf dürfte eine weitere Zuspitzung ihrer Positionen und eine stärkere Abgrenzung von der SPD sein. Keine gute Basis für eine Zusammenarbeit.

Das wird auch im Willy-Brandt-Haus erkannt, wo man offenkundig händeringend nach Alternativen sucht. So brachte SPD-Fraktionschef Peter Struck am Tag nach dem Parteitag erneut die „Ampel“, eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP ins Spiel. Mit jener FDP also, die sein Kanzlerkandidat kurz zuvor als Nest der kapitalistischen Sünde verdammt hatte. Wie dies beides zusammenpaßt, werden die Wahlkämpfer der SPD den Deutschen noch erklären müssen. Leicht wird das nicht.

Unter Berliner Beobachtern wird unterdessen spekuliert, daß Steinmeier spätestens seit der EU-Wahl das Kanzleramt insgeheim abgeschrieben hat. Da andere Möglichkeiten kaum aussichtsreich erscheinen, setze der Kandidat nunmehr auf eine Fortsetzung der Großen Koalition unter Angela Merkel. Davon aufgeschreckt sprang sogar Grünen-Chefin Renate Künast über ihren Schatten und rückte Schwarz-Grün auch auf Bundesebene in den Bereich des Denkbaren. *Hans Heckel*

WILHELM V. GOTTBERG:

Quo vadis Iran?

Exakt 30 Jahre ist es her, daß eine bürgerliche Oberschicht sowie das vom Militär gestützte autoritäre Schah-Regime durch die von den Mullahs geführte islamische Revolution hinweggefegt wurden. Iran (Persien) war damals und ist auch heute aufgrund seiner Öl-Exporte reich, gleichwohl ist es ein rückständiges Land mit erschreckender Armut in den ländlichen Regionen. Der letzte Schah wollte das mit radikalen Reformen von oben ändern. Dies ging schief, weil kein Land mit übergestülpten Reformen aus dem 19. Jahrhundert innerhalb von zwei Dekaden zum Ausgang des 20. Jahrhunderts gebracht werden kann. Die beharrenden Kräfte innerhalb und im Umfeld der Moscheen waren damals stärker.

Heute ist das anders. Die junge Generation im Iran hat für die islamische Republik mit Wächterrat, Mullah-Regime und oberstem geistlichen Führer nicht mehr viel Sympathie. Die Menschen wollen Freiheit, zunächst geistige Freiheit. Da diese Freiheit in den Moscheen nicht gewährt wird, bleiben viele weg und gehen auf die Straße. Die manipulierte Wahl des Staatspräsidenten ist Anlaß für massive Proteste. Es brodelt im Iran.

Reformen können nur schrittweise realisiert werden, die Reformer müssen die Menschen mitnehmen. Das lehrt die Geschichte des Irans. Noch sind die Stützen der islamischen iranischen Republik sehr stark. Ein Blutbad wie in Peking 1989 kann für Teheran nicht ausgeschlossen werden. Die Folgen wären für Europa und Deutschland verheerend. Iran ist wichtiger Erdöl-Exporteur. Der aufkeimende Optimismus hinsichtlich der Überwindung der Weltwirtschaftskrise würde zerstört.

Zwiespältige Rolle

Politik soll eigene Landesbanken sanieren

Bisher steht nur der Termin fest: Am 3. Juli soll im Bundestag das „Bad Bank“-Gesetz verabschiedet werden. In zwei separaten Modellen soll es den Privatbanken wie den Landesbanken die Möglichkeit geben, ihre Bilanzen von den sogenannten „toxischen“ Papieren zu reinigen. Ziel ist es, die zögerliche Kreditvergabe der Banken durch Abnahme ihrer Risiken zu verringern.

Ob das Gesetz das halten kann, was sich Politik und Wirtschaft von ihm erhoffen, darüber streiten die Experten. Auch gibt es zu viele Unbekannte, um die Folgen der Ausgliederung der Schrottpapiere aus dem Bankenbestand über einen Zeitraum von 20 Jahren abzuschätzen. Vor allem bei den Landesbanken ist noch ungewiß, wie viele faule Kredite in den Bilanzen schlummern. Da an den Landesbanken verschiedene Bundesländer und Sparkassen (häufig im Eigentum von Kreisen) Miteigentümer sind, hat die Politik die Rolle, Mit-Verursacher der Krise und Sanierer gleichzeitig zu sein. Innerhalb der Union erhöht sich der Druck auf eine Aufweichung des Konzeptes für die öffentlich-rechtlichen Landesbanken. Vor allem den für die regionale Wirtschaft so wichtigen Sparkassen wollen CDU und CSU bei der Risikoverteilung entgegenkommen. *Bel*

> Sorge um Mithaftung der Sparkassen

»Wir haben das Problem nicht im Griff«

Integration fällt Türken schwerer als allen anderen Migranten: Sie schotten sich ab

In der vergangenen Woche stand das Thema Integration von Ausländern gleich zweimal im öffentlichen Interesse. Der Integrationsbericht der Bundesregierung untersuchte unter anderem ihre Bildungschancen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft. Eine repräsentative Studie des Allensbach-Instituts im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung unter Migranten fragte hingegen, wie sehr sie sich mit Deutschland identifizieren. Bei beiden fielen die türkischen Zuwanderer aus der Masse der anderen Ausländer heraus. Bei ihnen ist die Ausbildung schlechter, die Arbeitslosigkeit höher und die Kriminalität stärker ausgeprägt. Und nur 29 Prozent von ihnen nennen die Bundesrepublik ihr Heimatland. Bei Menschen aus Rußland, Ex-Jugoslawien und anderen Ländern sind die Werte deutlich besser. Woran das genau liegt, kann man zwar anhand verschiedener Daten erahnen, doch Lösungsansätze, wie man die größte Ausländergruppe Deutschlands mehr in die Gesellschaft einbindet, ergeben sich daraus noch nicht. Etwa 2,5 Millionen Türken und Türkischstämmige leben in Deutschland, doch sie zu erreichen, gelingt nur zögerlich.

> Kinder bereits im Vorschulalter erreichen

Maria Böhmer (CDU), ihres Zeichens Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, versucht, den Integrationsbericht als Erfolg zu verkaufen. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, so Böhmer. Heinz Buschkowsky (SPD), Bürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln, gibt sich keiner falschen Illusionen hin. „Wir haben das Problem nicht im Griff“, gesteht er. In Neukölln mit einem Migrantenanteil von rund 50 Prozent wird er täglich mit dem Thema Integration konfrontiert. „Wir haben im Bezirksamt 40 Auszubildende mit Migrationshintergrund, deren Kenntnisse in deutscher Sprache oder Mathematik sind oft auf Grundschulniveau.“ Er plädiert dafür, bereits eine kostenlose Vorschulbetreuung anzubieten. Die letzte Kindergelderhöhung von zehn Euro hätte seiner Meinung nach lieber in diesen Bereich investiert werden müssen. Damit macht er deutlich, daß in vielen Migrantenfamilien bestimmte Defizite vorherrschen, von denen er glaubt, daß sie nicht vor Ort behoben werden können.

Mangelnde Deutschkenntnisse sind das eine, genau wie die in der Studie genannten mangelnden sozialen Kontakte. Auch Ablehnung in der Gesellschaft und der Wirtschaft gerade gegenüber der Gruppe der Türken und Türkischstämmigen auch aufgrund vorheriger schlechter Erfahrungen würden dazu führen, daß vor allem diese Migrantengruppe sich noch tiefer in ihre eigenen Sphären zurückzieht. Darauf deutet auch die Allensbachstudie hin: 61 Prozent der türkischen Migranten haben das Gefühl, weniger anerkannt zu werden als Deutsche. *Bel*

MELDUNGEN

Soldaten fühlen sich allein

Detmold – Die Militärseelsorger in Afghanistan haben alle Hände voll zu tun. Das berichtet der Evangelische Militärbischof, der lippische Landessuperintendent Martin Dutzmann. Er hat im Mai die Bundeswehrtruppen in Afghanistan besucht. Nach seiner Einschätzung hat sich die Sicherheitslage dort deutlich verschlechtert. Die Soldaten seien Extremsituationen ausgesetzt; dies führe auch zu einem großen Interesse an Seelsorgeangeboten. Die Gottesdienste seien gut besucht. Er bat die Kirchengemeinden, sich intensiver mit der Situation der Soldaten in Auslandseinsätzen auseinanderzusetzen und für sie im Gebet einzutreten. Sie fühlten sich oft allein gelassen und klagten, daß ihre Arbeit und das damit verbundene Risiko nicht ausreichend Anerkennung fänden. Von der Politik wünscht sich Dutzmann eine konkretere Zielformulierung für die Militäraufgaben in Afghanistan. Die Aussage von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), daß der Einsatz noch fünf bis zehn Jahre nötig sei, sei zu vage. *idea*

Schwerer Stand im Kosovo

New York – Wie UN-Generalsekretär Ban Ki Moon in seinem regulären Quartalsbericht ausführte, gehen die Kosovobehörden auf Gegenkurs zu den Vereinten Nationen. Die UN-Übergangsverwaltung UNMIK und ihr Chef, der italienische Diplomat Lamberto Zannier, werden ignoriert oder zum umgehenden Verlassen des „souveränen“ Kosovo aufgefordert. Andererseits drängen die im nordkosovarischen Mitrovica lebenden 100 000 Serben darauf, daß allein UN und ihre Institutionen im Kosovo das Sagen haben. Ende des Jahres sind Lokalwahlen geplant, die unter solchen Vorraussetzungen schwierig zu werden drohen. UN und Nato sehen vor, die Kosovo-Schutztruppe Kfor innerhalb des nächsten halben Jahres von jetzt 14 000 auf 10 000 Mann zu verringern. *W.O.*

Jetzt forcieren die Bischöfe den Streit

Die Kritik an Kapellen- und Priesterweihen der Pius-Bruderschaft hat wenig Substanz

Durch immer neue Nadelstiche versuchen katholische Bischöfe in Deutschland den Streit um die Pius-Bruderschaft neu zu entfachen. Ging es Anfang des Jahres vor allem um die antisemitischen Äußerungen des Bischofs Williamson, so beschweren sich nun namentlich der Regensburger und der Fuldaer Bischof beim Vatikan über die Aktivitäten der Pius-Bruderschaft in Deutschland. Bei der Bevölkerung stößt das Vorgehen der Bischöfe auf Ablehnung.

Schwere Geschütze fährt der Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen auf. Von einem „Affront gegen die Einheit der Kirche“ und dem „Bruch des Kirchenrechts“ ist die Rede. Doch was ist passiert? Die Bruderschaft hat in der Nähe Fuldas kürzlich eine kleine Kapelle für Gottesdienste in der traditionelle Liturgie geweiht, weil sich der Bischof weigerte, eine der vielen Kirchen Fuldas für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Auch Gesprächsangebote seitens der Bruderschaft sowie eine Einladung zum Feiern von Gottesdiensten in der neu geweihten Kapelle lehnte der Bischof brüsk ab.

Dieser Kurs kommt bei der mehrheitlich katholischen Bevölkerung der Gegend nicht gut an. Ein Kommentator in der „Fuldaer Zeitung“ merkte an, daß erstaunlich viele Leserbriefe die Pius-Brüder in Schutz nehmen und „mit dem Fuldaer Bischof hart ins Gericht“ gehen würden. Dem Fuldaer Oberhirten wird von seiner kirchlichen Basis vorgeworfen, daß er Priester rücksichtslos versetze, wenn sie seinen umstrittenen Reformprozeß nicht „himmelhochjauchzend“ gutheißen würden. Jetzt aber sei er wehleidig, wenn eine kleine Gruppe „sich ein Kirchlein errichten möchte“. Andere Leser äußerten ihr Unverständnis, darüber, daß der Bischof die eigenen Glaubensgenossen unter fadenscheinigen Gründen angreife und stellten fest: „Dieser Bischof hat Fulda kein Glück gebracht.“

Ungeachtet der Kritik an der eigenen Basis zeigte Algermissen den Vorgang der Kapellenweihe beim Apostolischen Nuntius Erzbischof Jean-Claude Perisset an, damit der Papst informiert werde, wie auf „seinen barmherzigen Akt“ der Rücknahme der Ex-Kommunikation reagiert werde. Ein solches Ansinnen wird von kirchlichen Beobachtern als völlig abwegig angesehen, da der Papst über die Vorgänge in seiner deutschen Heimat als außergewöhnlich gut informiert gilt. Zudem hat Rom Kapellen- oder Priesterweihen nicht offiziell untersagt. Vielmehr wird offenbar stillschweigend von der Kirchenzentrale akzeptiert, daß die Piusbruderschaft mit ihren 500 Priestern und mehr als 600 000 Mitgliedern ihr gemeindliches Leben nicht einfach zum Stillstand bringen kann, bis die eventuell jahrelangen theologischen Klärungen abgeschlossen sind. Die Weihen gelten kirchenrechtlich zwar als nicht erlaubt, aber dennoch als gültig, da sie von geweihten Bischöfen vollzogen wurden oder werden.

Daher muten die Proteste des Regensburger Bischofs Gerhard Ludwig Müller gegen die für den 27. Juni angesetzten Priesterweihen im Seminar der Piusbruderschaft im bayrischen Zaitzkofen ebenso seltsam an. Bereits im Frühjahr hatte Müller den Vatikan schriftlich um Anweisung gebeten, wie er mit den Pius-Brüdern verfahren solle, und keine Antwort erhalten. Nun muß er eingestehen, daß „es allein dem Vatikan vorbehalten sei“, wie mit der Piusbruderschaft umzugehen sei. Über seinen Sprecher läßt Müller dennoch dem Papst den Rat zukommen, er solle über mögliche Sanktionsmaßnahmen nachdenken, wie etwa die erneute Exkommunikation des weihenden Bischofs.

Ob solche Argumente den Papst beeindrucken werden, dürfte fraglich sein. Papst Benedikt XVI. klagte in seinem Brief vom 12. März an alle katholischen Bischöfe der Welt über die „sprungbereite Feindseligkeit“ kirchlicher Kreise anläßlich der Aufhebung der Ex-Kommunikation der vier Pius-Bischöfe. Damit dürften wohl auch deutsche Bischöfe gemeint gewesen sein, deren Vorsitzender Erzbischof Robert Zollitsch Anfang März lauthals die Rücknahme der Ex-Kommunikationsaufhebung gefordert hatte. Am Ende der Bischofskonferenz in Hamburg mußte Zollitsch allerdings kleinlaut eingestehen, daß eine solche Entscheidung allein in Rom erörtert und gefällt werden kann. Das hinderte Zollitsch aber nicht daran, jetzt erneut an Rom zu appellieren, daß die „Provokation“ der Priesterweihe eine klare Antwort finden müsse.



Dem Fuldaer Bischof ein Dorn im Auge: Die Weihe der neuen Kapelle „Muttergottes von der immerwaehrenden Hilfe“ der traditionalistischen Pius-Bruderschaft Bild: ddp



Bischof Algermissen

Mit solchen Forderungen überschätzen freilich die deutschen Bischöfe, die mit 1,4 Prozent nur einen verschwindend kleinen Teil des Weltepiskopats bilden, immer wieder ihre Bedeutung und Rolle. Nicht in Fulda oder Regensburg wird über die Einheit der katholischen Kirche entschieden, sondern in Rom.

Aus Rom ist bekannt, daß mit der Piusbruderschaft in Kürze ein theologischer Dialog begonnen werden wird. Die Zuständigkeit dafür ist der Glaubenskongregation zugesprochen worden, die der Papst – vor seiner Wahl zum Kirchenoberhaupt – über mehr als zwei Jahrzehnte lang geleitet hatte.

Die Piusbruderschaft läßt sich derweil von den bischöflichen Querschüssen nicht beirren. Wie am letzten Wochenende bekannt wurde, soll die Priesterweihe mit großem Aufwand und mit einer Messe unter freiem Himmel zelebriert werden. Bischof Bernard Fellay, der oberste Leiter der Pius-Bruderschaft, wird dazu anreisen, um die Weihe der drei Neupriester vorzunehmen. Weit über 1000 Besucher werden zum Gottesdienst erwartet.

Angriffslustig gibt sich derweil der Leiter des Priesterseminars in Zaitzkofen, Pater Stefan Frey, in einer Erklärung zur anstehenden Priesterweihe. Es gehe bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen konservativen und liberalen Kräften in der Kirche um Sein oder Nichtsein des Christentums in Europa. Die Zahl der sonntäglichen Gottesdienstbesucher in der katholischen Kirche Deutschlands sei in den letzten 50 Jahren von 13 auf drei Millionen zurückgegangen und 2008 wären erstmals unter 100 Neupriester geweiht worden. Man müsse sich fragen, woran das liege. *Hinrich E. Bues*

Die Schulden-Uhr: Die Bremse ausbremsen

Bundesrat und Bundestag haben zwar bereits die Einführung der sogenannten Schuldenbremse beschlossen, doch dagegen wehren sich nun die Linksfraktionen verschiedener Bundesländer. Im brandenburgischen Landtag haben die Mitglieder der Linksfraktion beschlossen, eine Verfassungsklage gegen die gesetzliche Regelung, daß die Länder ab 2020 keine Schulden mehr machen dürfen, einzureichen. Auch die Linksfraktionen in Niedersachsen und Bremen bereiteten entsprechende Klagen vor. In ihren Augen haben Bundestag und Bundesrat mit der Schuldenbremse gegen die Gesetzgebungsbefugnis des Landtages zur Verfassungsänderung und gegen die Haushaltshoheit des Landesparlaments verstoßen.

1.578.843.131.799 €

Vorwoche: 1.576.150.669.665 €
Verschuldung pro Kopf: 19 240 €
Vorwoche: 19 207 €

(Dienstag, 16. Juni 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Für viele Linke ein Staatsphilosoph

Jürgen Habermas wird 80 Jahre alt – Vordenker der studentischen Protestbewegung

Seit mehr als einem halben Jahrhundert mischt sich Jürgen Habermas in die Tagespolitik ein und gilt als Stichwortgeber der Republik. In dieser Rolle arbeitete er beständig und erfolgreich an der fast totalen Dominanz linken Denkens in Deutschland. Nicht ganz zu Unrecht titulierte ihn der ehemalige Außenminister Joschka Fischer als „fast einen Staatsphilosophen“.

Habermas, der dieser Tage 80 wurde, kann also zufrieden sein mit seinem Lebensweg. Er bezieht indes nach wie vor öffentlich Stellung zu einer Vielzahl aktueller Fragen, von der Geißelung der Irak-Politik des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush über den Disput mit dem damaligen Kardinal Ratzinger über Glaube und Vernunft oder das beherzte Plädoyer für ein Referendum über die Zukunft der Europäischen Union bis hin zur Kritik an der politischen Handlungsunfähigkeit als Ursache der Finanzkrise.

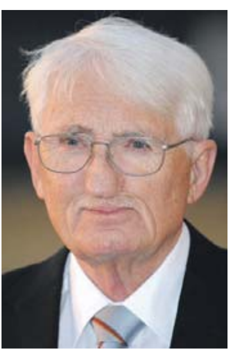
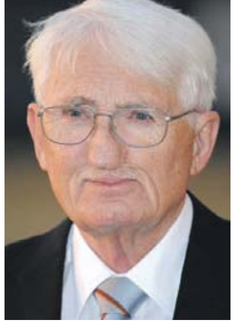
Schon zu Beginn seiner akademischen Karriere, insbesondere durch sein offensives Eintreten für eine Bildungsreform, avancierte Habermas zu einem Vordenker der studentischen Protestbewegung der 1960er Jahre. Neben Vorbildern wie Mao Zedong oder Che Guevara bezog sich die Bewegung auch auf die soziologischen Theorien der sogenannten „Frankfurter Schule“, die Kritik an der „kapitalistischen Überflußgesellschaft“ übten. Habermas versuchte, die kritische Theorie seiner Frankfurter Lehrer Max Horkheimer und

> Er popularisierte einen linken Begriff von »Toleranz«

Theodor W. Adorno, an deren Institut für Sozialforschung er Mitte der 1950er Jahre als Assistent arbeitete, aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm herauszuholen und sie in die Gesellschaft zu tragen. Habermas' Bruder im Geiste Herbert Mentor Marcuse hatte in einem wegweisenden Traktat über „repressive Toleranz“ 1965 gefordert, daß Toleranz nur noch linken, „emanzipatorischen“ Kräften gegenüber geübt werden dürfe, während allen konservativen, nicht-linken Kreisen die Teilnahme an der öffentlichen Debatte verwehrt bleiben müsse. Habermas popularisierte letztlich auch diese Idee, der linke Begriff von „Toleranz“, der heute die Debattenkultur zerrüttet, wurde nachhaltig von diesem Ansatz geprägt.

Habermas' politisches Engagement, etwa im „Kampf dem Atomtod“, also gegen die Stationierung von Atomraketen auf westdeutschem Boden, oder seine vom „demokratischen Sozialismus“ übernommenen Ideen übten großen Einfluß aus. Es kam zum Bruch mit Horkheimer, Adorno & Co., denn Habermas konnte und wollte nicht länger akzeptieren, daß diese den Geist einer „totalen Gesellschaftskritik“ aus der Flasche gelassen hatten, ohne reale politische Forderungen anzubieten. Kritiker meinen indes, Habermas „mußte“ die alten Vordenker auch deshalb aus dem Weg räumen, um selbst an die Spitze der philosophischen Debatte zu gelangen. Stets verband der Philosoph inhaltliche Diskussionen derart mit persönlichem Machtkalkül, dem Ringen um Deutungsmacht, daß kaum zu erkennen war, was den Vorrang genoß.

Seine Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ wurde zur Fibel der Anti-Springer-Aktivisten 1967/68, die sich übrigens auch an Argumentationsmustern der SED inspirierten. Den Aktionismus gegen die

Jürgen Habermas Bild: ddp

„herrschenden Verhältnisse“ in der Bundesrepublik, den die linken Studenten aus seiner Philosophie herleiteten, befand wiederum Habermas als zu radikal. Er überwarf sich mit den Anführern der Protestbewegung und nannte Rudi Dutschke einen „linken Faschisten“. Später bereute er diese Attacke jedoch.

Während der Zeit als Professor für Philosophie und Soziologie in Frankfurt entwickelte Habermas seine Ideen weiter. Seine Diagnose eines krisenanfälligen Konkurrenzkapitalismus und der Glaubwürdigkeitsprobleme der Politik aus dem Jahr 1973 greifen linke Theoretiker angesichts der aktuellen Finanzkrise gern wieder auf.

In den 1980er Jahren mischte er sich vehement in den sogenannten Historikerstreit ein. Der Historiker Ernst Nolte hatte die Parallelen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, ja die Vorbildfunktion des Stalinschen Vernichtungsapparats für die NS-Lager herausgearbeitet. Aus Furcht, unangenehme Wahrheiten über die Geschichte der radikalen Linken könnten dadurch ins Bewußtsein zurückkehren, schoß Habermas aus allen Rohren auf Nolte. Seit seiner Emeritierung 1994 lebt Habermas im bayerischen Starnberg. *G. H.*

Erntehilfe als Lebenshilfe

Von HARALD FOURIER

Am Sonnabend hat mich meine Freundin überredet, mit ihr zum Erdbeerenpflücken nach Altlandsberg zu fahren. Es gibt rund um Berlin lauter Bauern, die ihr Feld zur Ernte freigeben. Am Ausgang wird das bezahlt, was mitgenommen wird. Für vier Kilo Erdbeeren mußte ich nur acht Euro berappen – ein Superpreis.

Und es hat nicht mal lange gedauert. Nach 30 Minuten Sammeln war der Korb voll. Trotzdem war es nicht nur Spaß. Um ehrlich zu sein: Ich weiß jetzt, warum viele Zeitgenossen keine Lust haben, als Spargelstecher im märkischen Sand zu bohren. Schon nach 30 Sekunden hatte ich genug von der Arbeit im Knien, dem Bücken, dem mühsamen Abzupfen.

Jedes Jahr gibt es in der Saison aufs Neue diese Diskussion um Spargelstecher. Deutsche seien dafür zu faul, heißt es. Polen und andere Osteuropäer werden als Erntehelfer angeheuert. Für sie sind fünf oder sechs Euro in der Stunde viel Geld, bei sich zuhause. Für Deutsche bei den hiesigen Preisen nicht. Sie scheuen daher diese Arbeit. Der Staat hat immer wieder versucht, arbeitslose Deutsche dazu zu verpflichten. Aber es hat nichts genützt. Nach wie vor werden Spargel und Erdbeeren vor allem von Ausländern abgeerntet.

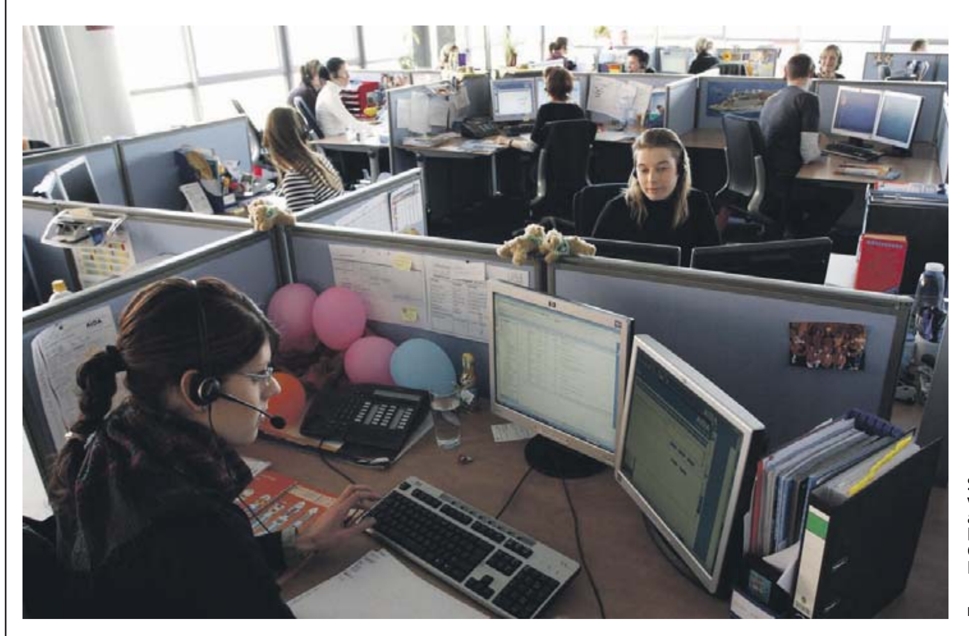
Vielen Deutschen werde es zu einfach gemacht, sich vor der unangenehmen Arbeit zu drücken, bemängeln Kritiker. Diesen Eindruck habe ich auch bei meinem letzten Termin beim Finanzamt Prenzlauer Berg gewonnen. Gleich daneben ist das Arbeitsamt, wo Arbeitslose betreut werden.

Neben mir an der Ampel stand ein junges Pärchen, um die 20 Jahre alt. Die beiden sprachen über ihren Termin bei ihrem jeweiligen Sachbearbeiter. Er: „Warum bist du in diesem Haus, und ich in dem anderen?“ Sie: „Weil du nicht schwerbeschädigt bist, Schatzi.“ Die Frau sah wirklich absolut fit aus, marschierte schnurstracks mit „Schatzi“ auf das Gebäude der Arbeitsagentur zu und wirkte dabei alles andere als schwerbeschädigt.

Natürlich kann mein oberflächlicher Eindruck auch täuschen, aber ich vermute, daß sich viele jugendliche Faulenzer, die eigentlich geistig und körperlich beschwerdefrei sind, mit irgendwelchen Tricks vor schwerer Arbeit drücken. Gerade deshalb sollten möglichst viele junge Hartz-IV-Empfänger zum Spargelstechen verdonnert werden, damit sie das wahre Berufsleben einmal kennenlernen. Danach werden sie einen Arbeitsplatz als Verkäufer, Fahrer oder Kellner schätzen lernen, wo sie zwar auch arbeiten müssen, aber abends nicht völlig zermartert ins Bett fallen.

Senat subventioniert Lohndrücker

Rot-Rot lockt mit Steuergeldern Callcenter an, ohne auf Mindestlöhne zu achten



Sie wurden für viele zum Inbegriff ausbeuterischer Niedriglöhne: Callcenter im Hochbetrieb

Bild: ddp

Rot-Rot in Erklärungsnot: Ausgerechnet der Berliner Senat unterstützt Firmen bei der Rekrutierung von Geringstverdienern, während SPD und Linke bundesweit für einen gesetzlichen Mindestlohn eintreten.

An der hohen Arbeitslosigkeit in Berlin hat die rot-rote Landesregierung nicht viel ändern können. Dabei sind gerade im Niedriglohnbereich – zuweilen ist auch von Lohndumping die Rede – in der Stadt in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze entstanden. Während gut bezahlte Jobs – zum Beispiel im Bankgewerbe – abgebaut wurden, haben sich „Callcenter“ in beeindruckender Zahl niedergelassen. Rund 190 solcher Telefonzentralen beschäftigen rund 7000 sozialversicherungspflichtige Mitarbeiter.

Die Bezahlung ist sehr dürftig – teilweise sogar so niedrig, daß die Menschen nicht davon leben können. Die durchschnittliche Vergütung beträgt nach Gewerkschaftsangaben im „Quelle Communication Center“ nur 6,04 Euro in der Stunde. Bei einer Arbeitszeit von 30 bis 35 Stunden pro Woche ergibt das einen Bruttolohn von etwa 750 bis 850 Euro im Monat.

Der Arbeitgeber spart die Differenz zu einem angemessenen Lohn und schickt statt dessen seine Arbeitnehmer zum Sozialamt, denn mit diesem Salär können nicht einmal die schäbigste Einzimmerwohnung bezahlt und der Kühlschrank gefüllt werden. Derartige Verhältnisse prangert die Linkspartei des Oskar Lafontaine regelmäßig an und fordert einen Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde. In Berlin regiert die Partei zusammen mit der SPD. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) wird nicht müde, bundesweit einen Mindestlohn von 7,50 Euro zu fordern.

> »Berlin Partner« unterstützt Firmen bei der Rekrutierung von Mitarbeitern für einen Stundenlohn von oft nur fünf, sechs Euro

Für Erregung in der Hauptstadt sorgte nun die Enthüllung, daß ausgerechnet Wowereits Senat Unternehmen auch noch beim Rekrutieren von Billiglöhnern aktiv unterstützt. Verpflichtet sich ein Callcenter-Betreiber, sich neu und dauerhaft in Berlin zu etablieren und mindestens fünf Arbeitsplätze zu schaffen, dann übernimmt der Senat die Suche nach geeigneten Bewerbern auf Kosten des Steuerzahlers. Man hat darauf verzichtet, soziale Mindestkriterien für die Staatshilfe zu fordern. „Wir empfehlen den Unternehmen, mindestens 6,50 Euro brutto pro Stunde zu zahlen“, sagt Burkhard Volbracht, der bei der senatseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft „Berlin Partner“ arbeitet und dort interessierten Callcenter-Unternehmen den Service schmackhaft macht. Der Stundenlohn von 6,50 Euro sei allerdings nur „eine Einschätzung, aber keine Vorschrift“.

Die Gewerkschaft Ver.di beklagt seit langem die Zustände in diesem Wirtschaftszweig. Laut einer Ver.di-Erhebung liegen die Grundlöhne in der Telefonzentralen-Branche zwischen fünf und sieben Euro, wobei die Entgelte im Osten der Republik, etwa in Frankfurt an der Oder oder Berlin, besonders niedrig seien, und das bei Arbeitsbedingungen, die vielfach als unerträglich beschrieben werden. Folge: Telefonisten in Callcentern sind überdurchschnittlich oft krank. Aber selbst die sechs Euro in der Stunde beim „Quelle Communication Center“ in Berlin sind nicht der Tiefpunkt. Ein Betroffener berichtet in einem Leserbrief: „Ich habe bis vor kurzem für ein Callcenter gearbeitet, und als Student einen Lohn von 5,50 Euro verdient. Ich weiß, daß Neulinge, die dort anfangen und keine Studenten sind, 5,15 Euro verdienen.“ Haustarifverträge der „Christlichen Gewerkschaften“ unterbieten einen solchen Tarif zuweilen auch noch.

Die Probleme sind nicht auf Berlin beschränkt. Bund und Länder fördern mit Millionen Steuergeldern Betriebe, die Dumpinglöhne an ihre Beschäftigten zahlen. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linkspartei hervor. Zwischen 2004 und 2007 flossen rund 100 Millionen Euro allein an die Callcenter-Branche. Dumpinglöhne, miese Arbeitsbedingungen und Staatssubventionen erhöhen die Gewinnspannen der Betreiber. Einerseits fordern SPD, Grüne, Linkspartei aber auch Teile der CDU die Einführung eines Mindestlohns (in welcher Höhe auch immer). Andererseits beklagen Kritiker politische Heuchelei, wenn nun ausgerechnet die eine Landesregierung mit Beteiligung der in dieser Frage stets besonders laut auftretenden Linkspartei die Rekrutierung von Mitarbeitern im Dumpinglohnsektor auch noch subventioniert. Solche Vorgehensweise stellt für die Postkommunisten ein Glaubwürdigkeitsproblem dar und mag eine Grund für die rückläufigen Wahl- und Umfrageergebnisse sein. *Hans Lody*

Los statt Leistung

Berlin will Plätze an Gymnasien per Lotterie verstreuen

Schüler Siegfried darf aufs Gymnasium X, aber seine Klassenkameradin Sieglinde trotz gleicher Noten nicht. Denn Siegfried wurde ausgelost für einen Platz auf dem begehrten Gymnasium. Sieht so Gerechtigkeit aus?

Der Berliner Senat hat eine neue Schulreform beschlossen. Haupt- und Realschulen werden zu Sekundarschulen zusammengelegt, bilden also eine Art neue Gesamtschule. Dort kann nach 13 Jahren das Abitur abgelegt werden, an „normalen“ Gymnasien schon nach zwölf Jahren.

Ein Kernbestandteil der Reform ist die Regelung beim Übergang von der Grundschule aufs Gymnasium: Die Gymnasien sollen sich 60 Prozent ihrer Schüler selbst aussuchen dürfen. Zehn Prozent sind für Härtefälle vorgesehen (Behinderte, Geschwister auf der Schule). Die restlichen 30 Prozent aller Plätze sollen künftig per Los verstreut werden.

Vorausgegangen war ein senatsinterner Streit um das Losverfahren. Die Linke und der zuständige SPD-Senator Jürgen Zöllner wollten zunächst sogar jeden zweiten Platz auf dem Gymnasium per Losentscheid vergeben. Dann hagelte es massive Proteste gegen die „Schul-Lotterie“. Der Senat verringerte die Quote der Los-Plätze von 50 auf 30 Prozent.

> CDU sieht »verheerendes Signal« an die Jugend

Darum geht es bei dem Streit: Für die Befürworter stellt das Losverfahren ein Stück Klassenkampf dar. Sie wollen möglichst viele unterschiedlich begabte Kinder zusammenbringen, koste es, was es wolle. Dafür ist das Losverfahren geeignet. Es sichert eine „soziale Durchmischung“.

Die Gegner der Reform sehen es als bewußte Perversion des mehrgliedrigen Schulsystems, wenn nicht mehr die Leistung zählt, sondern das Losglück. Das sei ein „verheerendes Signal an die junge Generation“, so die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer Stellungnahme.

Schon jetzt gehen die meisten Schüler an den weiterführenden Schulen Berlins auf Gymnasien: 79 000. Gesamt, Real- und Hauptschulen kommen zusammen auf 73 000 Schüler.

Das auffälligste Merkmal der Berliner Schulpolitik ist, daß sie niemals zur Ruhe kommt. 2003 wurde die Zahl der Schuljahre zum Abitur von 13 auf zwölf heruntergesetzt. 2004/05 führten die Berliner Schulpolitiker zudem das jahrgangsübergreifende Lernen (JÜL) für die Sechs- bis Neunjährigen ein. 2007/08 nahmen Gemeinschaftsschulen (gemeinsames Lernen bis 10. Klasse) die Arbeit auf. *Patrick O'Brian*

Neue Kämpfe in der CDU

Henkel steht vor seiner ersten Bewährungsprobe als Parteichef

Am Abend der Europawahl gab sich Frank Henkel im kleinen Kreis optimistisch: „Wir haben es geschafft“, grinste der neue CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende und meinte damit das Abschneiden der Berliner Union im Vergleich zur Konkurrenz. Mit 24,3 Prozent (-2,1 Prozent) lag die CDU in Berlin knapp vor den zweitplacierten Grünen (23,6 Prozent), während die sonst tonangebende SPD auf 18,8 Prozent abgesackt ist. Erster Platz also: CDU.

Weil damit allerdings CDU und FDP (zusammen 33 Prozent) meilenweit von einer eigenen Mehrheit entfernt sind, murrten einige Parteifreunde Henkels hinter vorgehaltener Hand. „Wir haben noch mal zwei Prozent verloren. Ein Triumphzug sieht anders aus“, klagte ein CDU-Landesparlamentarier, der nicht genannt werden will.

War das Abschneiden bei der Europawahl also in Wahrheit schon kein Ruhmesblatt, so ereignete sich zwei Tage später ein echter Schlag ins Kontor für Henkel: Im Bezirk Neukölln wurde die Bezirksstadträtin Stefanie Vogelsang abgewählt. Von den eigenen Leuten!

> Union und FDP sind weiterhin weit abgeschlagen

Die Berliner CDU gilt als Haifischbecken, in dem Karrieren noch schneller beginnen und abrupter enden als anderswo. Ex-Fraktionschef Friedbert Pflüger war so ein Fall. Auch die Kommunalpolitikerin Vogelsang ist offenbar über ihren eigenen Ehrgeiz gestolpert. Sie hat den Rückhalt der Basis vor Wochen verloren und wurde als Parteichefin überraschend abgewählt. Jetzt haben fünf ihrer „Parteifreunde“ sogar mit den anderen Parteien in der Bezirksversammlung gestimmt, um ihr das Bezirksamt wegzunehmen, das wichtigste, das die CDU in Neukölln zu vergeben hatte. Die Abweichler werfen ihr Mißwirtschaft vor.

Für Henkel ein Riesenproblem. Vogelsang gehört zwar nicht zu seinem Unterstützerkreis, aber er will Ruhe in der Partei. Schlagzeilen über eine von den eigenen Leuten entmachtete Stadträtin machen sich da schlecht. Vor dem zuständigen Parteigericht hat der Vorstand einen Antrag auf Ausschluß der Renegaten eingeleitet.

Es ist nicht sicher, ob die Abweichler wirklich aus der Partei rausfliegen. Derweil setzen sie ihren Feldzug unbeirrt fort: Mittels einer Versammlung wollen sie Stefanie Vogelsang von der Liste der Bundestagskandidaten streichen. Die Schlagzeilen über CDU-internen Streit werden also weitergehen. *Markus Schleusener*

Zeitzeugen



Robert Koch – Der Mediziner und Mikrobiologe (1843–1910), der 1876 den Milzbrand-Erreger, 1882 den Erreger der Tuberkulose und 1884 den Cholera-Erreger entdeckte und 1905 den Medizin-Nobelpreis erhielt, war auch in Sachen „Lärm“ weit vorausschauend. Zitat Koch: „Eines Tages wird der Mensch den Lärm ebenso unerbittlich bekämpfen müssen wie die Cholera und die Pest.“

Arthur Schopenhauer – Der Philosoph (1788–1860) erkannte schon zu Beginn des Zeitalters der Industrialisierung deren Kehrseiten. Zitat Schopenhauer: „Lärm ist die Bedeutenste von allen Störungen. Es ist nicht allein eine Störung, es ist mehr als eine Spaltung des Denkens.“

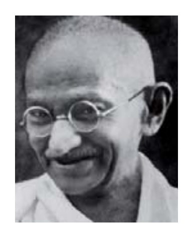
Jean Cocteau – Der französische Autor (1889–1963) wußte Rat, um sich vor Lärm zu schützen. Zitat Cocteau: „Dem Schweigen kann man nur durch Lärm entfliehen; aber wie flieht man den Lärm? Nur durch Schweigen.“



Johann Wolfgang von Goethe – Der Dichterfürst (1749–1832) dachte ans Praktische, als er die erste Begegnung Fausts mit Mephisto von lautem Lärm begleiten ließ. Zitat Goethe: „Wozu der Lärm, was steht dem Herrn zu Diensten?“

Laotse – Der chinesische Philosoph hatte schon im 6. Jahrhundert v. Chr. die Gefahren des Lärms erkannt. Zitat Laotse: „Zu grelles Licht gefährdet das Sehen. Übermäßiger Lärm betäubt das Gehör. Zu starkes Gewürz verdirbt den Geschmack. Übergroße Erregung stumpft das Gefühl ab.“

Pearl S. Buck – Die amerikanische Schriftstellerin (1892–1973, Literatur-Nobelpreis 1938) hatte eine durchaus passende Antwort auf die Frage Mephistos. Zitat Buck: „Lärm ist ein geeignetes Mittel, die Stimme des Gewissens zu übertönen.“



Mahatma Gandhi – Der indische Freiheitskämpfer (1869–1948) empfahl den von ihm praktizierten gewaltfreien Widerstand auch im Kampf gegen Lärm. Zitat Gandhi: „Lärm kann nicht über Lärm siegen: Schweigen tut es.“

Lautstarke Plagegeister

Vor allem Verkehr und Freizeitvergnügungen belasten Mensch und Umwelt

Lärm ist für die meisten Menschen in Deutschland die lästigste aller Umweltbelastungen. Als Hauptverursacher wird der Straßenverkehr empfunden. Hinzu kommt lärmintensiver Freizeitspaß, der vor allem bei der jüngeren Generation langfristige Gesundheitsschäden bewirken kann.

Etwa 13 Millionen Deutsche leiden unter lärmbedingten Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlafstörungen und anderen Gesundheitsschäden. Wie Berechnungen des Umweltbundesamtes zeigen, ist der Lärm damit für die Volksgesundheit noch gefährlicher als Umweltfaktoren wie Luftverschmutzung oder Wasserverunreinigung.

Bei einer repräsentativen Umfrage des Umweltbundesamtes war der Hauptschuldige eindeutig ausgemacht: der Straßenverkehr. 59 Prozent der 2000 Befragten (das sind hochgerechnet fast 50 Millionen Menschen in Deutschland) fühlen sich in ihrem Wohnumfeld durch Verkehrslärm gestört, belästigt oder geschädigt, zwölf Prozent (zehn Millionen) sogar „stark“ oder „äußerst stark“.

Je ein Drittel der Bevölkerung empfinden auch Fluglärm beziehungsweise Gewerbe und Industrie als erhebliche Beeinträchtigung von Lebensqualität und Gesundheit; ein Viertel fühlt sich zudem durch laute Züge gestört.

Langfristig wirkt sich die Lärmbelastung nicht nur direkt auf das Hörvermögen aus. Die vom Umweltbundesamt zitierten medizinischen Studien zeigen, daß Menschen, die besonders starkem Straßenverkehrs- oder Fluglärm ausgesetzt sind, in weit überdurchschnittlichem Maße Arzneimittel gegen Herz- und Kreislaufkrankheiten sowie Depressionen einnehmen.

Vielfältig wie die Ursachen sind auch die Möglichkeiten, etwas dagegen zu tun. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) nennt Stichworte wie Flüsterasphalt und Flüsterreifen. Auch eine intelligente Verkehrsführung – zum Beispiel Tempolimits, Nachtfahrverbote für Lkw, Sperrung reiner Wohnbereiche für den Durchgangsverkehr, sinnvoller Aus- und Umbau des Straßennetzes – könnte Millionen Bürger von gesundheitsschädigendem Lärm befreien. Hier ist, wie das Umweltbundesamt bestätigt, die Politik gefordert; doch herrsche in vielen Städten und Gemeinden „noch zu viel Ruhe um den Lärm“.

»Oft herrscht noch zu viel Ruhe um den Lärm«

Nicht nur im Verkehr, ob auf Straße, Schiene oder in der Luft, auch im Arbeitsleben lauern Gefahren für Gehör und Gesundheit. Dazu legt die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft erschreckende Zahlen vor: Pro Jahr muß sie für rund 6500 Lärmgeschädigte nahezu 20 Millionen Euro aufwenden. Lärmarme Maschinen und wirkungsvolle persönliche Schutzeinrichtungen gibt es längst – leider wird am Bau immer noch allzu oft auf sie verzichtet.

Die Berufsgenossenschaft verweist auf eine auch durch eigene Erfahrungen mit Berufsanfängern bestätigte Erhebung des Bayerischen Gesundheitsministerium: Demnach haben fast 40 Prozent der Jugendlichen im Freistaat kein intaktes Gehör mehr.

Einen Beitrag zur Ursachenforschung leisteten vor wenigen Wochen das Bundesumweltministerium, das Bundesbildungsministerium und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt mit ihrem gemeinsam verantworteten „Kinder-Umwelt-Survey“. Auch hier spielt der Straßenverkehr eine wichtige Rolle. 47,7 Prozent aller Kinder zwischen acht und 14 Jahren haben ihr Zimmer zur Straße hin. Doch von jenen, die an besonders stark befahrenen Straßen wohnen (16,5 Prozent), spielen, lernen und schlafen 61 Prozent an der lautesten Seite der Wohnung; hier sind neben Architekten auch die Eltern gefragt.

Im Vergleich zu den Erwachsenen sind die Kinder jedoch insgesamt durch Straßenlärm etwas weniger geschädigt. Umso intensiver ruinieren sie ihre Ohren, Kreislauf und Nerven auf andere Weise. Zum Beispiel mit überlauter Musik (siehe Beitrag unten).

Hans-Jürgen Mahlitz



Ein Messgerät mißt die Dezibel-Zahl eines vorbeifahrenden Autos: Gut 50 Prozent der Deutschen nervt Straßenlärm massiv. Bild: pa

Einig Volk von Schwerhörigen

Sind wir Deutschen dabei, ein einig Volk von Schwerhörigen zu werden? Diverse Lärmstudien, die in den letzten Wochen und Monaten präsentiert wurden, lassen Schlimmes befürchten – 13 Millionen Bürger fühlen sich krank durch Lärm.

Die Politik tut mal nichts, mal das Falsche. Beispiel Lkw-Maut: Das „Glanzstück“ des vormaligen Verkehrsministers Manfred Stolpe, auch bekannt als „IM Sekretär“, vertrieb die Vierzigtonner zu Tausenden von den Autobahnen. Da quälen sie sich nun durch engste Wohnstraßen und rauben den Bürgern die Nachtruhe. Nachfolger Tiefensee aber fällt nichts Intelligenteres ein, als die Maut zu erhöhen – es soll ja immer noch ein paar Lkw geben, die auf der Autobahn fahren.

Die Grünen, die selbsternannte Umweltpartei, haben hier genauso versagt wie alle anderen. War nicht ein gewisser Herr Trittin sieben Jahre lang Umweltminister? Was hat er getan, um das Volk vor zunehmender Lärmbelastung zu schützen? Dezentes Klappern mit pfandpflichtigen Blechdosen reicht da nicht…

»Musik« oder Körperverletzung?

Die Liste des Versagens läßt sich beliebig fortsetzen. Tatenlos hat das politische Personal der Umwandlung unserer Gesellschaft in Kohls „kollektiven Freizeitpark“ zugeschaut. Es geht hier nicht darum, die Jugend mit Verboten zu drangsalieren, sondern sie vor irreparablen Gesundheitsschäden als Folge überlauter Unkultur zu schützen.

Schade, daß auch die Autoren sorgfältig recherchierter Studien sich dahinter verschanzen, es sei ja noch nichts „gerichtsfest bewiesen“. Gleich, ob es um den Zusammenhang zwischen extrem lauter Musik und Hörschäden, zwischen Gewaltkriminalität und Horror-Computerspielen oder zwischen Rauchen und Lungenkrebs geht – feiges Vogel-Strauß-Verhalten hilft am allerwenigsten. *H.J.M.*

Das Schweigen der Oboen

Warum viele Jugendliche die leisen Töne nicht mehr hören können

Wann endlich, fragt ein irritierter Schüler, fängt die Musik nun an? Die meisten Mitschüler stimmen ihm zu. Daß Querflöten und Klarinetten, Fagott und Oboe seit fünf Minuten die beiden Grundmelodien des Bolero spielen, haben sie nicht gehört. Erst die Trompete, die sich im sechsten „Durchgang“ einmischt, vermag die disko- und walkmangeschädigten Trommelfelle der jungen Leute in Schwingung zu versetzen.

Die Warnung, daß da eine Generation dauerhaft Hörgeschädigter heranwächst, ist nicht neu. Fast 20 Jahre ist es her, seit Prof. Helmut Steinbach, Musiklehrer und Orchesterchef in Frankfurt am Main, uns in einem Hintergrundgespräch von seinen Erfahrungen beim Erarbeiten der Musik Ravels und anderer Meister der leisen Töne erzählte: Viele Schüler hören erst was, wenn fest auf die Pauke gehauen wird.

Heute liegt fundiertes Zahlenmaterial vor, das belegt, wie recht der Ehemann der BdV-Präsidentin Erika Steinbach (selbst übrigens eine exzellente Geigerin) mit seinen Mahnungen hatte. Die oben zitierte Studie im Auftrag des Bundesumweltministeriums, des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt sowie des Bundesbildungsministeriums listet auf fast 300 Seiten Daten über die Hörgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen auf. Danach hören 70 Prozent der Elf- bis 14jährigen regelmäßig Musik über tragbare Geräte (MP3), fünf Prozent mehr als zwei Stunden täglich, davon 23,4 Prozent „ziemlich laut“ oder „sehr laut“. 11,4 Prozent haben den Lautstärkeregler ständig am oberen Anschlag.

Überlaute Musik kann zu bleibenden Hörschäden führen

Fünf Prozent dieser Altersgruppe besuchen mindestens einmal im Monat eine Diskothek, finden dort die Lautstärke meist „gerade richtig“, räumen allerdings ein, daß eine Verständigung „nur durch Schreien“ möglich sei. Ebenfalls fünf Prozent der Elf- bis 14jährigen besuchen mindestens dreimal im Jahr lautstarke Rock- und Pop-Konzerte.

Als weitere mögliche Ursachen von Hörschäden machten die Autoren der Studie Computerspiele (bei 89,8 Prozent der acht- bis zehnjährigen Kinder die beliebteste Freizeitbeschäftigung!), extrem laute Spiel- und Sportgeräte sowie Feuerwerkskörper aus. Bei 28,3 Prozent der insgesamt 1084 untersuchten Kinder wurden – je nach gemessener Frequenz – Hörverluste von mehr als 20 Dezibel gemessen.

Auch wenn sehr detailliert dargelegt wird, wie stark auch die Belastung durch Verkehrslärm ist – kaum nachvollziehbar ist die Folgerung, es gebe „keine statistisch gesicherten Zusammenhänge zwischen der Hörfähigkeit und Freizeitaktivitäten wie Musikhören über Kopfhörer, Disko und Konzertbesuche“. Vielleicht hängt das ja damit zusammen, daß trotz „konfundierender Faktoren“ die „Repräsentativität einer Stichprobe für inferenzstatistische Fragestellungen von untergeordneter Bedeutung ist“, wie es im Schlußwort so schön und klar formuliert ist. Praktiker – wie Prof. Steinbach schon vor 20 Jahren – machen da freilich ganz andere Erfahrungen.

H.J.M.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1427**

Zur Geschlossenheit genötigt

Der SPD-Parteitag versuchte vergeblich, die Probleme der Partei zu übertünchen

Müntefering hielt sich auffällig zurück, denn nur der Kanzlerkandidat sollte glänzen, doch Steinmeier verspielte als Schröder-Karrikatur.

Die SPD hat eine Woche nach dem Schock des miserabelsten bundesweiten Wahlergebnisses seit dem Krieg (20,8 Prozent) ihren einzigen Hoffnungsträger, Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, zum offiziellen Start des Bundestagswahlkampfes in Berlin hochleben lassen – und das trotz weiterhin miserabler Umfragewerte von 25 Prozent.

Steinmeier mühte sich redlich um gute Stimmung, konnte aber nicht so recht aus dem Schatten seiner Mentoren treten: SPD-Parteichef Franz Müntefering und Altkanzler Gerhard Schröder. Der Vizekanzler kupferte in Stil und Inhalt beim rotem Strippenzieher und beim letzten richtig erfolgreichen SPD-Politiker ab: Er verband das Müntefering-sche Kurzsatz-Staccato mit Schröders typischem ostwestfälischen Wahlkampf-Röhren.

Dabei heraus kamen Sätze wie „Wir waren, sind und bleiben die Partei der Arbeit“, „Das war Mist“ – letzteres mit Blick auf die Europawahl – oder auch: „Das Ding ist offen“, anscheinend mit Blick auf die Bundestagswahl. Mit dem Satz „Nur wenn wir selber überzeugt sind, können wir andere überzeugen“ nahm Steinmeier sogar eine Anleihe bei Oskar Lafontaine.

Dabei galt wieder: Wer die Augen schloß, mußte an Schröder denken. Wenn er wie das große Vorbild kraftvoll und pointiert sprach, riß er sein Publikum durchaus mit. „Das Fernsehen zeigt immer nur die Sätze, wo er wie Schröder spricht. Dabei ist er ein so netter Mensch“, klagte eine Parteitags-Delegierte und brachte das Dilemma auf den Punkt: Steinmeier wirkt immer wie eine Kopie des Originals, dabei erinnert er immer daran, daß er doch nur dessen „Mach-mal-Frank-Walter“ war.

Es ist wie verhext für die SPD: Der Versuch, Frank „ohne Walter“ zu plazieren, ging in kabarettistischen Lachsalven unter. Nach dem Motto: Eine Strategie, die als solche erkannt wird, ist schon gescheitert. Der Gegenentwurf, nämlich den „Frank-Walter“ zur Marke zu entwickeln, droht ebenfalls zu scheitern. Offenbar ist der graue „Doktor Aktendeckel“ (Zitat „Süddeutsche“) ganz einfach zu wenig mitreißend und dynamisch.

Mehr irritierend als mitreißend wirken für Außenstehende die kreisrunden roten „FW-Steinmeier“-Embleme, die eine Mischung sind aus den Logos von „Lucky Strike“ und „Zott“-Joghurt. Sie sind angeblich aus einem Internet-Wettbewerb hervorgegangen.

Was etwa bei CSU-Parteitagen seit dem Debakel bei der Landtagswahl 2008 verpönt ist, exerzierte die SPD nun vor: das minutenlange frenetische Klatschen, um sich selbst Mut zu machen. Volle zehn Minuten waren es in Berlin. Je mehr Geklatsche auf dem Parteitag, desto mehr Stimmen? Daß jedenfalls letztere Formel nicht stimmt – frag nach bei Günther Beckstein und Erwin Huber.

Parteilinke hält bis zur Wahl Burgfrieden

Eines jedenfalls wurde durch die Tatsache klar, daß der 69 Jahre alte Parteichef Müntefering sich auffällig zurückhielt und sich bestenfalls mit verwirrenden Bemerkungen über seine Beziehung mit der 29 Jahre alten Michelle Schumann hervortat: Die gesamte Kampagne soll tatsächlich auf Kanzlerkandidat Steinmeier zugeschnitten sein – und das trotz des massiven Umfrage-Rückstandes auf Amtsinhaberin Angela Merkel von zuletzt 60 zu 27 Prozent (Infratest Dimap). Offenbar ist die SPD-Wahlkampfzentrale zu der Einsicht gekommen, daß das irrlichternde Durcheinander von Steinmeier, Müntefering und EU-Spitzenkandidat Martin Schulz auf den Europawahlplakaten die Sympathisanten mehr verwirrt als mobilisiert hat.

Doch allein die Geschlossenheit seiner Partei wird Steinmeier nicht genügen, um im September zum Erfolg zu kommen. So unterwarf sich etwa die Parteilinke Andrea Nahles momentan dem Burgfrieden, drohte aber schon unüberhörbar für den Späterbst mit einem Aufstand gegen eine Wiederwahl Münteferings.

Und: Zwar müht Steinmeier sich unter Einsatz von Staats-Milliarden um die Sympathien der Opel- wie der Karstadt-Mitarbeiter, zwar buhlt er gleichzeitig mit der verbalen Bekräftigung der Agenda-Politik – von der sich die SPD in Wirklichkeit unter dem Druck der Linkspartei längst verabschiedet hat – um die Gunst derer, die wirtschaftliche Vernunft über die „Wir retten alle“-Attitüde stellen. Doch er dringt in der Breite der Bevölkerung nicht durch. Die Europawahl hat gezeigt, daß der Bürger es nicht goutiert, haarsträubende Managementfehler mit Steuer-Milliarden auszubügeln und sterbende Industrie-Dinosaurier per Staats-Tropf künstlich am Leben zu erhalten.

Aus einem Fehlschlag der Europa-Kampagne will die SPD ihre Lehren ziehen: Die Negativ-Werbung soll für den Bundestagswahlkampf in der Schublade bleiben. Hatte die SPD es noch vor zwei Wochen für nötig befunden, die Wähler von FDP, Union und Linkspartei als Finanzhaie, Dumpinglöhne und heiße Luft zu verunglimpfen – übrigens in Anlehnung an Propaganda der Nazis, die ebenfalls ihre Gegner mit Tieren verglichen und ihnen so die Menschenwürde nahmen –, wird Steinmeier nun viel mehr ikonographisch als Sozi-Heiliger den irdischen Unbillen entrückt: Der „Revoluzzer von Brakelsiek“ (so hämische Bemerkungen auf Bundestagsfluren) wird monochrom verfremdet dargestellt, angelehnt an die Ikonographie des Kommunisten-Heiligen Che Guevara. Bleibt im Sinn der SPD nur zu hoffen, daß niemand bemerkt, daß Che Guevara in Wirklichkeit ein Massenmörder war, der die Kuba-Krise heraufbeschwor und die Welt nach eigener Aussage in einen Atomkrieg treiben wollte. *Anton Heinrich*



Bunte Embleme: Frank-Walter-Steinmeier-Schilder sollten „FW“ als „Marke“ etablieren. Bild: pa

MELDUNGEN

Jugendämter handeln schneller

München – Offenbar ist nach mehreren medienwirksamen Fällen von Kindstötungen die Bereitschaft bei den Behörden gestiegen, Kinder aus ihren offenbar überforderten Familien herauszuholen. In den meisten Bundesländern kamen nach einer Umfrage der „Süddeutschen Zeitung“ die Behörden 2008 um zehn Prozent häufiger ihrem seit 2005 geltenden „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung“ nach. In Hessen gab es 2008 sogar ein Drittel mehr Sorgerechts-Entzüge als 2007. In Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen wurde in zusammen 8700 Fällen Eltern das Sorgerecht ganz oder teilweise entzogen. Auf die letzten fünf Jahre betrachtet, holen die Jugendämter bundesweit sogar etwa 50 Prozent mehr Kinder aus ihren Familien heraus. *Bel*



Schneiderhan kritisiert Soldaten

Berlin – Entsetzt zeigt sich der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, über die Anspruchshaltung vieler Soldaten an den Bund. Sie erwarteten für ihren Dienst an dem Land ein „Rundum-Wohlfühlangebot mit Erfolgserlebnis“, klagte der ranghöchste Offizier in der Spitzengliederung der Bundeswehr. In seinen Augen ist die Klage eines Berufssoldaten, der sich über den dritten Auslandseinsatz beschwert, nicht nachzuvollziehen, denn das sei sein Beruf. Aber auch die Bundeswehr selbst kritisierte er. So gebe es so viele Zuständigkeiten, daß sich „keiner mehr so richtig zuständig fühlt“. Möglicherweise, so spekuliert Schneiderhan, lägen die Probleme an der gesamtgesellschaftlichen Tendenz, Verantwortung delegieren zu wollen, an einem allgemeinen Veränderungsstreß und an der Personalauswahl. *Bel*

Russki-Deutsch (22):

Kolchos

Von Wolf Oschlies

„Kolchos“ ist ein Akronym, also eine Neubildung aus Anfangssilben, hier von „kollektivnoe chozjajstvo“ (Kollektivwirtschaft). So hießen die Zwangsgenossenschaften, in die russische Bauern ab 1929 gepreßt wurden. Ihr Pendant waren die „Sowchosen“ (sovetskoe chozjajstvo), Staatsgüter, deren Beschäftigte leichter lebten, da sie weniger als Kolchosen vom Ernteertrag abhingen. Dafür durften „Kolchosniks“ kleine „Hofgrundstücke“ bewirtschaften, etwas Vieh halten und auf Kolchosmärkten einen Rest von bäuerlicher Privatwirtschaft betreiben, ohne die die Versorgung mit Nahrungsmitteln zusammengebrochen wäre.

Darum ist das absolute Negativ-Image der Kolchosen nicht ganz gerecht. Landwirtschaftliche Zwangskollektive gab es, Polen partiell ausgenommen, in ganz Osteuropa, aber „Kolchos“ gehört zu den wenigen Sowjet-Neuwörtern, die nirgendwo übernommen wurden. „Kolchos“ stand umgangssprachlich für Schmutz, Primitivität, schludrige Wirtschaft etc., in der DDR auch für Ansammlungen von Menschen, denen man keine große Sympathie entgegenbrachte. So tief wollten die LPGs der DDR dann doch nicht sinken.

Im russischen Wort „chozjajstvo“ steckt die turksprachliche Wurzel „choza“ (Hausherr, zu „chozjain“ russifiziert), die uns aus dem „Hodscha“ bekannt ist, dem islamischen Religionslehrer. Der russische „chozjain“ wurde im Deutschen sehr frequent, da er der inoffizielle Titel Stalins war. Ein bezeichnender Titel, denn ein echt russischer „chozjain“ war Herr über Besitz, Leben und Tod seiner Untergebenen. Stalin wußte das, akzeptierte nur eine einzige „chozjajka“ über sich – seine Tochter Swetlana Allilujewa, wie diese 1966 in „20 Briefe an einen Freund“ bekundete.

Worterklärungen müssen manchmal umständlich sein, von „Kolchos“ zu „chozjain“ und zurück. In Stuttgart existiert eine lose Vereinigung von Pop-Musikern, die sich „Kolchose“ nennt. Viel älter sind die abfälligen Bezeichnungen „Tatarskoe selo“ (Tataren-Dorf) und „objedinnjonny kolchoz“ (vereinigter Kolchos), die die stolzen Petersburger für Moskau prägten. Nur in diesem Verdikt wird der „Kolchos“ überdauern, nachdem es die Institution „Kolchos“ längst nicht mehr gibt.

Mit dem Baby aus der Krise

Neues aus der Rappelkiste der Familienpolitik

Familie ist Rappelkiste, immer voller Überraschungen. Sinnvolles liegt neben Unsinnigem, Nützliches neben Krempel. Das Durcheinander färbt offenbar auch auf die Familienpolitik ab. Wer die gegenwärtig aktuellen Beiträge zu diesem Thema überprüft, der entdeckt neben Nützlichem ziemlich viel Rappelkiste.

In der Krise befindet sich die Familie bereits seit Jahren, dazu mußte nicht erst die allgegenwärtige Finanzkrise kommen. Doch jetzt kommt die Finanzkrise zur Familienkrise hinzu. Weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben, verzichten viele Väter und auch Mütter darauf, ihren Teil der Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Sie trauen sich nicht, für eine begrenzte Weile aus dem Job auszusteigen. Diesem Dilemma will das Bundesfamilienministerium bekommen. Vorgesehen ist eine Arbeitsteilung zwischen Elternschaft und Job. Das bedeutet: Mutter oder Vater sollen nicht mehr für einen festgelegten Zeitraum die Betreuung des Kindes vollkommen aus dem Job aussteigen, sondern die Zeit zwischen Kind und Job aufteilen. Bleiben die Eltern in Teilzeit weiter an ihrem Arbeitsplatz, wird das Elterngeld statt 14 Monate dann 28 Monate gezahlt. Eltern, die bisher mit Teilzeit versuchen, den Spagat zwischen Kind und Job zu bewältigen, müssen erhebliche finanzielle Verluste in Kauf nehmen: Sie erhalten lediglich ein Teilzeit-Elterngeld für den Zeitraum von 14 Monaten. Künftig soll nach den Plänen von Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) das Teilzeitgeld 28 Monate lang gezahlt werden. Damit wird es beiden Elternteilen möglich sein, weiterhin im Beruf zu arbeiten und das Kind zu betreuen.

Elterngeld jetzt auch bald bei Teilzeit

Ausdrücklich bezeichnete Ursula von der Leyen das geplante Teilzeit-Elterngeld als Reaktion auf die Krise, in der es notwendig sei, sich „auf das Wesentliche (zu) konzentrieren: Armut verhindern“. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten sei es von Vorteil, wenn Familien sich nicht nur auf ein Einkommen verließen. In jeder fünften Familie sei mittlerweile die Frau die Hauptverdienerin.

Während die Ministerin die drohende Jobkrise durch Streckung der Finanzmittel von der Familie fernhalten möchte, hat der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Ulrich Blum, dazu einen vollkommen anderen Vorschlag: Wenn es mit der Produktion schon hapert, sollen die Leute wenigstens Babys produzieren. Deshalb möchte er junge Paare ermuntern, fleißiger Kinder in die Welt zu setzen.

Im kommenden Jahr, so schätzen Experten, kann die Zahl der Arbeitslosen auf über fünf Millionen steigen. Angesichts dieser Zahl fragt der Ökonom: „Warum nutzen wir dies nicht familienpolitisch, indem sich junge Paare jetzt den Kinderwunsch erfüllen?“

In jeder 5. Familie: Frau ist Hauptverdienerin

Blum ist sich bewußt, daß wirtschaftliche Unsicherheit eher gegen den Wunsch nach einem Baby spricht. Er empfiehlt daher, werdenden Eltern mehr staatliche Hilfe zukommen zu lassen. Zudem müsse der Kündigungsschutz für denjenigen Elternteil verbessert werden, der weiterhin einen Arbeitsplatz habe. Bei Jobverlust oder freiwilliger Aufgabe des Jobs sollte es einen besseren Kündigungsschutz für den anderen berufstätigen Partner geben. Diese zusätzliche Sicherheit könnte den Partner „zur Babypause in der Krise“ motivieren.

Nun ist Krisenzeit immer Familienzeit. Wenn es draußen blitzt und donnert, rückt man enger zusammen, entdeckt man die Familie als konstante Größe. Da weiß man, was man hat. Jedenfalls so ungefähr. Ganz eindeutig ist das schon lange nicht mehr. Denn während sich der überwiegende Teil der Gesellschaft Sorgen um Nachwuchs und Arbeitsplatz macht, driften vom Rand ganz andere Themen mit Nachdruck auf die Mitte zu. Bereits vor einer Weile hatte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) angekündigt, sie wolle Möglichkeiten für ein gemeinsames Adoptionsrecht von homosexuellen Paaren neu ausloten lassen. Jetzt sprang ihr Katrin Göring-Eckhardt (Grüne), gerade gewählter Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Bundestagsvizepräsidentin, zur Seite. Ein volles Adoptionsrecht für Schwule und Lesben diene den Kindern, schrieb sie in der „taz“, denn auch diese bräuchten „die Rechtssicherheit im Unterhalts- und Erbrecht, die ihnen bisher verwehrt ist“.

Mit einer vom Justizministerium in Auftrag gegebenen Studie soll nun festgestellt werden, ob es für eine Änderung des Adoptionsrechts einen „gesellschaftlichen Konsens“ gibt. *Klaus J. Groth*

MELDUNGEN

Ayatollah für »Überprüfung«

Teheran – Seit Bekanntgabe des offiziellen Ergebnisses der Präsidentenwahl vom 12. Juni – der amtierende Mahmud Ahmadinedschad habe demnach über 60 Prozent der Stimmen erhalten – kommt es im Iran zu Massenprotesten von Anhängern des unterlegenen Gegenkandidaten Mir Hossein Mussawi und zu teilweise blutigen Zusammenstößen mit Ordnungskräften, Milizen und Anhängern Ahmadinedschads. Revolutionsführer Ayatollah Khamenei, de iure und de facto der erste Mann im Staat, hat eine „Überprüfung“ des Wahlergebnisses angeordnet. Mussawi, der von 1981 bis 1989 der letzte iranische Premierminister war bevor das Amt abgeschafft wurde, verlangt Neuwahlen. *RGK*

Krise stabilisiert Putins Macht

Moskau – 38 Prozent aller Russen empfinden derzeit die Wirtschaftslage als schlecht, 43 Prozent erwarten in absehbarer Zukunft keine Besserung. Vor allem schmerzt der astronomische Preisanstieg bei Nahrungsmitteln. 19 Prozent der Russen halten die Korruption in den Machtorganen für eines der schwersten Probleme des Landes. Solche und ähnliche Daten publiziert laufend die Kreml-nahe Agentur „Fondation Öffentliche Meinung“ (FOM), die darin keine Kritik der Machthaber sieht. Die Krise wird nämlich den Regierenden nicht angelastet. Die Putin-Partei „Einiges Rußland“ steht mit 57 Prozent so unangefochten wie nie zuvor da, Putin selber genießt die „Billigung“ von 78 Prozent der Russen. Auch Präsident Medwedjew kann sich freuen, da 72 Prozent der Russen seine Amtsführung billigen. FOM-Chefanalytiker Kertman erläutert: „Russen meinen, daß uns die Krise vom Ausland aufgezwungen wurde.“ *W.O.*

Der neue alte Traum von Größe

Die Türkei begibt sich auf die Suche nach neuen Partnern – EU argwöhnisch über Ankaras neues Auftreten

Der neue türkische Außenminister Ahmet Davotuglu betreibt eine „neo-osmanische“ Strategie. Beobachter befürchten eine einseitige pro-arabische, islamistische Außenpolitik.



Zwischen Orient und Okzident: Die Türkei hat zwei Gesichter. Bild: laif

Auf den ersten Blick ist Ahmet Davotuglu ein eher unscheinbarer Professor, doch das ist nur der erste Eindruck. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sieht nicht von ungefähr in dem 51jährigen seine Wunderwaffe, um die schwindende Gunst der türkischen Wähler zurückzugewinnen. Doch Erdogans politischer Befreiungsschlag in Form einer Kabinettsumbildung am 1. Mai wurde von dem blutigen Massaker in Bilge mit 44 Toten bei einer Hochzeitsgesellschaft überschattet.

Inzwischen hat sich jedoch die Aufregung gelegt, und das neue Kabinett arbeitet bereits fleißig am Machterhalt Erdogans und seiner islamisch-konservativen Partei AKP. Vor allem Ahmet Davotuglu als neuer Außenminister setzt nun seine schon seit Jahren im Hintergrund betriebene strategische Neuausrichtung der Türkei um.

Seit Jahren ist der 1959 im zentralanatolischen Konya geborene Davotuglu außenpolitischer Berater der türkischen Ministerpräsidenten. Bereits unter Erdogans Vorgänger Abdullah Gül gab der Professor für Politik und Wirtschaft die Leitlinien hinter den Kulissen vor. Der Akademiker, der eine deutsche Auslandsschule besuchte, dann an der Bospurus-Universität Ökonomie und Politische Wissenschaften studierte, wurde schon früh von Orient und Okzident gleichermaßen geprägt. Dabei hat er auch die große osmanische Vergangenheit seines Landes im Blick.

„Strategische Tiefe: Die internationale Stellung der Türkei“ lautete sein 2001 veröffentlichtes Buch, das in Fachkreisen für Aufsehen sorgte. Es sieht eine neue, international bedeutendere Rolle für die Türkei vor, an deren Realisierung Davotuglu nun bereits seit Jahren arbeitet. Die Normalisierung der Beziehungen zu Armenien, Vermittlungsbemühungen zwischen Israel und Syrien, Sondierungsgespräche mit der Hamas oder irakischen Kurden – die Türkei gibt sich diplomatisch und erlangt somit in ihrer Region neuen Einfluß. Während der impulsive Ministerpräsident Erdogan nach außen hin das Selbstbewußtsein der Türkei betont und zum Teil noch überzeichnet, arbeitet Davotuglu an der Umsetzung des neuen türkischen Selbstverständnisses.

Doch der ruhige, ausgleichende Mann im türkischen Außenministerium bereitet einigen Türkeibeobachtern mehr Sorgen als der extrovertierte Erdogan. Davotuglus neue „neo-osmanische“ Außenpolitik führt bereits jetzt zu einem rasanten Machtgewinn der Türkei in ihrer Region, aber auch in der islamischen Welt. Es zeichnet sich ab, daß die bisherigen Kräfteverhältnisse sich verschieben. Welche Konsequenzen das auch für Europa hat, ist derzeit ungewiß, doch der Blick aus so mancher europäischen Hauptstadt auf die neue Linie der Türkei ist von Argwohn geprägt. Hatte man das Land doch mit der Aussicht auf einem Beitritt zur EU mehr an den Westen binden wollen, so erkennt man jetzt, daß die Türkei nach Jahren der Hinhaltetaktik massiv nach Alternativen zur EU sucht. Die Alternativen heißen Saudi-Arabien, Irak, Iran, Syrien, Pakistan und Afghanistan, allerdings auch Rußland und USA, so daß die Befürchtung, das Land betreibe eine einseitige proarabische, islamistische Außenpolitik, zu kurz gegriffen wäre.



Ahmet Davotuglu Bild: pa

Die Türkei will ihre historische und geographische Identität mit Leben füllen und ist auf der Suche nach einem „ausgewogenen Verhältnis zu allen globalen und regionalen Akteuren“, so Davotuglu. Das klingt aus dem Munde eines türkischen Politikers unerwartet reif und weitsichtig. Die Türkei könne „in Europa europäisch sein und im Orient orientalisch, denn sie ist beides“, erklärt der Außenminister seine Strategie, die er auch lebt. Denn auch wenn die Türkei sich immer intensiver mit ihren Nachbarn beschäftigt, so gibt es bisher keine Anzeichen dafür, daß sie ihren Kurs Richtung Westen verändert. Noch drängt Ankara offiziell stärker in die EU, als Brüssel Ankara umwirbt. Zwar attestieren Beobachter der Türkei eine Beitrittsmüdigkeit, doch bei einigen Reformen wie beispielsweise der Angleichung an das westliche Rechtssystem sind Fortschritte zu verzeichnen.

Je mehr sich Ankara in andere Richtungen orientiert, desto attraktiver wird es aber auch wegen dieser Kontakte in islamische Länder, zu denen Brüssel keinen Zugang hat. Die EU müßte jetzt also aus strategischen Aspekten heraus überlegen, wie sie mit der ohne Zweifel international an Einfluß gewinnenden Türkei weiter zu verfahren hat. Ein Beitritt zur EU verliert mit jedem Tag für die an Selbstbewußtsein zulegende Türkei an Attraktivität. Gleichzeitig wächst der Widerstand innerhalb der ohnehin überdehnten Europäischen Union gegen weitere Mitglieder. Vor allem die islamische, unter riesigen wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Strukturdefiziten leidende Türkei paßt immer wenigen in die sowieso eher ungeliebten Erweiterungspläne, nur will Brüssel das derzeit noch nicht offiziell eingestehen. Das führt wiederum dazu, daß Alternativen zu einem EU-Beitritt der Türkei nicht ernsthaft diskutiert werden. Begriffe wie „Strategische Partnerschaft“ geistern zwar durch die Debatten, auch wird ein ähnlicher Status für die Türkei wie etwa bei Norwegen angedacht, doch alles sind nur Gedankenspiele. Dabei ist vor allem die Norwegen-Variante äußerst attraktiv. Möglich wären verschiedene Privilegien wie visafreies Reisen, die Teilnahme am EU-Binnenmarkt, polizeiliche Zusammenarbeit oder gemeinsame Forschungsprojekte – die EU kann der Türkei einiges Attraktives auch ohne Mitgliedschaft anbieten. *Rebecca Bellano*

Ein Stern sinkt

Bundeswehr gegen Nord-Stream-Pipeline

Es sollte eines der größten Exportprojekte in der Geschichte Rußlands werden: Die Nord-Stream-Gaspipeline über dem Boden der Ostsee soll russisches Gas nach Westeuropa liefern. Doch der Stern eines der größten Exportgeschäfte der russischen Geschichte scheint zu sinken. Trotz großer Bemühungen ist nicht einmal die Finanzierung gesichert. Die größten Bedenken gegen die Ostseepipeline hegen Schweden und Finnland, die überlegen, ihre Zustimmung zu verweigern.

Verlauf zu dicht an der Insel Rügen

Nun hat die deutsche Bundeswehr eine Veränderung der Verlegungsroute verlangt. Der Grund: Die Route führt zu dicht an der Insel Rügen vorbei, das heißt an einem Gebiet, das die Bundeswehr für Marineübungen nutzt. Insbesondere für mögliche Zwischenfälle bei Schießübungen will die Bundeswehr nicht haften. Zwar hatte sie diese Bedenken auch früher schon geäußert, doch nun verleiht die Regierung ihnen erstmals Gehör. Auch Polen, Estland und Litauen haben sich in öffentlichen Stellungnahmen negativ zur Ostseepipeline gestellt. Als Hauptkritikpunkte werden Gefahren für die Umwelt und die ungeklärte Haftung bei Schäden durch Katastrophen angeführt. Hintergrund für diese ablehnende Haltung dürften neben politischen Gründen auch die hohen Herstellungskosten sein. Waren ursprünglich 2,5 Milliarden Euro veranschlagt, wurde der Finanzierungsbedarf im vergangenen Jahr auf 7,4 Milliarden Euro korrigiert, bis zur Realisierung könnte die Summe bis zu zehn Milliarden Euro betragen. Der russische Hauptaktionär Gazprom (51 Prozent) hat seit Mai aufgrund der Finanzkrise Probleme mit der Finanzierung, und die europäischen Banken reißen sich nicht gerade darum. Der Konzern steht selbst mit 50 Milliarden US-Dollar in der Kreide. Für Nord-Stream hat der Konzern sich langfristig verpflichtet. Unter anderem wohl, um Signale zu setzen, daß Gazprom die Situation unter Kontrolle hat. Eine Routenänderung würde die Pipeline abermals verteuern. Für die Russen ein harter Schlag, denn mit Problemen aus Deutschland, dem größten Partner des Projekts (20 Prozent), hatten sie nicht gerechnet. Die Pipeline sollte Europa mit günstigem Gas versorgen und den Russen mehr Unabhängigkeit von Transitländern sichern. Der Baubeginn wurde nun auf 2010 verschoben. *MRK*

Gottesstaat, Militär ... oder Mubarak

Fernab europäischen Demokratieverständnisses: Ägyptens Gesellschaft im Zerreißkampf

Groß war weltweit die Bestürzung, als 1997 – anscheinend aus heiterem Himmel – islamische Extremisten beim Totentempel der Königin Hatschepsut ein Blutbad unter Touristen anrichteten. Wie konnte das nur kommen – in einem Land, das 1979 sogar einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen hatte.

Die Erregung legte sich wieder, aber der ohnehin überdimensionierte ägyptische „Sicherheitsapparat“ wurde weiter ausgebaut. Er umfaßt heute zwei Millionen Personen – bei 82 Millionen Einwohnern. Knapp ein Viertel entfällt auf die Armee. Die unteren Ränge sind durchwegs kümmerlich bezahlt, was der Korruption Tür und Tor öffnet, und die oberen Ränge gehen dabei mit leuchtendem Beispiel voran.

Obwohl mit dem Israel-Vertrag das Kriegsrisiko wegfiel, kam es nicht zur allgemeinen Hebung des Lebensstandards, sondern bloß zur Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich.

Das Regime ist natürlich interessiert, daß möglichst nur positive Themen in die internationalen Medien gelangen: Etwa Vermittlungsbemühungen und Konferenzen – mit Staatspräsident Hosni Mubarak im Mittelpunkt. Oder neue Ausgrabungen – Zahi Hawass, Chef der Altertümerverwaltung, ist zudem ein hervorragender Selbstdarsteller. Oder Sport, primär Fußball – auch daheim ideal, um Dampf abzulassen. Und natürlich sind selbst unzufriedene Ägypter stolz auf Landsleute, die im Ausland zu Ansehen kommen – wie Mohammed El-Baradei, Chef der Internationalen Atomenergiebehörde und Nobelpreisträger. Die Führung, die solche Personen mit Ehrungen überhäuft, nascht an deren Ruhm mit.

Immer öfter werden »religiöse Gründe« als Argumente angeführt

Daß US-Präsident Barack Obama für seine große Nahost-Rede die Kairoer Universität wählte – nicht zu verwechseln mit Al-Azhar, der zweitältesten Uni der Welt –, schmeichelte allen Ägyptern. Um so mehr als die vielen Islam-Bezüge von seiner Beraterin Dalia Mogahed kamen, die aus Ägypten stammt und sich „islamisch“ kleidet. Das erklärt übrigens Obamas Aussage, daß es ein Recht der Frauen sei, den „Hidschab“ zu tragen, sowie manches andere, das sehr nach Anbiederung klang. Was in den Berichten unterging: Daß die Universität komplett geräumt war und es nur handverlesene Zuhörer gab. Und daß Obama für Strenggläubige trotz allem ein lebendes Ärgernis ist, ein „Abtrünniger“, denn die Kinder eines Muslims müssen Muslime sein.

Extreme Mißstände sind – wie überall – der Nährboden, ja die Grundvoraussetzung für extreme Ideen und Bewegungen, und dementsprechend hat die noch in der Kolonialzeit entstandene Muslim-Bruderschaft seit Jahren riesigen Zulauf. Das wiederum zwingt das Regime immer öfter zu „religiösen“ Zugeständnissen oder zum Öffnen von „Notventilen“. Typisches Beispiel ist das Keulen von 400000 Schweinen – angeblich wegen der Schweinegrippe, doch de facto eine Maßnahme gegen die Christen.

Solche Konzessionen ähneln jedoch dem Kniefall europäischer Regierungen vor den „Umweltschützern“: Man hofft, den Fundamentalisten Wind aus den Segeln zu nehmen, ermuntert sie aber in Wahrheit zu noch mehr Unsinn. Die Fragestunden von Islam-Gelehrten im Fernsehen sind Diskussionen über Scheinprobleme. Und im Parlament wird gerade über die Männerkleidung debattiert: Ein islamistischer Abgeordneter verlangt, die „Gallabeya“, jenes traditionelle lange Gewand, das längst nur von armen Leuten getragen wird, aus „religiösen Gründen“ zur Pflicht zu machen. Die Damen der Gesellschaft kleiden sich ja meist schon „islamisch“ – mit sündhaftteurer „Haute Couture“ aus den Golf-Staaten.

Wie sehr auch das Regime den Bezug zur Realität verliert, zeigte sich, als im Mai ein Enkelkind Mubaraks starb: Der Präsident sagte einen USA-Besuch ab – noch irgendwie verständlich. Aber im Land war Staatstrauer, und in Rundfunk und Fernsehen gab es ganztägig nur Koran-Lesungen. Kein Wunder, daß man von Mubarak als „Pharao“ redet.

An seiner wichtigsten Aufgabe, der Kontinuität in Form einer Dynastie, wird der Pharao allerdings scheitern. Nicht weil man grundsätzlich etwas dagegen hätte, daß der 81jährige seinen Sohn Gamal zum Nachfolger aufbaut. Aber der Frust über die Mißstände und über die US-hörige Außenpolitik – etwa auch die zynische Beihilfe zur Abriegelung des Gaza-Streifens – ist so gewaltig, daß Gamal Mubarak, der noch dazu keinen Rückhalt in der Armee hat, im Falle des Falles überfordert sein wird. Die Alternativen heißen dann Chaos oder Militärdiktatur oder „Gottesstaat“. *R. G. Kerschhofer*

Der Aufholprozeß geht weiter

Bericht zum Stand der Einheit: Neue Bundesländer kommen sogar besser durch die Krise als der Westen

Abgehängt? Entindustrialisiert? Nichts von dem: Die neuen Bundesländer arbeiten sich bei der Wirtschaftsleistung langsam, aber stetig dem bundesdeutschen Durchschnittsniveau entgegen, so der Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit.

Die neuen Bundesländer holen gegenüber dem Westen der Republik selbst während der Finanzkrise weiter auf. Damit setzt sich ein Trend fort, der schon seit Anfang des Jahrzehnts zu beobachten ist. So das Resümee der Bundesregierung in dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit.

Danach ging der Umsatz der Industrie im ersten Vierteljahr 2009 in den alten Ländern um 21,1 Prozent zurück, in den neuen verringerte er sich „nur“ um 16,6 Prozent. Ursache: Die Industrie zwischen Rügen und dem Vogtland ist weniger stark exportorientiert als die westdeutsche. Vor allem der Einbruch beim Export aber ist es, welcher der deutschen Industrie zu schaffen macht. Wichtige Abnehmerländer wie etliche EU-Staaten oder die USA sind besonders hart von der Finanzkrise erwischt worden. Zusammengenommen erwarten die Fachleute für 2009 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in den neuen Ländern um fünf Prozent gegenüber sechs Prozent im Bundesschnitt.

In der Entwicklung der neuen Länder seit 1990 erkennen die Experten heute drei Phasen. In der ersten Phase von Anfang bis Mitte der 90er Jahre holten die Länder der vormaligen DDR rasant auf. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf stieg von 42,8 Prozent (mit Groß-Berlin) des Westniveaus auf 68,3 Prozent 1996. Ohne Berlin mit seinen Westsektoren lag das Pro-Kopf-BIP der damaligen DDR 1990 gar nur bei 33,5 Prozent des bundesdeutschen Werts. Mit dem BIP pro Kopf wird die durchschnittliche Wirtschaftsleistung jedes Einwohners ermittelt. Der Wert gibt damit zuverlässig Auskunft über die Wirtschaftskraft einer ganzen Region.

In der zweiten Phase bis zum Jahr 2000 schien der Trend zu kippen. Das Pro-Kopf-BIP der neuen Länder sank leicht ab auf zuletzt 67,2 Prozent des westdeutschen. Seinerzeit machte sich beträchtliche Sorge breit, daß die beiden Teile der Republik wieder auseinanderdriften könnten. Von einer „neuen Spaltung“ war die Rede.

Heute verweisen die Fachleute solche Befürchtungen ins Reich der Gruselgeschichten. Der – statistische – Rückschlag sei leicht zu erklären: Gleich nach der Vereinigung habe eine enorme Bautätigkeit eingesetzt. Wohnungen, Infrastruktur, Industrie – auf allen Bereichen habe ein erheblicher baulicher Nachholbedarf geherrscht, der den steilen Anstieg beim BIP von 1990 bis 1996 wesentlich beschleunigt habe. Mitte der 90er Jahre war das meiste fertig, die Bautätigkeit ließ stark nach, was die BIP-Daten nach unten zog.

> Beim Anteil der Industrie schon vor England und USA

Die übrige Wirtschaft habe den Aufholprozeß jedoch fortgesetzt, was in der dritten Phase seit 2000 auch wieder sichtbar geworden sei. So ist dem Bericht zur deutschen Einheit zufolge das Pro-Kopf-BIP der neuen Länder zwischen 2000 und 2008 von 67,2 Prozent des Westniveaus auf 71 Prozent angestiegen. Damit hinkt es dem westdeutschen Durchschnittswert zwar noch deutlich hinterher, nähert sich jedoch bereits den Werten des schwächsten West-Bundeslandes Schleswig-Holstein, das 85,5 Prozent des Bundesschnitts erreicht.

Nicht bestätigt hat sich auch die Befürchtung, den neuen Ländern drohe infolge der schlechten Wettbewerbsfähigkeit der alten DDR-Betriebe eine „Entindustrialisierung“. Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung (BWS) erhöhte sich von 2000 bis 2008 von 15,3 auf 19,6 Prozent. Der Bundesschnitt liegt zwar bei 24,5 Prozent, doch viele westliche Volkswirtschaften haben die neuen Länder bereits hinter sich gelassen. So lag der Anteil der Industrie an der BWS in Großbritannien zuletzt bei 12,6 Prozent und in den USA bei 13,3.

Einen Vorteil für die Industrie der neuen Länder stellen die nach wie vor geringeren Lohnstückkosten dar; sie lagen 2008 bei 88 Prozent des westdeutschen Durchschnitts. Dies lockt Investoren an, was sich auch in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit niederschlägt. Sie sank 2008 auf 13,1 Prozent gegenüber 15,1 im Vorjahr und damit weit stärker als im Westen. Auch wuchs die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten steiler.



Erfolgreich: Justage und Kalibrierung von Hochleistungsmikroskopen bei der Carl Zeiss AG in Jena — Bild: photothek.net

Derzeit steigen die Erwerbslosenzahlen krisenbedingt auch in den neuen Ländern wieder an, ebenso wie im Westen. Allerdings sind die Aussichten kaum mehr von denen in den alten Bundesländern zu unterscheiden. Demnach dämpft bislang die erheblich ausgeweitete Kurzarbeit noch den Anstieg der Erwerbslosenzahlen. Dies dürfte sich nach Meinung aller Fachleute bald ändern.

Jedoch gehen sie davon aus, daß die neuen Bundesländer – lediglich „verdeckt“ von den beispiellosen Krisenzahlen – ihren Aufholprozeß fortsetzen werden. Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder, Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), hält es für realistisch, daß die stärksten der neuen Länder bis 2019 zumindest das Pro-Kopf-BIP der schwächsten West-Länder erreichen. In dem Jahr läuft die Förderung durch den Solidarpakt II aus.

Hans Heckel

MELDUNGEN

Bestenfalls »schwarze Null«?

München – „In unserer Firma gibt es über alle Geschäftsbereiche hinweg keine verläßlichen Indikatoren, daß wir die Talsohle der Krise erreicht haben“, nimmt Peter Löscher, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, den Optimisten bei den Wirtschaftsprognostikern den Wind aus den Segeln. Der Chef eines der umsatzstärksten deutschen Unternehmen betonte, daß der derzeitige Wirtschaftsabschwung in seiner Geschwindigkeit und unter globalem Aspekt einzigartig sei. Derweil sehen die Europäische Zentralbank (EZB) und das Institut für Weltwirtschaft (IfW) ein Ende der Wirtschaftskrise für das nächste Jahr voraus. Ab Mitte 2010 rechnet die EZB mit einem Wirtschaftswachstum. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, erwartet beim Wirtschaftswachstum immerhin eine „schwarze Null“. Gleichzeitig wirke sich die Wirtschaftskrise dann erst richtig auf den Arbeitsmarkt aus. 4,7 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2010 hält er für realistisch. *Bel*

Produktion in China wächst

Peking – Die Industrieproduktion in China verzeichnete im Mai das stärkste Wachstum seit September 2008, dies vermelden chinesische Medien. Zwar hatten Experten eine positive Entwicklung erwartet, doch die Steigerung um 8,9 Prozent überraschte selbst sie. Die Entwicklung ist vor allem auf das im Rahmen der Weltwirtschaftskrise aufgelegte chinesische Konjunkturpaket in Höhe von 414 Milliarden Euro zurückzuführen, mit dem der Staat massiv die Nachfrage ankurbelt. Auch werden die Banken in China zu einer lockeren Kreditvergabe angehalten. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden bereits 535 Milliarden Euro ausgegeben. Das ist bereits mehr, als die Regierung für das gesamte Jahr 2009 vorgegeben hatte. *Bel*

Planinsolvenz: die zweite Chance

Der Antrag auf Gläubigerschutz muß heute keineswegs mehr die Pleite bedeuten

Bekanntlich fürchtet Altkanzler Gerhard Schröder das Wort Insolvenz wie der Teufel das Weihwasser. Darum zimmerte er Ende 1999 ein nicht sehr nachhaltiges „Rettungspaket“ für den maroden Baukonzern Philipp Holzmann, der schließlich dennoch der Insolvenz nicht entgehen konnte.

Gelernt hat der heutige Erdgaslobbyist daraus gar nichts. Als Bundeswirtschaftsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) bei Opel für eine geordnete Planinsolvenz statt des massiven Einsatzes von Steuergeldern eintrat, verspottete Schröder ihn als „Baron aus Bayern“. Von seinem Mentor derart ermutigt, setzte der sonst blasse SPD-Kanzleraspirant Frank-Walter Steinmeier noch eins drauf: Es könne doch nicht sein, „daß der Arbeitsminister für Arbeit kämpft und der Wirtschaftsminister für Insolvenzen“. Auch im Falle des dank Managementfehlern schon seit Jahren strauchelnden Handels- und Touristikriesen Arcandor, vormals Karstadt-Quelle, wollten Sozialdemokraten eine Insolvenz vermeiden.

Warum verbreitet dieses Wort unter Sozialdemokraten so viel Schrecken? „Insolvenz ist nahe der Pleite“, erklärte Schröder den Zuhörern einer SPD-Veranstaltung im Europawahlkampf apodiktisch. Obendrein rief er dem Publikum zu, der Staat müsse „an der Seite der arbeitenden Menschen stehen“. Beobachter fragten sich, ob ausgerechnet Schröder sich nicht an die am Anfang seiner Regierungszeit beschlossene Reform des Insolvenzrechts erinnern könne. Die damals unter Rot-Grün eingeführte Planinsolvenz soll nämlich erlauben, ein angeschlagenes Unternehmen nicht zu liquidieren. Mit Zustimmung der Gläubiger sollen vielmehr seine sanierungsfähigen Teile und die damit verbundenen Arbeitsplätze gerettet werden. Allerdings: Das neue Instrument ist eher auf größere Unternehmen zugeschnitten. Mittelständlern, bei denen häufig kein Vermögen mehr vorhanden ist, hilft es nicht. Doch die hat auch die SPD nur selten im Blick.

> Piepenburg rettete bei Babkock-Borsig die meisten Stellen

„Der Makel, mit dem die Insolvenz immer noch behaftet ist, führt dazu, daß der Insolvenzantrag in der Regel viel zu lange hinausgezögert wird“, erklärt Martin Prager, Insolvenzverwalter aus München. Selbst mittelständische Unternehmen mit einem Umsatz zwischen fünf und 50 Millionen Euro könnten, so Prager, zu zwei Dritteln nach einer Insolvenz weitergeführt und müßten keineswegs zerschlagen werden. Dieser Weg wäre sogar für mehr Betriebe möglich, wenn bei drohender Zahlungsunfähigkeit der Insolvenzantrag rechtzeitig gestellt würde. Dabei ist die Insolvenzverwaltung ein Spezialistengeschäft für erfahrene Krisenmanager. Der Verband der Insolvenzverwalter zählt nur 435 Mitglieder, zumeist Juristen und Betriebswirte.

Bei Arcandor haben sich der neue Generalbevollmächtigte Horst Piepenburg und der vom Gericht bestellte Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg auf eine besondere Variante verständigt: die Planinsolvenz in Eigenverwaltung, ein „Maßanzug für Schuldner“, so die „FAZ“. Hierbei wird das alte Management nicht in die Wüste geschickt. Arcandor-Interimsvorstand Piepenburg beruhigte als allererstes die Beschäftigten: Er übernehme „keine aussichtslosen Mandate“. Schon beim Maschinenbauer Babcock-Borsig konnte er fast 18 000 der gut 21 000 Arbeitsplätze erhalten. Bei der Kaufhauskette SinnLeffers, einer ehemaligen Karstadt-Quelle-Tochter, erprobte Piepenburg erfolgreich die Planinsolvenz in Eigenregie.

Die von Steinmeier und Co. favorisierte „Rettungsalternative“ – vom Bund verbürgte Bankkredite – hätte bei Arcandor zu irrwitzigen Ergebnissen geführt. Derzeit ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den ehemaligen Boß Thomas Middelhoff. Er soll seinerzeit in großem Stil Arcandor-Immobilien verkauft und für Arcandor zu erheblichen Kosten zurückgemietet haben, unter anderem von einem Fonds, an dem er selbst beteiligt ist. Hätte der Bund neue Kredite für Arcandor verbürgt, wären aus diesen womöglich auch die Mieten für den Middelhoff-Fonds bedient worden. Liquidität braucht Arcandor aber vor allem für jetzt notwendige Umstrukturierungen. Die sind jedenfalls bei einer Planinsolvenz in Eigenregie leichter möglich. *Jost Vielhaber*

Opel an der Wolga

Magna plant fünf Autowerke in Rußland

Im Werk des Autobauers GAZ in Nischnij Nowgorod an der Wolga könnte bald der Opel Astra vom Band laufen, wenn die staatlich kontrollierte Treuhandgesellschaft, die derzeit 65 Prozent an Opel hält, und der insolvente Mutterkonzern General Motors (35 Prozent) der Übernahme durch das Konsortium, bestehend aus dem Auto-Zulieferer Magna und der russischen Sberbank, zustimmen. Magna will nach der Übernahme die Opel-Produktion teilweise aus Deutschland abziehen. 11 500 der 55 000 Arbeitsplätze in Europa würden abgebaut. Aus Deutschland soll die Motoren- und Getriebeproduktion mit insgesamt 3600 Beschäftigten nach Österreich und Westungarn verlagert werden.

> Arbeitsplätze aus Deutschland abziehen

Magnas Plan sieht vor, gemeinsam mit GAZ als industriellem Partner und dem bisherigen Opel-Mutterkonzern GM in Rußland fünf Werke mit einer Kapazität von 700 000 Fahrzeugen pro Jahr einzurichten. Sberbank-Chef German Gref zeigte sich begeistert. Rußland werde eine „technisch hochentwickelte Produktion“ zu einem „beispiellos niedrigen Preis“ übernehmen. Mit dem Einstieg bei Opel sichert die Sberbank das Fortbestehen des hochverschuldeten Autoherstellers GAZ. Sberbank behält sich vor, ihre 35 Prozent Opel-Anteile später an GAZ zu übertragen. Nicht zum ersten Mal stützt GAZ sich auf Opel-Technologie. 1946 hatte Rußland sämtliche Konstruktionspläne und ganze Fertigungsanlagen des Opel Kadett nach Osten verbracht. Als Moskwitsch überlebte das erste Modell des Kadett bis in die 50er Jahre. Russische Analysten der Sberbank sehen eine erfolgreiche Investition voraus. Vom Wachstum in Rußland würde auch Opel in Deutschland profitieren. Ab 2011 soll der Konzern wieder Gewinne abwerfen.

Einziges Hindernis einer baldigen Übernahme durch Magna könnten die hohen Pensionslasten des Unternehmens sein. Opel hat 20 000 aktive Mitarbeiter mit Pensionsansprüchen, 40 000 sind bereits Pensionäre. Magna möchte diese Verpflichtungen gerne schon im Vorfeld der Verhandlungen loswerden. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Stadt-Land-Konflikt

Von Richard G. Kerschhofer

Die Exzesse religiöser Fanatiker im Iran sorgen zwar immer wieder für Unmut in Teilen der Bevölkerung, haben aber – verglichen mit den ersten Jahren nach der Revolution 1979 – sogar deutlich nachgelassen. Die Auslöser der jüngsten Ausbrüche sind anderer Art: Man vergißt gern, daß die „islamische Revolution“ keine Oktober-Revolution war: Sie hat Wirtschaftssystem und Besitzverhältnisse nicht geändert – außer die der Schah-Familie. Ex-Präsident Rafsandschani, der Mussawi unterstützte, ist sogar einer der reichsten Männer des Landes. Der spartanisch lebende Ahmadinedschad hingegen hat vieles für „die Armen“ getan. Allerdings – typisch für „Populisten“ – mit wenig Sachverstand, was zu hoher Inflation und hoher Arbeitslosigkeit führte, vor allem unter der städtischen Jugend. Dazu kommen exorbitante Rüstungsausgaben – die Rüstung selbst wird von den Iranern befürwortet – und der durch das Fallen des Ölpreises ausgelöste Wegfall von Staatseinnahmen. Die Parteinahme für Mussawi und die Szenen aus den Städten sind nicht für das ganze Land repräsentativ. Sie illustrieren vielmehr die wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen der jüngeren Generation und jener der Frontkämpfer im Krieg gegen den Irak.

Analyse statt Geld

Von Hinrich E. Bues

Es gibt sie, die Lebensläufe einer gelungenen Integration. Heute traf ich beim Kaffeetrinken einen jungen Mann. Er ist mit seinen Eltern und neun Geschwistern aus der Türkei gekommen. Heute sind alle Geschwister verheiratet und haben eigene Geschäfte. Im Oktober erwartet er mit seiner deutschen Frau sein erstes Kind.

Wir freuen uns über solche gelungenen Geschichten der Integration. Und sie sind nicht selten. Heute gibt es eine Reihe von Zuwanderern, die fließend Deutsch sprechen und stolz darauf sind, Deutsche zu sein. Und sie kommen auch aus dem Raum der islamischen Kultur oder aus afrikanischen Ländern.

Dennoch bleiben die Zahlen des ersten Integrationsberichtes der Bundesregierung erschreckend. Die Lage der 15 Millionen Zugewanderten verbessert sich offensichtlich kaum. Die Integration gelingt vielfach nicht. Alarmierend sind die hohen Werte bei Arbeitslosigkeit, Armut, Schulabbruch und Kriminalität, die sind im Schnitt doppelt so hoch wie bei der deutschen Bevölkerung.

Auf der Dauer kann keine Gesellschaft eine solche Last tragen. Andere Länder wie Kanada, die Schweiz oder Australien haben nicht umsonst strenge Kriterien für die Zuwanderung entwickelt, was Bildung, Vorstrafen, Vermögen und berufliche Qualifikation angeht. Wenn die Integration gelingen soll, muß man aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen wollen. Hier geht es um die schonungslose und genaue Analyse, wo die Integration geklappt hat und wo nicht. Einfach nur mehr Bildungsausgaben für Ausländer zu fordern, wie jüngst der Grüne Cem Özdemir, reicht nicht.

Innere Emigration 2009

Von Rebecca Bellano

Sie sitzen in ihrem Reihenhaus in München, ihrer Altbauwohnung in Berlin, ihrem Ökohaus in Bad Fallingbostel, ihrer Mietwohnung in Cochem. Sie kommen aus allen Altersklassen, Bildungs- und Einkommensschichten, auch wenn sie tendenziell eher der bürgerlichen Mittelschicht angehören. Sie fühlen sich allein, sind aber Millionen.

Skepsis und Mißtrauen machen sich in Deutschland breit. Immer mehr Menschen fühlen sich von der Politik, ja, von der ganzen Gesellschaft, so wie sie jetzt ist, nicht mehr mitgenommen. Daß kaum einer die Wirtschaftkrise kommen sah, daß keiner weiß, wie sie sich entwickelt, verunsichert die Menschen ungemein. Und der gesunde Menschenverstand sagt ihnen, daß sich etwas ändern muß, doch egal wo sie hinschauen: Politik und Wirtschaft sind nur bemüht, die sich auftuenden Krisenfelder notdürftig in hektischen Aktionen zu flicken. Dabei werden – zum Teil ohne parlamentarische Kontrolle – Rezepte angewandt, die die jetzige Krise überhaupt erst verursacht haben.

Keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus, so das Motto in Politik und Wirtschaft, und so sind es nicht nur dieselben Rezepte wie vor der Krise, sondern weitgehend dieselben Personen, die versuchen, die Krise zu beenden.

Orientierungslosigkeit greift um sich

Doch es gibt keinen Aufschrei, geschweige denn Menschen mit Visionen, Ideen zur Erneuerung. Irgendwie weiterwursteln ist die Devise. Deutschland, das einstige Land der Dichter und Denker, ist ohne Inspiration.

Wie auch, denn das Gewissen der Nation, die Medien und Universitäten, sind im Laufe der Jahre ähnlich kommerzialisiert worden wie die Banken und global agierenden Unternehmen. Rendite, shareholder value, Zielgruppenanalysen und so vieles mehr haben dazu geführt, daß außerhalb einer gewissen Bandbreite, das Denken verloren gegangen ist. Eine Verflachung der gesamten Gesellschaft ist die Folge. Zu vieles wurde über zu viele Jahre in einfache Formeln gegossen. Dabei wurde in der breiten Masse verlernt, zu hinterfragen.

Daß auch sie mitgemacht haben, das wissen viele Menschen. Dinge zu hinterfragen und dann auch noch konträre Meinungen zu vertreten ist ein hartes Brot. Es raubt Energien, die man lieber darauf verwandte, seinen eigenen privaten Wohlstand auszubauen. Und man hat ja auch profitiert, im Arbeitsleben aber auch im Privaten.

Da muß doch noch was sein, was anderes, etwas, an das man glauben kann. So mancher Hoffnungsträger wurde bereits schleichend in das jetzige System eingesogen. Wer sich dem System nicht anpaßt, hat kaum Chancen, Karriere zu machen. Begriffe wie „geistig-moralische Wende“, „Leitkultur“ und „Durch Deutschland muß ein Ruck gehen“ sind im Laufe der Jahre von zu vielen Phrasendreschern mißbraucht worden.

Ohne Anknüpfungspunkt fühlen sich immer mehr Deutsche orientierungslos. Die aktuellen Wahlergebnisse zeigen zwar, daß sie auch nicht auf politische Rattenfänger reinfallen, aber dafür wenden sie sich von der Politik und der Gesellschaft ab, da die Gemeinschaft nichts anbietet, aber auch keiner mehr weiß, was er selbst anbieten kann. Und so ziehen sich immer mehr zurück ... Sie sind Millionen – und doch sind sie allein.



Auf die Barrikaden: In Gedanken wünscht sich so mancher einen Befreiungsschlag, wenn auch weniger martialisch als ihn das Gemälde des französischen Malers Eugène Delacroix „Die Freiheit führt das Volk“ zeigt.

Bild: Archiv

Gastkommentar



Mehr Berichterstattung führt auch zu mehr Theater

Von Philip Baugut

Er freue sich, daß Medienmacht und Medienmanipulation die demokratische Kultur nicht erschüttert hätten, rief Gerhard Schröder am Abend der Bundestagswahl 2005 seinen Anhängern zu. Der trotz furioser Aufholjagd soeben abgewählte Kanzler inszenierte sich als Opfer einer journalistischen Verschwörung – und befeuerte auf seine Art die Diskussion über das Verhältnis von Politik und Medien.

Das Zusammenspiel beider Seiten prägt die Demokratie, ist deren Prinzip doch die Öffentlichkeit, die Journalisten herstellen. Mangels direkter Begegnungen mit den Bürgern brauchen gerade Bundestagsabgeordnete die Medien für den Transport ihrer Botschaften. Nur wer in der Berichterstattung vorkommt, „findet statt“, wie es im politischen Berlin heißt. Also müssen Politiker auf die Bedürfnisse der Journalisten eingehen. Gefragt sind brandheiße, möglichst exklusive Informationen, worum die rund 1000 Parlamentskorrespondenten in der Hauptstadt knallhart konkurrieren. Aufmerksam wird registriert, wer zuerst das Interview mit der Kanzlerin bekommt, wer die SMS über den aktuellen Verhandlungsstand. Um so belohnt zu werden, müssen Journalisten einen engen Draht zu den Spitzenpolitikern finden. Freundliche Leitartikel helfen dabei, doch die Vierte Gewalt soll den Mächtigen stets kritisch auf die Finger schauen. Die richtige Balance zwischen Nähe und Distanz ist folglich die Gretchenfrage in der politisch-medialen Welt.

Streit wie bei »Friedman« ist oft ein ritualisiertes Spiel ohne Inhalt

Die Antwort wird auf zwei Bühnen gegeben, wie eine Studie auf Basis von Interviews mit führenden Abgeordneten und Journalisten zeigt. Auf der Vorderbühne, etwa bei TV-Interviews und Talkshows, ist die inszenierte Distanz zwischen beiden Seiten unübersehbar. Der Moderator will mit kritischen Fragen glänzen, der Politiker ihm mit wohlgeformten Antworten die Show stehlen. An Theater erinnert besonders der Polittalk von Michel Friedman. „Wenn ich bei dem bin“, erzählt ein Abgeordneter, der anonym bleiben möchte, „dann kloppen wir uns manchmal in einer unanständigen Weise, weil das auch seine Art, Quote zu machen, ist. In Wirklichkeit sind wir fast befreundet, nach der Sendung reichen wir uns nicht nur die Hand, sondern drücken uns auch.“ Es ist ein ebenso ritualisiertes wie inhaltsarmes Spiel, das beide Seiten vor laufenden Kameras aufführen. Eines, das die Zuschauer zunehmend langweilt – und davon ablenkt, daß auf der Hinterbühne die Musik spielt.

Der tiefgründige Austausch zwischen Politikern und Journalisten findet jenseits des Scheinwerferlichts statt. In den sogenannten Hintergrundkreisen, zu denen nur ausgewählte Journalisten Zugang haben, geben Abgeordnete mehr preis als in ihren glattgeschliffenen Pressemeldungen. Doch die brisanten Informationen sollen nur Interpretationshilfe sein und nicht veröffentlicht werden. „Wer schwätzt, fliegt“, so die Spielregel. Ein solcher Hintergrundkreis ist die „Gelbe Karte“, dem SPD-nahe Journalisten angehören. „Die duzen ihre Gesprächspartner aus der Partei auch zum großen Teil“, kritisiert „Stern“-Chefredaktionsmitglied Hans-Ulrich Jörges den „ganz engen Umgang“ auf der Hinterbühne. So verwundert nicht, daß mancher Journalist seinen Duz-Freund auch in politischen Fragen berät – und damit eine berufsethische Grenze überschreitet. Als Gegenleistung wird ihm zum Beispiel ein internes Positionspapier exklusiv zugespielt. Den Bürgern bleiben solche Tauschgeschäfte verborgen, obwohl sie die Berichterstattung beeinflussen. Daher sollte die Öffentlichkeit um die Mechanismen des politisch-medialen Zusammenspiels wissen.

Die Hintergrundkreise haben inzwischen an Bedeutung verloren, weil regelmäßig gegen die Spielregeln verstoßen wird. Vertrauliche Hintergrundinformationen, unbedachte Halbsätze, aus denen sich große Schlagzeilen basteln lassen, stehen oft schon am nächsten Tag in der Zeitung. Die Folge: Politiker informieren zurückhaltender oder verkaufen Dinge als vertraulich, die sie insgeheim veröffentlicht sehen wollen. Wer tief ins Innere eines Politikers blicken will, muß ihn zum Vier-Augen-Gespräch treffen. Doch nur wenige Medien wie der „Spiegel“ oder die „FAZ“ bekommen diesen exklusiven Zugang.

Es ist verständlich, daß Politiker im Umgang mit Journalisten höchst vorsichtig geworden sind. Der Medienwettbewerb um Prestige und Käufer führt zu einer ständigen Jagd nach Sensationen, die den politischen Prozeß belastet. Das haben die Verhandlungen zur letzten Gesundheitsreform gezeigt. Erst nach vielen zähen Runden fanden Union und SPD einen Kompromiß, den allenthalben kritisierten Gesundheitsfonds. Im Ringen um Kopfpauschale und Bürgerversicherung stach ein Verhandlungsteilnehmer medial heraus: Der SPD-Linke Karl Lauterbach, Professor für Gesundheitsökonomie mit „pathologischem Selbstdarstellungsdrang“, wie ein Journalist meint. Weil der Mann mit der Fliege nicht einmal bei seinen Parteifreunden Gehör fand, beschränkte er sich darauf, die Verhandlungen zu stören. So plauderte er Zwischenergebnisse aus und wetterte gegen nahezu alles, worauf sich die Koalitionsarbeitsgruppe mühsam geeinigt hatte. Hierfür boten ihm nahezu alle Medien eine Plattform. Obwohl Lauterbachs Einfluß auf die Verhandlungen minimal war, wurde er ausführlich zitiert, weil jede Äußerung das Koalitionstheater noch größer erscheinen ließ. Und die Berliner Journalisten lieben den Streit. „Wir sind Streitverstärker, im schlimmsten Fall sogar Streiterfinder“, räumt ein allseits anerkannter Hauptstadtjournalist ein.

Wirklich Wichtiges kann nur noch im kleinsten Kreis beraten werden

Der journalistische Nachrichtenhunger ist so groß, daß ihn die Verhandlungsteilnehmer nie stillen können. Denn politische Prozesse brauchen Zeit, Medien im Online-Zeitalter aber rund um die Uhr eine Schlagzeile. Das vergiftet das Verhandlungsklima, weil die Konfliktparteien stets versucht sind, Interna auszuplaudern und über die Medien Druck auf die Gegenseite auszuüben.

Natürlich macht der öffentliche Streit eine Demokratie aus. Doch wenn jeder Reformbaustein schon im frühen Verhandlungsstadium medial zertrümmert wird, bleibt der Politik für komplizierte Sachdiskussionen nur die Flucht hinter verschlossene Türen. Die Medienmeute, die Politiker auf Schritt und Tritt begleitet, stellt sich damit selbst ein Bein: Denn um der medialen Hysterie zu entgehen, werden die wichtigen Entscheidungen in kleinste Kreise verlagert und erst dann verkündet, wenn sie in trockenen Tüchern sind. So war es bei der „Rente mit 67“: Hätten die Medien von dieser Reform früher Wind bekommen, wäre die SPD-Basis dagegen Sturm gelaufen.

Es ist paradox: Die Total-Öffentlichkeit unserer hektischen Mediendemokratie schafft nicht mehr Transparenz, Kontrolle und Diskurs. Im Gegenteil, sie macht die Hinterbühne zum Ort für das wirklich Wichtige. Mehr Berichterstattung bedeutet auch mehr politisches Theater.

Es hilft nichts, die ohnehin selbstkritischen Hauptstadtjournalisten an den Pranger zu stellen. Manche Politiker klagen heute über mediale Erregungswellen, um morgen auf ihnen zu reiten. Sie sollten sich mit Medienschelte zurückhalten.

Vor allem Gerhard Schröder, der zu vielen Journalisten engste Beziehungen pflegte. Einer seiner Freunde, Ex-RTL-Chefkorrespondent Gerhard Hofmann, präsentierte sich vor Journalistenkollegen genüßlich als Schröder-Intimus. Ausgerechnet dieser schrieb über das Wahlkampfjahr 2005 ein Buch mit dem Titel: „Die Verschwörung der Journaille zu Berlin“.

Der Autor ist Kommunikationswissenschaftler und Politologe und promoviert über das Spannungsverhältnis von Journalismus und Politik.

Hier fanden Künstler eine Heimstatt

Vor 100 Jahren wurde in Ahrenshoop der Kunstkaten eröffnet – Jubiläum mit Ausstellungen gefeiert

Bis heute zählt Ahrenshoop neben Worpswede zu den bekanntesten Künstlerdörfern im Norden Deutschlands. Vor 100 Jahren wurde dort der „Kunstkaten“ eröffnet, eine Galerie für die Ahrenshooper Künstler. Mit verschiedenen Ausstellungen feiert man jetzt dieses Jubiläum.

Ein dreiteiliger Ausstellungszyklus wartet auf die Kunstfreunde. Noch bis zum 6. Juli sind Gemälde, Zeichnungen und Graphiken von Gründern der Künstlerkolonie zu betrachten. Neben Paul Müller-Kaempff (1861–1941) sind Arbeiten von Carl Malchin (1838–1923), der noch vor Müller-Kaempf in Ahrenshoop gemalt hat, Elisabeth von Eicken (1862–1940), Anna Gerresheim (1852–1921), Hugo Richter-Lefensdorf (1854–1904) und Friedrich Wachenhusen (1859–1925) zu sehen.

Vom 8. August bis zum 13. Oktober werden Plastiken, Graphik und Malerei der Folgegenerationen vorgestellt, darunter Werke von César Klein (1876–1954), Dora Koch-Stetter (1881–1968) und Gerhard Marcks (1889–1981).

Eine Landschaft vollkommener Unberührtheit

Den Abschluß bildet vom 18. Oktober 2009 bis zum 3. Januar 2010 eine speziell für die Kunstkaten-Räume konzipierte Präsentation von Installationen, Buchobjekten, Arbeiten auf Papier und filmischen Dokumentationen des zeitgenössischen Künstlers Jürgen Brodwolf. Der gebürtige Schweizer, Jahrgang 1932, der im deutschen Kandern lebt und arbeitet, war 2008 einer Einladung der FAMA-Kunststiftung ins Künstlerhaus Lukas Ahrenshoop gefolgt.

Seen, Wälder und die sanfte Weite, die Lichtverhältnisse und Stimmungen am Meer führten Ende des 19. Jahrhunderts Künstler ins heutige Mecklenburg-Vorpommern, in eine Landschaft „tiefsten Ernstes und vollkommener Unberührtheit“, wie es der Maler Paul Müller-Kaempff 1889 formulierte.

An diesen aus Oldenburg stammenden Maler und Graphiker würde sich heute wahrscheinlich kaum einer mehr erinnern, wenn er nicht 1889 mit seinem Studienfreund, dem Tiermaler Oskar Frenzel (1855–1915), eine Wanderung über die Landzunge am Saaler Bodden unternommen und dabei das weltabgeschiedene Fischerdorf Ahrenshoop für die Kunst entdeckt hätte. 1892 baute Müller-Kaempff sich dort als erster Künstler ein Haus. Zwei Jahre später eröffnete er die Malschule und Pension St. Lukas. Aktivitäten, die sich herumsprachen. Mit einigen Kolleginnen und Kollegen aus Berlin begründete der Oldenburger die Künstlerkolonie Ahrenshoop. 1906 wurde Müller-Kaempff zum Professor ernannt und lebte ab 1908 in Hamburg, wo er Mitglied des Hamburger Künstlervereins von 1832 war. Gestorben ist der Maler später 80jährig in Berlin.

Paul Müller-Kaempff zählte Ende des 19. Jahrhunderts zu den fortschrittlichsten und bekanntesten Landschaftsmalern seiner Zeit. So wurden seine Arbeiten schon zu Lebzeiten nicht nur von Museen in Rostock, Oldenburg, Kiel und Hamburg gekauft, auch viele Privatsammler begeisterten sich für sie. Sogar aus Argentinien und China kamen Anfragen.

Prominenter Käufer war Prinz Eitel Friedrich (1883–1942), der zweite Sohn von Kaiser Wilhelm II., der 1908 mehrere Werke für den kaiserlichen Hof erwarb. Der Preußen-Prinz, seine Gemahlin Sophie Charlotte Herzogin von Oldenburg und Staatssekretär Bernhard Dernburg steuerten auch die entscheidenden finanziellen Mittel bei, damit am 11. Juli 1909 der „Ahrenshooper Katen, das Haus für heimische Kunst und Kunstgewerbe“, später nur noch „Kunstkaten“ genannt, eröffnet werden konnte. Diese Galerie für die in der Künstlerkolonie ansässigen Landschaftsmaler war notwendig geworden, denn mit dem sich auf dem Fischland und dem Darß entwickelnden Bäderwesen war eine Klientel vor Ort entstanden. So konnte man es wagen, an den aufwendigen Transporten der Bilder zu Ausstellungen der städtischen Kunstvereine und Galerien zu sparen.

Die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges erzwangen 1918 die Schließung des Hauses. Nach wechselvoller Geschichte hat die Gemeinde Ahrenshoop 1993 den Kunstkaten übernommen und wieder den Malern der Künstlerkolonie, aber auch folgenden Künstlergenerationen, denen die norddeutsche Ostseeküste Quelle ihres Schaffens war oder ist, gewidmet. Nach einer Komplettsanierung mit Vergrößerung der Räumlichkeiten im Jahr 2001 wurde die Ausstellungskonzeption mit Themen zu europäischen Künstlerkolonien erweitert.

Es waren viele bedeutende Künstler, die es einst nach Ahrenshoop zog, darunter Lyonel Feininger, Erich Heckel, Alfred Partikel, Max Pechstein oder Karl Schmidt-Rottluff. Sie genossen das Spiel von Licht und Schatten, den hohen Himmel über dem weiten Meer, den Zauber der Farbe in dieser unvergleichlichen Landschaft und brachten ihn auf die Leinwand. Ahrenshoop, das war für sie die Steilküste, aber auch der langgezogene Strand, die vom Wind zerzausten Kiefern und die Katen, die sich gegen diesen Wind zu wappnen wußten, indem sie sich tief duckten. In allen erdenklichen Variationen zogen Wolken über den Himmel, bauschten sich am Horizont oder verdunkelten ihn bedrohlich, so daß man ein nahes Gewitter ahnen konnte. Immer wieder aber ist es das Licht, das die Künstler auf ihren Gemälden und Skizzen festhielten – ein Sonnenstrahl, der sich durch die Wolken bahnt oder Sonnenreflexe auf dem Dach einer Kate. *H. Schnehagen/S. Osman*

Das Spiel von Licht und Schatten festgehalten

Weitere Informationen zu Ausstellungen und Aktionen im Jubiläumsjahr im Internet unter: www.kunstkaten.de, Telefon (038220) 80308.



Der Kunstkaten in Ahrenshoop: Nicht nur von außen sehenswert — Bild: pa

KULTURNOTIZEN

Feier für Sudermann

Blankensee – Die Hermann Sudermann Stiftung veranstaltet am Sonntag, 28. Juni, 16.30 Uhr, eine Lesung in Schloß Blankensee anläßlich ihres 80jährigen Bestehens. Aus Texten von unterstützten Schriftstellern und Schriftstellerinnen wie Ingeborg Drewitz, Aldona Gustas, Wolfgang Koeppen, Karl Krolow oder Friedrich Franz von Unruh sowie aus Sudermanns letzter unvollendeter Novelle lesen Maila Barthel, Bernd E. Fischer und Jürgen K. Hultenreich. Am Bechstein-Flügel spielt Ulrich Gumpert Musik von Eric Satie. Der seinerzeit populäre Bühnenautor und Romanschriftsteller Hermann Sudermann (1857–1928) aus dem ostpreußischen Matzicken, Kreis Heydekrug, hatte 1902 das Schloß Blankensee als seinen Sommersitz erworben. Das Herrenhaus mit dem Sudermann-Gedenkzimmer – seinem ehemaligen Arbeitsraum – und dem Schloß-Café wird am 28. Juni von 12 bis 18 Uhr geöffnet sein. In dieser Zeit können sich die Besucher im Gedenkzimmer über Leben und Werk des Bestsellerautors informieren. *bzs*

Beifall für Matthus

Berlin – Von den weltberühmten Berliner Philharmonikern einen Kompositionsauftrag zu erhalten, ist für einen Komponisten quasi ein Ritterschlag. Siegfried Matthus widerfuhr nach 1982 nun zum zweiten Mal diese Ehre. Sein „Konzert für Fünf“ wurde jetzt von diesem Orchester unter Leitung von Sir Simon Rattle im großen Saal der Berliner Philharmonie uraufgeführt. Die „Fünf“ – das sind die philharmonischen Bläsersolisten Andreas Blau (Flöte), Albrecht Mayer (Oboe), Wenzel Fuchs (Klarinette), Stefan Schweigert (Fagott) und Radek Baborak (Horn). Ihnen ist dieses Konzert gewidmet, das vom Publikum mit Begeisterung aufgenommen wurde. *U. S.*

Im Ringen um die »richtige« Weltanschauung

Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg zeigt eine in den USA konzipierte Ausstellung über die Kunst im Kalten Krieg

Es ist schon bezeichnend, daß es ein US-amerikanisches Museum war, das diese Ausstellung mit deutsch-deutscher Kunst zusammengestellt hat. Zu sehen war die Ausstellung, die jetzt im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg gezeigt wird, zuvor im County Museum of Art in Los Angeles.

Die große Retrospektive zur Kunst in Deutschland zwischen den Ideologien wurde von 70 000 Kunstfreunden besucht. Was trennte und was vereinte die Kunst in beiden deutschen Staaten? Welche Wechselwirkungen existieren zwischen Kunst und Ideologie? Die Ausstellung zeigt erstmals viele bislang unbekannte Verbindungen von Künstlern aus Ost und West auf und vermittelt einen neuen, differenzierten Blick auf ein zentrales Kapitel der Moderne in Deutschland. „Das ist so ziemlich die erste Ausstellung, die in einem breiten Umfang Kunst aus Ost und West gegenüberstellt“, betonte Museumsdirektor Ulrich Großmann.

Unter dem Titel „Kunst und Kalter Krieg“ werden etwa 320 Werke der Malerei, Skulptur, Graphik, Fotografie, Video- und Installationskunst gezeigt, als Ausdruck einer umfassenden Auseinandersetzung um konkurrierende Menschenbilder und ideologische Konzepte. Arbeiten westdeutscher Künstlerinnen und Künstler wie Baselitz, Immendorff, Kiefer, Trockel oder Richter sind ebenso vertreten wie Werke von Mitteldeutschen wie Altenbourg, Sitte, Schleime oder Tübke. Die zwischen 1945 und 1990 entstandenen Arbeiten machen gesellschaftliche und politische Stimmungen in beiden Teilen Deutschlands nachvollziehbar. Begleitet werden die Werke aus internationalen Museen und Privatsammlungen von Film-, Foto- und weiteren zeithistorischen Dokumenten.

Streit über das Menschenbild

Mit der Frage nach Kontinuität oder Neubeginn 1945 beginnt der Rundgang in der ersten Ausstellungshalle. Der Bezug auf die Kunst der Klassischen Moderne ist im Osten wie im Westen zunächst gemeinsam. Die fünfziger Jahre stehen ganz im Zeichen des Streits über das Menschenbild. Der unerschütterliche Held der Zukunft, wie ihn das Bildnis eines jungen Maurers von Otto Nagel zeigt, ist das Sujet des Sozialistischen Realismus im Osten, während die informelle Malerei des Westens Ausdruck des befreiten Subjekts sein will.

Denkmalwettbewerbe konkurrieren um die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen. Das in West-Berlin geplante Denkmal des unbekannten politischen Gefangenen von Bernhard Heiliger versteht sich als Widerpart zum russischen Siegerdenkmal und klagt die Unfreiheit im sowjetischen Machtbereich an. Das Buchenwald-Ehrenmal mit der bronzenen Skulpturengruppe von Fritz Cremer wird zum Symbol des Antifaschismus in der DDR.

In der großen Ausstellungshalle beginnt mit den sechziger Jahren in beiden deutschen Staaten die Auseinandersetzung mit dem Trauma der Vergangenheit. Der Kapitalistische Realismus, inspiriert durch die Pop-Art, wird im Westen zur Kunst des Wirtschaftswunders. Neue Medien „verflüssigen“ den auf Staffeleigemälde und Skulpturen fixierten statischen Kunstbegriff. Die ständige Präsenz der Vergangenheit thematisieren Maler wie Georg Baselitz und Anselm Kiefer im Westen, aber ebenso Bernhard Heisig oder Werner Tübke im Osten. Die Fotografen emanzipieren sich und werden zu gleichberechtigten Akteuren in der Kunstszene.

Besonderes Augenmerk verdienen die Werke von Fotografinnen wie Sibylle Bergemann oder Gundula Schulze Eldowy, die ihre subversive Sicht auf den Alltag in der DDR festhielten.

Gequält vom Schatten der Vergangenheit

In den achtziger Jahren wird der Sprung aus der Geschichte gewagt und alle Ideologie in Frage gestellt. Das Wandbild in der Frankfurter Paulskirche von Johannes Grützke oder die „Frühbürgerliche Revolution“ als Panoramagemälde, die Werner Tübke für das Museum in Frankenhausen malte, befragen kritisch die Identität der Deutschen in Ost und West. Dieser Frage geht auch Jörg Immendorff in seinem „Café Deutschland“ nach.

Mit der nonkonformen Kunst in der DDR und der zwischen Dresden und West-Berlin entstandenen Bildschaukel „Gefrorene Glieder brechen leicht“ von Via Lewandowsky endet der Rundgang durch die Ausstellung.

Den Besucher erwartet hier keine erbauliche Kunst, sondern vielmehr eine Konfrontation mit einer meist aggressiv wirkenden Malerei oder Bildhauerkunst. Die „New York Times“ beschrieb diese Kunst als „tortured“, als gequält, gefoltert vom Schatten der Vergangenheit. Vielleicht ist das aber auch ein Zeichen der Zeit im Ringen um die „richtige“ Weltanschauung. *gnm /os*

Die Ausstellung im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg, ist bis 6. September dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 6 / 4 Euro. Vom 3. Oktober bis 10. Januar 2010 ist sie im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu sehen.

Zur Ausstellung ist ein Katalog im Dumont-Verlag erschienen (Hrsg. Stephanie Barron und Sabine Eckmann, 459 Seiten, 200 schwarzweiße und 330 farbige Abbildungen, 32 Euro im Museum, 49,95 Euro im Buchhandel).



A. R. Penck: Der Übergang (Öl, 1963, Sammlung Ludwig) — Bild: gnm

Wie die Lombardei sardisch wurde

In der Schlacht von Solferino wurde nicht nur das Schicksal der italienischen Provinz entschieden

Die Schlacht von Solferino mit ihren 5000 Toten und 25 000 Verwundeten führte nicht nur zur Gründung des Roten Kreuzes, sondern auch zur Beendigung des Sardinischen Krieges. Dieser sogenannte Zweite Italienische Unabhängigkeitskrieg stand am Beginn einer Entwicklung, welche einen Kleinstaat zur Großmacht und eine Großmacht zum Kleinstaat werden ließ.

Nachdem Sardinien Österreichs Forderung vom 19. April 1859, innerhalb dreier Tage zu demobilisieren, zurückgewiesen hatte, erklärte der Kaiserstaat dem Königreich den Krieg, woraufhin Frankreich entsprechend einem sardisch-französischen Geheimvertrag seinem Verbündeten zur Seite sprang. Am 29. April überschritten die Österreicher die lombardisch-sardische Grenze und marschierten in den Nachbarstaat ein. Unglücklich geführt, unterließen sie es jedoch, bis nach Turin vorzurücken, um mit ihrer drückenden Überlegenheit von 220 000 Mann die mit 70 000 Soldaten vergleichsweise kleine Armee Sardiniens zum Kampf zu stellen. Statt dessen ermöglichten sie es den Gegnern, sich mit der 130 000 Mann starken französischen Armee in Italien zu vereinigen.

Am 29. Mai gingen Sarden und Franzosen in die Offensive und begannen die Österreicher zurückzudrängen. Die Verbündeten schlugen den Feind am 4. Juni nahe der lombardischen Hauptstadt Mailand bei Magenta und marschierten nun Richtung des an der lombardisch-venezianischen Grenze gelegenen Festungsvierekkes Mantua–Peschiera–Verona–Legnago, mit dem Österreich Norditalien beherrschte. Die Österreicher suchten die Entscheidung vor dem Festungsviereck auf der westlich von diesem gelegenen Ebene von Montichiari, um ihre Kavallerie besser einsetzen zu können.

Im Ergebnis trafen vor 150 Jahren, am 24. Juni 1859, 110 000 Österreicher auf der einen Seite sowie knapp 119 000 verbündete Sarden und Franzosen auf der anderen in der Doppelschlacht von Solferino und San Martino aufeinander. Wie die Sardinier in der vergleichsweise unbedeutenden Schlacht von San Martino waren wenige Kilometer südlich auch die von Sarden unterstützten Franzosen in der Entscheidungsschlacht von Solferino erfolgreich. Die Besiegten räumten das Feld und zogen sich in ihr Festungsviereck zurück.



„Napoleon III. zu Solferino": Ölgemälde von Jean-Louis-Ernest Meissonier aus dem Jahre 1863 Foto: Wikipedia

Die blutige Massenschlacht kostete 5000 Soldaten das Leben, 25 000 wurden verletzt. 17 000 Tote, Verwundete, Vermißte und Gefangene hatten Franzosen und Sarden zu beklagen und 22 000 gar die Österreicher. Dabei hätte die Zahl der Todesopfer kleiner sein können, wenn man sich der Verletzten angenommen und sie nicht auf dem Schlachtfeld zurück- und sich selber überlassen hätte.

Gemetzel führte zur Gründung des Roten Kreuzes und der Genfer Konventionen

Am Abend des 24. Juni wurde Henry Dunant Zeuge des Elends auf dem Schlachtfeld. Eigentlich war der aus der Schweiz stammende Geschäftsmann nach Solferino gekommen, um den französischen Kaiser Napoleon III. um mehr Konzilianz der kaiserlichen Verwaltung im französisch besetzten Algerien zu bitten, wo Dunant wirtschaftlich engagiert war. Unter dem Eindruck des Elends auf dem Schlachtfeld organisierte er spontan im Rahmen seiner beschränkten privaten Mittel Hilfe für die Leidenden – und zwar unabhängig von deren Nationalität. Nach seiner Rückkehr schrieb und verteilte er dann das Buch „Eine Erinnerung an Solferino", in der er nicht nur das erlebte Elend öffentlich, sondern auch Verbesserungsvorschläge für die Zukunft machte. Auf der Basis dieser Ideen initiierte der durch die Erinnerung an Solferino für den Rest seines Lebens geprägte große Humanist und spätere Nobelpreisträger sowohl die Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz als auch die Genfer Konventionen, die ihn berühmt, um nicht zu sagen unsterblich machten.

Das Gemetzel hinterließ nicht nur bei Dunant einen tiefen Eindruck, sondern auch bei Napoleon. Die Opferzahlen ließen das Schlimmste für eine Eroberung des gut ausgebauten österreichischen Festungsviereckes befürchten. Möglicherweise waren es derartige Überlegungen, die Napoleon einen ungewöhnlichen Schritt tun ließen: Obwohl Sieger, schlug er dem österreichischen Kaiser Franz Joseph Waffenstillstandsverhandlungen vor.

Es gab jedoch noch andere gute Gründe für den Franzosenkaiser, eine Eskalation des Konfliktes zu verhindern. Der sardische Verbündete drohte zu mächtig zu werden. Bonaparte schwebte ein sardinisch beherrschtes Norditalien als Juniorpartner vor. Das genügte dem sardischen Ministerpräsidenten Camillo Graf Benso di Cavour aber offenkundig nicht, denn er beschränkte seine subversive Arbeit, das heißt die Unterstützung prosardischen Aufruhrs, nicht auf die Staaten des italienischen Nordens, sondern steuerte auf eine Einigung Italiens unter sardischer Führung und damit der Schaffung einer neben Frankreich, Österreich, Rußland, Großbritannien und Preußen sechsten Großmacht zu.

Und schließlich sprach die Politik Preußens für ein schnelles Kriegsende. Noch verhielt sich die zweite deutsche Großmacht neutral, aber wenn Preußen mit den anderen Staaten des Deutschen Bundes aus nationaler Solidarität mit Österreich am Rhein eine zweite Front aufmachte, konnte sich der Krieg zur existentiellen Bedrohung für Napoleons Herrschaft entwickeln.

Franz Joseph ging auf Napoleons Angebot ein, und am 11. Juli 1859 schlossen Österreicher und Franzosen über den Kopf der Sarden hinweg in Villafranca di Verona einen Vorfrieden, dem am 10. November 1859 der Frieden von Zürich folgte. Beide Seiten einigten sich auf der Basis des militärischen Status quo. Österreich trat an Frankreich die militärisch bereits verlorene Lombardei mit Ausnahme des noch von eigenen Truppen gehaltenen Festungsvierecks ab. Frankreich, das mit der Lombardei keine Grenze hatte, trat dann diese Kriegsbeute an Sardinien ab und bekam dafür von seinem italienischen Nachbarn und Verbündeten Savoyen und Nizza.

Letztere Gebiete sind noch heute französisch. Dennoch hatte der Sardinische Krieg von allen beteiligten Staaten für Frankreich noch die geringste Bedeutung. Frankreichs jahrhundertelanger Erbfeind Habsburg wurde zwar geschwächt, aber Napoleons Traum von einem norditalienischen Juniorpartner erfüllte sich nicht. Statt dessen entstand bereits 1861 der von Bonaparte gerade nicht gewollte italienische Nationalstaat.

Für die beiden anderen am Sardinischen Krieg beteiligten Staaten bildete das Jahr 1859 den Beginn einer Entwicklung, welche den einen zur Großmacht und den anderen zum Kleinstaat werden ließ. Nachdem Sardinien sich im sogenannten Ersten Italienischen Unabhängigkeitskrieg von 1848 noch nicht gegen Österreich hatte durchsetzen können, gewann es an der Seite Frankreichs im sogenannten Zweiten Italienischen Unabhängigkeitskrieg, dem Sardinischen Krieg von 1859, nun die Lombardei. 1861 wurde das sardinische zum ungleich größeren italienischen Königreich. 1866 gewann es an der Seite Preußens im sogenannten Dritten Italienischen Einigungskrieg, dem Deutschen Krieg, Venetien hinzu. Nach dem Ersten Weltkrieg erhielt es als Verbündeter der Ententemächte von Österreich noch Welschtirol, Südtirol und das Österreichische Küstenland.

Für Österreich hingegen begann mit der Niederlage von 1859 eine Entwicklung, welche es erst die Führungsrolle in Italien und Deutschland und schließlich auch den Großmachtstatus verlieren ließ.

Manuel Ruoff

Preußens Rolle im Sardinischen Krieg

Preußens Haltung im Sardinischen Krieg ist durch zwei Faktoren bestimmt. Da war zum einen die nationale Gegnerschaft gegen Frankreich, das, indem es Österreich in Italien angriff, zu einer neuen Hegemonie in Europa anzusetzen schien, die abzuwehren das Interesse Preußens und Österreichs gleichermaßen war. Daneben stand – in einem gewissen Widerspruch hierzu – die Versuchung, die Notlage Österreichs in Italien mit dem Ziele auszunutzen, die Gleichberechtigung im Deutschen Bund endlich durchzusetzen.

Österreich hätte dem Königreich Sardinien nicht mit dem Ultimatum vom 19. April einen Kriegsgrund geliefert, wenn es nicht die Unterstützung Preußens und des gesamten Deutschen Bundes vorausgesetzt hätte. Trotz der Volkswut gegen den damaligen Erbfeind Frankreich blieb sie jedoch aus.

Wenn Sardiniens Ministerpräsident Camillo Benso von Cavour und der Kaiser der Franzosen Napoleon III. Österreichs dominierende Stellung in Italien angriffen, stellten sie damit zwar die Wiener Nachkriegsordnung von 1814/15 in Frage, aber die Lombardei und Venetien gehörten nicht zum Territorium des Deutschen Bundes, und daher war Preußen als dessen Mitglied auch nicht zu deren Verteidigung verpflichtet. So konnte Preußens damaliger Außenminister Alexander von Schleinitz das Eintreten für Österreich von der Anerkennung der Gleichberechtigung Preußens im Bund abhängig machen. Letztere machte Berlin am preußischen Oberbefehl über die Bundestruppen am Rhein fest.

Da die diesbezüglichen Verhandlungen mit Österreich nicht vorankamen, liefen die militärischen Vorbereitungen Preußens am Rhein schleppend – viel langsamer jedenfalls als der französisch-sardische Vormarsch in der Lombardei.

Österreichs Kaiser Franz Joseph war empört über das preußische Zögern, da dessen politische Gründe nicht in sein hochkonservatives und habsburgzentrisches Weltbild paßten. Als letzten Trumpf schickte er den uralten Feldmarschall Alfred I. zu Windisch-Graetz, der die 48er Revolution in Wien niedergeschlagen hatte, nach Berlin, denn der Fürst war bekannt für seine Hochschätzung gleichberechtigter österreichisch-preußischer Waffenbrüderschaft. Prinzregent Wilhelm, der spätere König und Kaiser Wilhelm I., wäre zwar bereit gewesen, gegen Frankreich zu marschieren, Schleinitz und übrigens auch der preußische Gesandte in St. Petersburg Otto von Bismarck, auf den es damals aber noch nicht ankam, wollten Österreichs Notlage jedoch nicht ungenutzt lassen. Schleinitz verdeckte das hinter dem Vorschlag einer Vermittlung von Preußen, Rußland und Großbritannien zwischen Wien, Turin und Paris.

Da platzte in die wohlwollenden Gespräche zwischen Wilhelm und Windisch-Graetz wie eine Bombe die Information über den Waffenstillstand von Villafranca, dem sofortige Friedensverhandlungen folgen sollten. Durch den überraschenden Waffenstillstand schien Schleinitz in seiner Sorge bestätigt, daß Preußen und die kleineren Bundesstaaten nach einem Losschlagen am Rhein von einem österreichisch-französischen Separatabkommen hätten überrascht werden können. Andererseits ist fraglich, ob Wien sich auf ein Übereinkommen mit Paris derart schnell eingelassen hätte, wenn es Berlin an seiner Seite gewußt hätte. Wie viele hypothetische Fragen ist auch diese nicht mit letzter Sicherheit zu beantworten.

Als Fazit läßt sich konstatieren, daß Österreich es sich als Großmacht meinte schuldig zu sein, sowohl in Italien als auch in Deutschland zu dominieren. So war es nicht dazu bereit, für die Verteidigung seiner italienischen Position in Deutschland nachzugeben. Nicht nur, daß es mit dem Sardinischen Krieg die Lombardei verlor, es gab auch in Preußen all jenen Kräften Auftrieb, die auf eine entscheidende Konfrontation mit dem Kaiserstaat hinsteuerten, die dann 1866 eintrat.

Bernd Rill

Frankreichs Bomber

Obwohl Frankreichs finanzielle Möglichkeiten auch schon zu Zeiten General Charles de Gaulles ungleich kleiner als die der Supermacht USA waren, baute das Land während seiner Präsidentschaft eine eigene nukleare Abschreckung auf. Neben der „Bombe" gehörten dazu strategische Landraketen und Nuklear-U-Boote sowie Langstrekkenbomber.

Unter drei Vorentwürfen für einen solchen Bomber wurde 1957 der von Dessault ausgewählt. Im April des Jahres wurde ein Vorvertrag über den Bau eines Prototypen abgeschlossen. Vor 50 Jahren, am 17. Juni 1959, fand der Erstflug des ersten strategischen Langstreckenbombers der Grande Nation statt. Zunächst wurden 50 Maschinen bestellt. Es dauerte dann noch bis zum 1. Oktober 1964, bis die französischen Luftstreitkräfte ihre erste Mirage IV in Dienst nehmen konnten. In jenem Jahr wurden dann noch zwölf Maschinen nachbestellt. Konstruktiv baute der Dessault-Bomber auf dem bereits bewährten Muster des Abfangjägers Mirage III auf. Er erreichte eine Höchstgeschwindigkeit von 2340 Stundenkilometern.

Da der Bomber mit einer Reichweite von 2477 Kilometern nicht mit einer Tankfüllung von Frankreich aus die Sowjetunion erreichen konnte, beschaffte die französische Luftwaffe US-amerikanische Boeing KC-135 „Stratotanker", mit denen eine Betankung in der Luft möglich war. Da Transportflugzeuge ein relativ leichtes Ziel sind, sollten zwei Mirage IV zusammen mit einer KC-135 „Stratotanker" operieren. Dabei sollte, nachdem das Feindgebiet erreicht war, auf der Strecke bis zum strategischen Ziel die eine Mirage IV der anderen, welche die Bombe trug, als Tankflugzeug dienen. Als Alternative beabsichtigte de Gaulle die Entwicklung einer größeren Mirage IV B mit größerer Reichweite durchzusetzen, aber die Planungen hierzu wurden bereits 1959 eingestellt. Dafür reichten die Finanzmittel der Grande Nation dann doch nicht.



Dessault Mirage IV Bild: Internet

Das Ende der Mirage IV (als Langstreckenbomber) wurde eingeleitet, als sich in den 80er Jahren die Erkenntnis durchsetzte, daß nur tieffliegende Angriffsflugzeuge gegen die Bodenabwehr bestehen können. Für den Tiefflug war die Mirage IV aber nicht ausgelegt, und so wurden die Flugzeuge schrittweise außer Dienst gestellt. Die nukleare Abschreckung Frankreichs basiert seitdem nur noch auf den strategischen U-Booten und den landgestützten Raketen. Die Mirage IV war damit nicht nur der erste, sondern bislang auch der einzige strategische Langstreckenbomber der Grande Nation.

18 Mirage IV wurden zu Aufklärungsflugzeugen umgebaut und auch noch nach der Jahrtausendwende eingesetzt. Am 23. Juni 2005 fand der letzte Flug einer Mirage IV statt. Viele der ausrangierten Maschinen kamen in Museen.

Der Bau der Mirage IV ist als Ausdruck des Versuchs Frankreichs zu interpretieren, trotz seiner Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft und beschränkter ökonomischer Ressourcen die waffentechnische Unabhängigkeit von den USA zu erhalten. Die Abhängigkeit von Tankflugzeugen des US-Flugzeugherstellers Boeing hat dabei beispielhaft die Grenzen aufgezeigt.

Hans Lody

Die Albertusnadel – mehr als eine Erinnerung

Wie aus einem Ausweis für Studenten das auch heute noch gern verschenkte Präsent für Abiturienten wurde

„Die Mütze nur auf einem Ohr und einen blanken Albrecht vor ...“, sangen einst die Königsberger Studenten – lang, lang ist es her, 200 Jahre und mehr, als sich die Söhne der Alma mater Albertina die ersten Nadeln mit dem Bildnis Herzog Albrechts an den Hut steckten. Und noch heute wird von älteren Ostpreußen die Frage gestellt, ob es noch einen Albertus zu kaufen gäbe, denn der Enkel oder die Großnichte ständen vor dem Abitur und man wolle sie mit dieser Anstecknadel überraschen.

Nur in Ostpreußen gab es diese Tradition, die Fleiß und Leistung junger Menschen sichtbar machen wollte, sie vergoldete oder versilberte. Denn die ganze Familie nahm regen Anteil an der Reifeprüfung des jungen Sippenmitglieds, deren Bestehen dann gebührend gefeiert wurde – mit jeder Menge Alberten, die Mütze und Jackenaufschläge glänzen ließen.

So manch einer der ehemaligen Abiturienten hat seinen Albertus durch Krieg und Vertreibung gerettet, wird ihn ab und zu vorholen und an jene Tage zurückdenken, als man sich endlich den Stürmer oder das Cerevis aufsetzte und die erste Nadel mit dem Albrechtkopf ansteckte. Nicht nur in Königsberg, sondern überall in Ostpreußen, wo es höhere Schulen gab, die zum Abitur führten.

Ursprünglich war das allerdings anders gewesen, da trugen ihn ausschließlich die Studenten der Albertina – als Ausweis. Es war ein Theologiestudent gewesen, der sich als erster diese Nadel an den Hut steckte – den trugen damals noch die Studenten, ehe er der legeren Mütze wich. Der Studiosus Sawatzki schuf das Porträt des Herzogs Albrecht nach dessen Brustbild auf dem Universitätssiegel, wie es auch als Standbild in der Mauer neben dem Eingang zur Alten Universität zu sehen war: barhäuptig, im Harnisch und mit blankem Schwert. Das soll bereits im Jahre 1801 gewesen sein, aber erst 16 Jahre später wurde die Albertusnadel das Erkennungszeichen der Königsberger Studenten, die nach dem Wartburgfest eine allgemeine Burschenschaft, die „Allgemeinheit Albertina“ gegründet hatten, der alle an der Königsberger Universität Studierenden angehörten – mit einigen Ausnahmen. So durften nach dem allgemeinen Studentenrecht die Immaturen den Albertus für das erste Jahr nicht tragen. Diese zumeist aus Silber gefertigte Nadel wurde sogar von der Polizei als Legitimation anerkannt und verschaffte den Trägern auch einige Privilegien wie verbilligten Theaterbesuch. Aber im Laufe der Jahrzehnte verlor der Albertus in der Studentenschaft an Bedeutung, manche Korporationen verzichteten auf ihn, wer keiner Verbindung angehörte sowieso, und schließlich trugen ihn nur noch zwei Burschenschaften an der Mütze.



Je mehr, desto besser: Frisch gebackene Abiturienten mit ihren Alberten Bild: privat

Das bedeutete allerdings nicht das Aus für die Nadel, im Gegenteil: Zuerst begannen die Abiturienten, die sich für ein Studium an der Albertina entschieden hatten, ihn als Zeichen ihrer Absicht zu tragen, dann griff der Brauch auf alle Abiturienten über. Sie wurde zum Zeichen der glücklich bestandenen Reifeprüfung an allen ostpreußischen Gymnasien und Oberlyzeen. Denn auch die Abiturientinnen schmückten sich mit der Nadel und oft mit einer ganzen Kollektion, denn ostpreußische Familien pflegten ja sippenstark zu sein. Nicht nur Eltern und Großeltern schenkten den jungen „Muli“ Alberten, sondern auch sämtliche Onkel und Tanten und sonstige Gebefreudige. Manche erste Liebe wurde so gefestigt, wenn die Angebetete ihm einen Albertus an den Rockkragen heftete. Ein noch innigerer Beweis war das Besticken der Mützen mit goldenen Chenillefäden – alles glänzte! Manche Jünglingsbrust zierte ein ganzes Sortiment von Alberten jeglicher Güte und Größe, von den nur bescheiden „Versilberten“ bis zu Prunkstücken aus Edelmetall. Gefreut hat sich der oder die so Geehrte über jede Nadel, bewies sie doch, daß Fleiß und Zielstrebigkeit anerkannt wurden und man auch das Vertrauen der Eltern erfüllt hatte, denen es oft nicht leicht gefallen war, das Schulgeld und andere Kosten aufzubringen.

Heute bedeutet uns ein Albertus noch viel mehr. Das Bild von Herzog Albrecht, der 1544 die Universität in Königsberg gegründet hatte – den Namen „Albertina“ bekam sie erst hundert Jahre später – steht für uns als Sinnbild einer Stadt, die eine friedliche Hochburg der Wissenschaft war, ein geistiger Mittelpunkt Europas, die Stadt Kants. Und das verpflichtet.

Ruth Geede

Alberten können über die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, bezogen werden.

»Luise – Königin der Herzen«

Dreharbeiten zu einem Dokumentarfilm über die beliebte Preußin

Noch einmal ist die preußische Königin in ihre Heimat Mecklenburg-Strelitz zurückgekehrt. „Luise – Königin der Herzen“ heißt ein neuer Dokumentarfilm mit eingespielten Sequenzen aus dem Leben der unvergessenen Königin, die erst 34jährig am 19. Juli 1810 im Schloß Hohenzieritz verstarb. Ein Schrei des Entsetzens ging damals durch ganz Preußen, und diejenigen, welche das Glück hatten, diese Monarchin persönlich zu kennen, sprachen von dem größten Unglück, das dem geschundenen Land noch zustoßen konnte.

Nun sind in Neustrelitz die ersten Dreharbeiten der Rostocker Produktionsfirma Looks Film & TV abgeschlossen. Auftraggeber sind die Fernsehsender NDR und arte. Im Herbst dieses Jahres wird arte den Film als erster Fernsehsender ausstrahlen, im Frühjahr folgt dann die ARD. Natürlich werden außer Neustrelitz und Hohenzieritz mit Berlin, Bad Pyrmont und Paretz weitere Lebensstationen der prominenten Königin skizziert, erläutert Regisseur Georg Schiemann.

Es wird also an Originalschauplätzen gedreht, nur für Königsberg reichten die finanziellen Mittel nicht. „Wir drehen die Dokumentation mit großer historischer Korrektheit und haben alle Fakten gut recherchiert“, fügte Regieassistentin Almut Nass hinzu. Luise Schorn-Schütte, Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Frankfurt am Main, sowie der Verfasser dieses Beitrages standen dem Film-Team beratend zur Seite.



Produktionspause: Der Verfasser dieses Beitrages als preußischer Diplomat an der Seite der Königin und eines Offiziers (von links) Bild: Nehring

Die Dokumentation versucht herauszuarbeiten, weshalb der Mythos „Luise“ noch heute Bestand hat. Sie hatte ja, um es mit den Worten Theodor Fontanes zu sagen, mehr unter der Phrasenhaftigkeit ihrer Verherrlicher als unter der üblen Nachrede ihrer Feinde zu leiden. Der Film zeigt Luise in erster Linie als Frau ihrer Zeit, mit all ihren Träumen und Sehnsüchten, mit ihren Vorzügen, aber auch Schwächen.

Die Titelrolle ist mit Luise Bär mit einer Schauspielerin besetzt, die dem historischen Vorbild sehr ähnlich ist, soweit man das überhaupt beurteilen kann, denn Maler haben sehr unterschiedliche Bilder der Königin gezeichnet. Letztendlich hat aber nicht die gerühmte äußerliche Schönheit Luise zur Legende gemacht. Es war vor allem ihre „innere Schönheit“, ihr Mut und ihre Tapferkeit, Eigenschaften, welche selbst ihre Gegner anerkennen mußten.

Freuen wir uns auf den Dokumentarfilm. Er wird mit Sicherheit eine Attraktion.

Hans-Joachim Nehring

Ein Sonderweg?

Clark sprach in Stuttgart über Preußens Rolle in Deutschland

In ein Verhältnis zur Vergangenheit zu treten ist nicht nur eine wissenschaftliche Aufgabe, sondern ein offizielles Bedürfnis“, sagt Christopher Clark, Professor für Neuere Europäische Geschichte an der Universität Cambridge. Der in Sydney geborene Clark ist Autor des mehrfach ausgezeichneten Buches „Preußen – Aufstieg und Niedergang 1600–1947“. Als Mitglied der Preußischen Historischen Kommission und der German History Society gilt er als international führender Interpret Preußens.

Bei einem Vortrag im Stuttgarter Rathaus über die „Rolle Preußens in der deutschen Geschichte“ und den sogenannten Sonderweg, dem man dem Preußischen so gern zuschreibt, traf er dementsprechend sowohl auf ein hochrangiges akademisches Publikum als auch auf interessierte Bürger vieler Schichten und Altersgruppen. Wer spitzte in Deutschland nicht die Ohren, wenn von Preußen als schillerndem Begriff der deutschen Geschichte die Rede sein soll?

Bis heute gehört zum weltweiten Echo auf Preußen und das Preußische die Bewunderung seiner Gradlinigkeit und die Furcht vor deren Härte. Von Friedrich dem Großen bis zum antinationalsozialistischen General Kurt von Hammerstein-Equord (Hans Magnus Enzensberger: „Hammerstein oder der Eigensinn – Eine deutsche Geschichte“, Frankfurt am Main 2008) zieht sich diese Reaktion durch die deutsche Geschichte und Gesellschaft.

In Stuttgart kommentierte man diese Situation mit den Worten „Die These des deutschen Sonderweges innerhalb Europas bei der Entwicklung eines modernen demokratischen Staates bezog sich im Kern stets vorrangig auf Preußen und setzt voraus, daß es einen deutschen ‚Normalweg‘ gab.“

Da sich in den vergangenen Jahrzehnten aber nicht nur die Technik, sondern auch ihr gesellschaftliches Umfeld erheblich wandelten, haben die Historiker und an ihrer Spitze Christopher Clark festgestellt, daß die Sache mit der so vielfach attackierten Vormachtstellung preußischer Eliten nicht so ganz stimmen kann.



Christopher Clark Bild: Internet

Clark fügte hinzu, daß auch die Neigung von Joseph Goebbels und vielen anderen, preußische Disziplin als NS-Charakterzug zu werten, einem objektiven Urteil über Preußen nicht eben gut bekommen sei. Hinzu komme, daß als eine der bleibenden Grundlagen des Staates um Potsdam der Gehorsam betrachtet werde und daß selbst die Wissenschaft Preußens Gesellschaft als eine ausgeprägt militaristische bezeichnet habe, die von ihren Landjunkern geprägt worden sei.

Dagegen führte Clark an, daß der preußische Staat aufgrund seiner Gesetzgebung die Bauern gegen die Übergriffe der Junker geschützt habe. Die sogenannten preußischen Konservativen aber seien eine ausgesprochen ostelbische Angelegenheit gewesen. Das ist in Kenntnis gegenwartsnaher politischer Entwicklungen eine hochinteressante Interpretation.

Der australische Professor machte betont darauf aufmerksam, daß die neueren wissenschaftlichen Urteile Preußen sehr viel objektiver bewerten und erkennen lassen, daß der bisherige Gedanke eines „Sonderweges“ in die Irre führe. Zumal etwa die hohe Anerkennung des Offiziersstandes in der Gesellschaft durchaus nicht nur für Preußen gelte.

Am Ende erntete der Hochschullehrer aus Cambridge nicht nur donnernden Applaus, sondern auch die vertraute Kritik von entsprechender Seite, die sich auf die „anmaßende Arroganz der Offizierskaste“ konzentrierte. Die internationale Geschichtsforschung hat begonnen, die Gegner Preußens eines besseren zu belehren.

Rosemarie Fiedler-Winter

Einzig Minister zu Guttenberg überzeugt

Zu: „Endlich bankrott“ (Nr. 23)

Zwei Worte hätten längst geschrieben werden müssen: Wahlen sofort! Auf jeden Fall muß die Große Koalition unter Merkel sofort aufhören, im Bereich Wirtschaft zu regieren. Es ist nur ein Anrichten unter dem Motto: Wir wollen nicht die Krise – soll die nächste Generation sie ausbaden.

Im Namen aller, die Kinder haben oder ohne sie Verantwortungsbewußtsein für die Zeit nach dem werten Ich empfinden, sei es gesagt: Einzig Minister zu Guttenberg überzeugt, Minister Steinbrück leider nicht mehr ganz, die andern, allen voran die Kanzlerin, überhaupt nicht. Sie ist stets nur von einem einzigen Ziel bewegt, das wirklich klar ist: der Fortsetzung ihrer Kanzlerschaft. Dieses Interesse ist nicht verboten, doch es schadet Deutschland.

Gudrun Schlüter, Münster

Berlin züchtet Ablehnung gegen Ausländer

Zu: „Neu in Berlin“ (Nr. 23)

Wer noch Zweifel gehabt haben sollte, daß wir nicht einmal einer Bananenrepublik gleichen, der sollte sich das Berliner Theater um die rumänischen Roma-Zigeuner-Touristen zu Gemüte führen.

Sie kamen als normale Touristen, lagerten im Freien, besetzten Wohnungen und eine Kirche und wurden dann von den Berliner Behörden in einem Heim untergebracht. So züchtet Berlin die Ablehnung von Ausländern und hier besonders von Zigeunern, auch Roma genannt, die doch dringend eine gewachsene Akzeptanz benötigen, die sich aus ihrem einwandfreien Verhalten ergeben würde.

Warum wird dieses Gesindel, so benehmen sie sich, nicht umgehend nach Rumänien zurückbefördert?

Otto Lores, Waldbröl

Besser geht nicht

Zu: „Zankapfel Judenmission“ (Nr. 20)

Vielen Dank für Ihre ausgezeichnete Berichterstattung zum Thema Mission im Hl. Land. Besser hätte man es nicht machen können!

Andreas Klapproth, Meßkirch

Linke Brüder

Zu: „Nur noch eine Stimme Mehrheit“ (Nr. 20)

Hallo, das war ja mit der einen Stimme schnell vorbei, und man sollte sich angewöhnen, einen Parteiwechsel nur dann zu erwähnen, wenn er die Mehrheitsverhältnisse wirklich umkehrt. Man muß ja auch sehen, daß die Grenzen zwischen Rot, Grün und Dunkelrot fließend sind. Da braucht es für einen Wechsel nicht viel, zumal sich extreme Linke in allen drei Parteien finden. Gleiche Brüder mit unterschiedlichen Kappen, die aber auch gewechselt werden können.

Margot Thoms, Böblingen



Kämpfen gegen wirtschaftspolitische Einmischung aus den eigenen Parteien: Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (Union) versuchen trotz Bundestagswahl auf Sachverstand zu setzen. Bild: ddp

Ein Glücksfall

Zu: „Chapeau!“ (Nr. 23)

Unser Wirtschaftsminister zu Guttenberg ist ganz ohne Zweifel ein Glücksfall für uns alle, besonders natürlich die Union, der es wie allen anderen Parteien an herausragenden Politikern fehlt. Guttenbergs Meinungen sind immer fundiert, so daß es wirklich nicht wundern würde, wenn er mit Opel recht behielte. Leider haben wir neben ihm so viele Nieten und Blindgänger, besonders in den drei linken Parteien, denen es in der gegenwärtigen Krise an Verantwortungsgefühl vor unseren Nachkommen fehlt. Es werden von ihnen viel zu schnell immer neue Schulden gemacht. Zurückzahlen müssen sie die nach uns Kommenden.

Jutta Goldenberg, Greifswald

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Umgang heizt zur Gewalt an

Zu: „Bedrohung vom linksextremen Rand wahrnehmen“ (Nr. 18)

Die Wahrnehmung leidet leider darunter, daß die Medien, in Berlin auch Funk und Fernsehen, mehrheitlich linksgestrickt sind und den linken Gewalttätern weit weniger Beachtung schenken als den rechts Gestrickten, die auf einer Geburtstagsfeier verbotene Lieder abspielen (dann rückt die Polizei gleich mit großer Streitmacht an).

Hinzu kommt, daß zwar rechte Propagandadelikte als Straftaten gezählt werden, während es keine linken gibt, die festgehalten werden. So entsteht eine Gegenüberstellung von linken und rechten Straftaten, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

Würde man die Veranstaltungen der NPD als demokratische Meinungsäußerung tolerieren und nicht gegen sie vor allem den Mob mobilisieren, dann würde das die Gewalt von beiden Seiten reduzieren, heizen sich doch die einen an den anderen auf.

Maria Molnar, Berlin

Prag lebte Anfang 1945 in Frieden

Zu: „Zwangsarbeiter‘ oder ‚Reichsbürger‘“? (Nr. 23)

Wahrscheinlich sind die Tschechen dazwischen einzuordnen. Ohne Zweifel waren sie während des Zweiten Weltkrieges gegenüber anderen besetzten Staaten bevorzugt, und nur das Attentat gegen Heydrich verschlechterte vorübergehend ihre Situation.

Ich war im Januar 1945 in Prag beim Augenarzt und hatte in der Stadt das Gefühl, im tiefsten Frieden zu sein. Im Soldatenheim aß ich zu Mittag, die Musik spielte flotte Weisen und die Stadt wurde nachts auch nicht verdunkelt.

Darum habe ich bis heute nicht begriffen, warum gerade Tschechen durch besondere Grausamkeiten gegen Deutsche jeden Alters und jeden Geschlechts aufgefallen sind. Wenn die Benesch-Dekrete noch heute nicht getilgt sind, belegt das leider, daß die heutigen Tschechen kaum wissen, was von ihrer Eltern- und Großelterngeneration für schrecklichste Verbrechen begangen worden sind. Zwar läuft gegenwärtig in Tschechien eine Art Prozeß gegen verstorbene Verbrecher, die wehrlose deutsche Jugendliche und Erwachsene ermordet haben. Doch das ist kaum die Spitze eines fürchterlichen Eisbergs, und das wollen die deutschen Einheitsmedien leider nicht zur Kenntnis nehmen. Sie sind kaum besser als die Tschechen, die ihre Vergangenheit um jeden Preis unter dem Teppich halten wollen.

Philipp Wanke, Wolfsburg

Frage der Toleranz

Zu: „Blanker Haß in Marburg“ (Nr. 21)

Es wird zum Gesindel, wer in unserer demokratischen Ordnung nicht seine Regeln einhalten kann, zu der Toleranz und das Ertragen anderer Meinungen gehören. Wer mit Gewalt andere Meinungen zu unterdrücken sucht, kann nicht Teil unserer Gesellschaft sein. Es sind Faschisten, von denen die rot lackierten besonders häufig sind.

Regina Heese, Minden

Belogene Heimatvertriebene

Zu: „Ein netter Besuch“ (Nr. 13)

Als Tochter eines heimatvertriebenen Schlesiers kann ich nicht verstehen, daß die Vertriebenen sich nach all den Jahren noch immer von den Etablierten reinlegen lassen. Diese haben sie jahrelang belogen mit Parolen wie „Verzicht ist Verrat“, „Oder-Neiße-Grenze niemals“. Nur um ihre Wählerstimmen zu bekommen. Dann wurde die Oder-Neiße-Grenze anerkannt, mit Beifallklatschen aller Parteien im Bundestag. Vertriebene waren, wenn sie von Heimatrecht sprachen, dann nur noch Ewiggestrige. Keine Fürsprache für Frau Steinbach und keinen diplomatischen Schutz Deutschlands für die Kläger einer Entschädigungsklage gegen Polen vor dem Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Menschenrechte gibt es wohl nicht für deutsche Heimatvertriebene. Als sie unterlagen, haben Steinmeier und Merkel es begrüßt. Beispiellos in der Welt! Die „guten Gespräche“ in Polen waren bestimmt nicht zugunsten Frau Steinbachs, aber gut für die Polen.

Schwanette Jäschke, Bunde

»Lucht« heißt Dachboden nicht Luft

Zu: „Die Prußen im Mittelpunkt“ (Nr. 22)

Zu dem Artikel von Stefan Hein kann ich nicht umhin, sie auf einige Fehler hinzuweisen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Dr. Goltz im letzten Satz des Artikels: einige Kostproben Blit = Blut und Lucht = Luft dargestellt hat.

Ich bin Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Ostpreußisch Platt“ mit Sitz in Bielefeld, die von der Kreisgemeinschaft Gumbinnen gegründet wurde; diese AG hat erhebliche Zuarbeit zu dem von Dr. Goltz erstellten „Preußischen Wörterbuch“ geleistet. Ich habe dieses Wörterbuch leider nicht, und es ist mir auch klar, daß innerhalb Ostpreußens viele Wörter unterschiedlich in Platt gesprochen wurden.

Anhand meiner Unterlagen, die wir für unsere Arbeit benutzen, werden die Wörter Blut = Bloot und Lucht = Raum unterm Dach genannt. Sie können sich auch mit dem Vorsitzenden unserer AG, Herrn Siegfried Grawitter, Evastraße 3b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784, in Verbindung setzen.

Fritz Pauluhn, Hemmingen

Strausberg ist viel älter

Zu: „Als Unternehmer Höhen und Tiefen erlebt“ (Nr. 22)

Als Abonnent bin ich ein aufmerksamer und kritischer Leser der *PAZ*. Häufig überlege ich, die eine oder andere Meinung in Form eines Leserbriefes zu äußern; meistens unterlasse ich es dann aber doch.

Zu Ihrem Artikel zum 125. Todestag des „Eisenbahnkönigs“ Henry Strousberg muß ich aber unverzüglich schreiben, denn Ihnen ist da bedauerlicherweise ein grober Schnitzer unterlaufen.

Sie behaupten im letzten Absatz: „Noch heute erinnert der Vorort Strausberg an der Ostbahn nach Königsberg an diesen Ostpreußen aus Neidenburg.“

Oh, Gott! Im Jahre 1232 verlieh der Markgraf Johann I. von Brandenburg dem Marktflecken „Struceberch“ das Stadtrecht. Seit mindestens 777 Jahren ist der Name Strausberg urkundlich belegt! Eine Namensähnlichkeit mit „Strousberg“ darf keinesfalls zu solchen Fehlschlüssen führen.

Michael Roock, Berlin

Gutmenschen auf dem sinkenden Dampfer

Zu: „BdV braucht eine Agenda 2020“ (Nr. 17)

Ohne Blick zurück wird es wohl nach langen Krämpfen zu einem „Zentrum gegen Vertreibungen“ kommen, in dem die Vertreiberstaaten und Deutsche politisch korrekt Darstellungen bieten, bestenfalls mit Gegendarstellungen. Versöhnung gibt es nur auf zwischenmenschlichen Ebenen schon seit vielen Jahren; Staaten – außer Deutschland zur Zeit – haben größere Interessen.

Solange die Vertreiberstaaten im ureigensten Interesse ihre Unrechtdekrete von 1945 nicht aufheben, solange wird es keine Entschädigungen für deutsches Privateigentum geben. Und im Gegensatz zu uns Menschen ist Privatbesitz und -erbe nicht sterblich. Hier ist der Knackpunkt: Wer bekommt mehr recht? Die Erben der rechtmäßigen Eigentümer oder die Erben der Vertreiber? Und das Vielvölkergruppengemisch in Deutschland wird die angestrebte Wiedergutmachung an Deutschen von Deutschen schwerlich erbringen wollen.

Auf Grund unserer Leiden bei der „Befreiung“ von fast allem, was uns lieb und teuer war, können und wollen wir nicht solche unmenschliche Rache nehmen (Charta der Vertriebenen) und solche Verbrechen an persönlich Unschuldigen – wie wir damals – begehen. Denn die, die jetzt in unserer Heimat leben, sind mit immer weniger Ausnahmen auch persönlich unschuldig an den Verbrechen, die an uns begangen wurden. Sie sind nur Nutznießer und wollen ihren jetzt privaten Besitz behalten.

Ja, wir brauchen ein neues Konzept, eine Agenda 2020 für die Zukunft. Alle jetzt etablierten Parteien vertreten nicht unsere Belange, und unsere glücklosen Vertreter in diesen Parteien sterben aus. Aber den ewiggestrigen Gutmenschen auf dem sinkenden Dampfer „Political Correctness“ ergeht es auch ähnlich. Und die Erlebnisgeneration der Vertriebenen wird in 20 Jahren aussterben.

Unsere Kinder wurden größtenteils politisch korrekt umerzogen, unsere Enkel jedoch beginnen gemäß der Tradition gegen ihre Eltern zu motzen und fragen schon manchmal: „Wie war das damals? Erzähl' mal, Opa!“ Wir müssen unsere Kultur bewahren und an unsere Nachkommen weitergeben, damit sie gut ausgebildet an der Spitze des Fortschritts auf den langen Marsch durch die Institutionen gehen können, um unseren bewährten Werten wieder Geltung zu verschaffen. Denn die geistige Haltung einer Bevölkerung ist die Grundlage ihres Wohlergehens.

Vertreibungen und Massenmorde gab es, gibt es und wird es trotz der allgemeinen Menschenrechte auch weiterhin auf dieser Welt geben. Um das zu mindern, müssen wir wenigstens ein Mahnmal gegen Vertreibungen und für die Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte auf deutschem Boden errichten. Bei der Verdeutlichung der Verbrechen zwecks Abscheu sollten wir uns auf Darstellungen aus Europa ab 1918 beschränken, die Deutsche betreffen.

Heinz-Dietrich Koske, Köln

Der Bischof nimmt es hin

Zu: Leserbrief „Und die Kirchen?“ (Nr. 17)

Die Frage der Leserbriefschreiberin kann ich wie folgt beantworten: Auf meine Bitte an den Herrn Landesbischof in Bayern um Stellungnahme zu der schleichenden Islamisierung Europas im Zusammenhang mit der Münchner Moscheebau-Planung erhielt ich Aufklärung wie folgt:

„Nach meiner Überzeugung darf die islamische Religionsausübung nicht in die Hinterhöfe abgedrängt werden. Dies widerspräche der Religionsfreiheit. Zum anderen wäre es auch in praktischer Hinsicht schädlich ... Das Christentum bedarf zu seiner Entfaltung der unbedingten Freiheit des Glaubens ... Wenn jemals in unserem Land die Glocken verstummen und die Altäre zertrümmert würden, dann nur, weil Gott es zugelassen hätte. Das wären dann die Zeichen des Gerichts. Der Gott, ohne dessen Willen kein Haar von unserem Haupte fällt, der wird seine Kirche erhalten, so lange es ihm gefällt ... In dieser Gewißheit hält unsere Kirche ‚gute Nachbarschaft‘ zu unseren muslimischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen ... und fördert einen soliden islamischen Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen unseres Landes, damit die Kinder in unsere Gesellschaft integriert werden.“

Damit dürfte die Frage von Franziska Herr „Aber was machen eigentlich die christlichen Kirchen?“ von evangelischer Seite her deutlich beantwortet sein.

Günter Hagner, München



Nr. 25 – 20. Juni 2009

MELDUNGEN

Referendum über Schloß

Königsberg – Georgij Boos, Gouverneur des Königsberger Gebiets, hat die Woche mit einem Paukenschlag begonnen. Letzten Montagvormittag ordnete er nach einer Planungssitzung mit der Regionalregierung an, ein „gesamtstädtisches Referendum zur Frage der Wiederherstellung des Königsschlosses“ zu veranstalten. Und er gab auch gleich die Spielregeln dafür aus: „Wenn die Einwohner Ja sagen, gehen die Planungsarbeiten zur Widerherstellung des Schlosses weiter. Sagen sie Nein, verschwindet die Frage von der Tagesordnung.“ Boos ist von einem Ja-Votum überzeugt und riet dem Königsberger Wirtschaftsminister schon einmal, Premier Putin um Geld für den Schloßneubau anzugehen. *W.O.*

Hunde fallen Menschen an

Tilsit – Zu einem öffentlichen Ärgernis sind herrenlos herumstreunende Hundemeuten gworden. Durch ihr aggressives Verhalten bedeuten sie eine Gefahr für Gesundheit und Leben der Bewohner der Memelstadt. Zahlreiche Hundebisse mußten bereits wegen des Verdachts auf Tollwut behandelt werden. Auf dem städtischen Friedhof wurde ein Mann von mehreren Hunden angefallen und so schwer verletzt, daß er bei der Einlieferung ins Krankenhaus verstarb. Nun werden energische Forderungen laut, die Tiere einzufangen und zu erschießen. *H. Dz.*

Oldtimer am Hohen Tor

Tilsit – Mit großer Anteilnahme wurden die Teilnehmer einer grenzüberschreitenden Autorallye begrüßt, die auf ihrer Etappe nach Litauen eine Rast am Tilsiter Hohen Tor einlegten. Die Oldtimer der Marken Horch, Mercedes und Cadillac sorgten für riesiges Aufsehen. Man nutzte die Gelegenheit, die außergewöhnlichen Fahrzeuge zu besichtigen und sich mit ihnen fotografieren zu lassen. *H. Dz.*

Grundstück für Uni-Außenstelle

Lyck – Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung der Errichtung einer Außenstelle der Ermländisch-Masurischen Universität auf dem Gebiet der Landgemeinde Lyck ist getan. Der Gemeinderat hat in einer außerordentlichen Sitzung seine Zustimmung gegeben, der Hochschule für eine Außenstelle unentgeltlich Grund und Boden zur Verfügung zu stellen, und der Hochschulsenat hat dieses Angebot angenommen. Es geht um 33 Hektar Land in der Gemarkung Seliggen. Bürgermeister Antoni Polkowski rechnet nun mit einem Beginn der Bauarbeiten in zwei bis drei Jahren. *PAZ*



Königsbergs Ozeanmuseum: Sein Angebot ist so vielfältig wie seine Baustile.

Fotos (2): Tschernyschew

Erster Preis fürs Ozeanmuseum

Auf der »Intermuseum« gewannen die Königsberger in allen drei Kategorien

Das Ozeanmuseum in Königsberg hat auf dem 11. Russischen Museumsfestival „Intermuseum“ in allen drei ausgeschriebenen Kategorien den ersten Preis gewonnen. Angesichts seiner ambitionierten Pläne kann das Museum das Preisgeld gut gebrauchen.

Heuer haben 200 russische Museen an dem Museumsfestival teilgenommen. „Wissenschaft im Museum“, „Museumsangebote für junge Besucher“ und „Museumsprojekte. Innovative Lösung alter Probleme“ lauteten die drei Kategorien, in denen das russische Kulturministerium aus diesem Anlaß Preise ausgeschrieben hatte. Das Ozeanmuseum trat gleich in allen drei Kategorien an. Selbstbewußt stellten die Museumsbetreiber der Juri ihre erfolgreichen Programme und Projekte vor. Auf der Habenseite des Museums steht wissenschaftliche Erfahrung bei der Erhaltung von Museumsschiffen ebenso wie das Kinderzentrum „Ozean“, in dem es das einzige Segeljachtzentrum für Kinder gibt, und sein wohl wichtigstes Exponat, ein restauriertes Schiff aus dem 19. Jahrhundert.

Für seinen Sieg in allen drei Kategorien erhielt das Königsberger Museum ein Preisgeld von 250000 Rubel (knapp 6000 Euro), doch wichtiger noch für das Museum ist die Anerkennung seiner Leistungen. Das Museum will sich jedoch nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. So hat das Museum noch große Pläne für die Zukunft. Die Gründung eines Museums „Berega“ (Ufer) in Rauschen und die Vorbereitung der Ausstellung „Rußland im Baltikum“ im Fort Elisabeth in Pillau gehören ebenso dazu wie der Bau eines „Besucherzentrums“ und eines Jachthafens sowie die Errichtung eines neuen Ausstellungskomplexes.

> Das Museum kann das Preisgeld gut gebrauchen

Mit Recht gilt das Ozeanmuseum in Königsberg als eines der besten russischen Museen, es zählt schon lange zu den wichtigsten Kulturobjekten des Königsberger Gebiets. Am Pregelufer beim Museum ankert eine historische Flotte, zu der das Forschungsschiff „Vitjas“ und das Schiff mit Satelliten-Verbindung in den Weltraum „Kosmonaut Viktor Papajew“ sowie das Fischereischiff SRT-129 zählen.

An Land besitzt das Museum einen größeren Komplex am Ufer, bestehend aus einem Hauptgebäude, einem restaurierten Lagerhaus aus dem 19. Jahrhundert mit der Ausstellung „Maritimes Königsberg“ und dem Ausstellungssaal „Packhaus“.

Zum Museum gehören auch Sehenswürdigkeiten der Stadt wie das Königstor und das Friedrichburger Tor. Im Königstor befindet sich das Zentrum für Kunst und Geschichte mit dem Namen „Große Botschaft“. Es beherbergt die Ausstellung „Königsberg – Kaliningrad – das Tor Rußlands nach Europa“. Neben dem Königstor befindet sich der Ausstellungskomplex „Poterna“. Es handelt sich um einen unterirdischen Geheimgang, der einst den inneren Teil des Verteidigungsgürtels Königsbergs mit der äußeren Befestigung verband. Dort soll in Kürze die Ausstellung „Geschichte des Meeresgrundes“ eröffnet werden. *Jurij Tschernyschew*

Volksfest im »Fischerdorf«

Mit einem sogenannten Ruderklub wurde das Königsberger Retro-Viertel vollendet

Mit dem sogenannten Ruderklub wurde das letzte Gebäude des Architekturkomplexes „Fischerdorf“, der sich zwischen dem Kneiphof und der Königsbrücke befindet, fristgerecht fertiggestellt.

Zur Einweihung des Gebäudes hatten die Bauherren des „Fischerdorfes“ auf der Promenade zwischen der Honig- und der Königsbrücke eine Feier für die Königsberger ausgerichtet. Zum Festakt hatte man auch den Gouverneur des Königsberger Gebietes Georgij Boos eingeladen, der jedoch nicht kam. An seiner Stelle durchtrennten Pawel Fjodorow von der Projektfinanzierungsgesellschaft, Jurij Kadschojan, Chef der Firma „Lukoil Kaliningrad“ und „Jantar-Energo“-Chef Michail Zickl das rote Band.

Den Besuchern wurde ein reichhaltiges Programm geboten: Auf der Promenade stellten Königsberger Künstler und Handwerker ihre Arbeiten aus. Daneben konnten die Besucher sich Jachten und Motorboote ansehen sowie ein Flugzeug. Daneben wurden ihnen Bootsausflüge, Gewinnspiele und Wettbewerbe geboten. Für die Kinder gab es einen Spielplatz mit Trampolin und Autos sowie einem Schiff als Klettergerüst.



Flohmarktstimmung: Fliegende Händler boten ihre Produkte feil.

Auf dem Platz vor der „Fischerbörse“ stellten Handwerker ihre volkstümlichen Arbeiten aus. Sie präsentierten Gegenstände aus Keramik, Stoff, Holz und Porzellan. Bei der Herstellung dieser Produkte konnten die Besucher den Künstlern über die Schulter sehen. Beim „Ruderklub“ wurde ein Malwettbewerb für Kinder angeboten. Auf dem Platz vor dem Anleger beim „Schiffer“-Hotel lud das Deutsch-Russische Haus zu Volksmusik und Volkstänzen aus Deutschland ein.

Auf der Pregelpromenade war eine Motorboot- und Moped-Ausstellung improvisiert worden. Und im Leuchtturm war eine Ausstellung des polnischen Künstlers Janusz Rosanski zu sehen.

Angesichts des Zuspruchs zu dieser Veranstaltung planen die Veranstalter fortan jedes Jahr den Eröffnungstag des „Fischerdorfs“ zum Anlaß für ein derartiges Volksfest zu nehmen. Die Königsberger wird's freuen. *Jurij Tschernyschew*

MELDUNGEN

»Kant in seiner Zeit«

Königsberg – In der ehemaligen Stadthalle am Königsberger Schloßteich ist bis zum 1. Oktober eine deutsch-russische Gemeinschaftsausstellung des Museums Stadt Königsberg in Duisburg und des russischen Museums für Geschichte und Kunst über Immanuel „Kant in seiner Zeit“ zu sehen. Hierzu hat das Museum Stadt Königsberg große Teile seiner sehr umfangreichen Kantsammlung zur Verfügung gestellt. Zur Ausstellung wurde auch ein gemeinsamer, zweisprachiger Katalog herausgegeben. Dabei enthält der eine, vom Leiter des Museums in Duisburg Lorenz Grimoni zusammengestellte Teil Beiträge über Kants Leben und die Kantsammlung im Museum Stadt Königsberg, während der andere, vom Direktor des Museums in Königsberg Sergej Jakimow zusammengestellte Part „Kant und Russland“ thematisiert. *PAZ*

»Turzona« geplant

Königsberg – Wie der Direktor der Föderalen Agentur für Wirtschaftliche Sonderzonen, Andrej Alpatow, mitteilt, ist für das kommende Jahr der Bau eines großen Tourismuskomplexes („Turzona“) auf der Kurischen Nehrung geplant. Im laufenden Jahr sollen die Planungen hierfür abgeschlossen und Fragen der Finanzierung geklärt werden; im kommenden würden die Baumaßnahmen beginnen. Insgesamt seien Investitionen von etwa sechs Milliarden Rubel – das wären etwa 140 Millionen Euro – aus dem Föderations- und dem Regionalhaushalt für das Projekt notwendig. Hierbei sollen mehrere Hotels mit zusammen 1300 Betten nebst der zugehörigen Infrastruktur – Bäder, Restaurants, Badestrände und Wanderwege – sowie eine großzügige Straßenanbindung erstellt werden. Angesichts der an sowjetische Zeiten erinnernden Rücksichtslosigkeit aller bisherigen Projektplanungen gegenüber der gerade auf der Nehrung sensiblen Natur fordern Umweltschützer inzwischen die Ablösung des für die Konzeption verantwortlichen Chefarchitekten. Der Direktor des Nationalparks Kurische Nehrung, Evgenij Snegirjow, äußerte gegenüber der Presse, daß keine der angedachten Maßnahmen mit dem Park abgesprochen sei und es erhebliche ökologische Mängel gäbe. So seien etwa eine Vielzahl großer Glasfronten bei den Gebäuden geplant, die die Vögel der Nehrung gefährden würden. Alpatow meint hingegen, man hätte die ökologischen Erfordernisse durchaus berücksichtigt. Das Projekt werde den niedrigen Lebensstandard auf der Kurischen Nehrung deutlich verbessern. In den drei betroffenen Dörfern lebten etwa 1500 Menschen „praktisch ohne gute Kanalisation, sauberes Wasser, elektrische und Fernwärmeversorgung – und ohne gute Autostraßen“. Der Tourismus sei das richtige Mittel, den Menschen auf der Nehrung zu helfen. *T.W.*

Erstmals in NRW

Rußlanddeutsche trafen sich in Rheinberg

Unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, fand unter dem Motto „Wir gestalten mit – wir haben eine Stimme!“ am 13. Juni von 8 bis 24 Uhr in der Messe Niederrhein in Rheinberg das 30. Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland statt.

58 Jahre nach ihrem ersten Bundestreffen in Stuttgart-Feuerbach veranstaltete die Landsmannschaft ihr zentrales Treffen zum ersten Mal in Nordrhein-Westfalen.

Als Festredner im Rahmen der Feierstunde konnte der Bundesminister des Innern, Wolfgang Schäuble, gewonnen werden. Eine weitere Ansprache hielt der Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet. Grußworte an die Teilnehmer richteten die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, und der Bürgermeister von Rheinberg, Hans-Theo Mennicken. Für die Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland sprach ihr Bundesvorsitzender Adolf Fetsch. In begleitenden Veranstaltungen berichtete der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, der Parlamentarische Staatssekretär Christoph Bergner, über die aktuellen Schwerpunkte der Aussiedlerpolitik der Bundesregierung.

Rund 2500 Besucher folgten der Einladung

Rund 2500 Besucher, darunter auch solche aus Rußland sowie Nord- und Südamerika waren der Einladung gefolgt. *PAZ*

Fachtagung in Ratingen

Deutsch-tschechische Bestandsaufnahme der schlesischen Bibliotheken

Am 26. und 27. Juni findet am Freitag in Herne und am Sonnabend in Ratingen die deutsch-tschechische Tagung „Ungeteilter Wissenszugang: Schlesische Bibliotheken stellen sich vor“ statt.

Mit der Fachtagung erfolgt eine Bestandsaufnahme der schlesischen Bibliotheken. Kompetente Vertreter stellen die aktuelle Tätigkeit der eigenen Institution vor. Sie skizzieren die gegenwärtigen Herausforderungen im elektronischen Zeitalter und machen die neue Rolle von Bibliotheken als Wissensvermittler, Kulturträger und als Dienstleister von Informationsvermittlung deutlich.

Dem westdeutschen Publikum wird das Spektrum unterschiedlicher schlesischer Einrichtungen vorgestellt. Natürlich ist der Zugriff auf die bewährten Medien entscheidend. Darum wird auf Praxisorientierung bei den Vorträgen und innerhalb der Tagung großer Wert gelegt. Dabei werden neue Zugriffsmöglichkeiten schlesischer Literatur- und Datenbestände anschaulich aufgezeigt. Die Tagungsteilnehmer werden dabei erfahren, wie schlesienbezogene Literatur über die in der Bundesrepublik gängigen Bibliothekskataloge und andere Datenbanken sowie über den Verbundkatalog Östliches Europa vom Nutzer erschlossen werden kann. Gleiches gilt für die sich in schlesischen Bibliotheken vollziehenden Modernisierungsprozesse, die die Digitalisierung von Bibliotheksbeständen und Literatur im Rahmen der EU-geförderten Projekte umfassen. Damit wird es dem Nutzer weltweit via Internet ermöglicht, auf noch größere Bestände und Datenbanken zurückzugreifen und diese zeitnah zu nutzen.

Anmeldungen sind noch bis zum Montag möglich

Diese wichtigen und in der Öffentlichkeit wenig bekannten Informationen sind nicht nur für wissenschaftlich tätige Schlesienforscher, Fachpersonal an Bibliotheken und sich auf Mittelosteuropa spezialisierende Universitätsmitarbeiter von Bedeutung. Gerade privat an Schlesien interessierte Personen, die sich als Heimat- und Familienforscher oder im Zuge einer Reisevorbereitung mit der schlesischen Region auseinandersetzen wollen, können von Experten wertvolle Informationen bekommen.

Als 2. Heimatforschertagung setzt das Treffen die 2008 begonnene Reihe fort, als im Haus Oberschlesien über schlesische Archive berichtet wurde. Die Tagung veranstaltet der Kulturverein für Schlesien und Mähren e. V., Düsseldorf. Veranstaltungsorte sind das Haus Oberschlesien in Ratingen (Hösel) am Freitag und die Martin Opitz-Bibliothek in Herne am Sonnabend. Das Vorhaben wird vom Land Nordrhein-Westfalen finanziell gefördert.

Die Teilnahmegebühr beträgt 25 Euro. Der Tagungsbeitrag umfaßt die Teilnahme an allen Vorträgen sowie die Pausengetränke und die Verpflegung in Ratingen.

Weitere Information bietet die Stiftung Haus Oberschlesien, Bahnhofstraße 71, 40883 Ratingen, Telefon (02102) 965 232, Fax (02102) 965 400, E-Mail: ploch@oslm.de, wo man sich auch noch bis zum kommenden Montag anmelden kann. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

der Suchwunsch, den wir heute mit Bild veröffentlichen, wird wohl alle Leserinnen und Leser besonders berühren, denn er hebt sich von den Fragen nach Herkunft und Familie, die wir bisher veröffentlicht haben, deutlich ab. Er kommt aus Allenstein und ist der Hilferuf eines Mannes mit polnischem Namen, der erst vor einigen Jahren erfahren hat, daß er aber deutscher Abstammung ist. **Wieslaw-Anton Tusinski** weiß weder seinen richtigen Namen noch sein genaues Alter, er hat auch nie danach geforscht, denn er glaubte, das Kind seiner polnischen Eltern zu sein – 60 Jahre lang! Im Jahr 2001 verstarb seine Mutter, vier Jahre später der Vater. Erst da erfuhr der Mann, daß sie seine Pflegeeltern waren. So ging er auf die Suche nach seiner Herkunft, die ihm die Erkenntnis erbrachte, daß seine Mutter eine Deutsche gewesen war. Sie starb während der Entbindung im Krankenhaus an der Frauenstraße (jetzt Wyspianskistraße), das sich im noch heute bestehenden Franziskanerkloster befand. Die Geburt muß Ende 1948 / Anfang 1949 stattgefunden haben, das genaue Datum steht nicht fest. Alle Nachforschungen nach der leiblichen Mutter und damit seiner deutschen Herkunft blieben bisher erfolglos. Aber da gibt es ein Foto, das Herr Tusinksi in einem Album seiner Pflegeeltern fand. Er ist überzeugt, daß es seine leibliche Mutter zeigt. Vielleicht aufgrund einer von ihm festgestellten Ähnlichkeit oder rein intuitiv, er teilt uns jedenfalls keine Hinweise mit. Herr Tusinski hofft nun, daß sich durch eine Veröffentlichung in unserer Zeitung jemand findet, der die abgebildete Frau erkennt oder zu erkennen glaubt, so daß weiter nachgeforscht werden kann. Sie muß also noch nach Kriegsende in oder bei Allenstein gelebt haben, ob sie auch aus der Gegend stammt, ist ungewiß. Es sind ja viele Flüchtlinge aus anderen Teilen Ostpreußens dort von den Russen eingeholt worden, als die Fluchtwege abgeschnitten waren. Gefragt sind also nicht nur vermutliche Familienangehörige der abgebildeten Frau, sondern auch Zeitzeugen, die in den Jahren 1948/49 in Allenstein lebten und eventuell mit ihr zusammen waren, vielleicht sogar zur Zeit der Geburt des Sohnes. Jeder noch so kleine Hinweis ist wichtig, denn Wieslaw-Anton Tusinski möchte endlich wissen, wer seine leibliche Mutter ist, aus welcher Familie er stammt. Für ihn steht jedenfalls fest: Meine Mutter war eine echte Deutsche aus Ostpreußen. Vielleicht bekommt er eine Bestätigung durch unsere Leserschaft, wir sind seine letzte Hoffnung! Zuschriften an Wieslaw-Anton Tusinski, ul. Dozynkowa 84 in 10-858 Olsztyn, Telefon 48608697183, oder auch an uns.



Die Mutter von Wieslaw-Anton Tusinski? Wer etwas über diese Frau weiß, wende sich an Wieslaw-Anton Tusinski, ul. Dozynkowa 84 in 10-858 Olsztyn, Telefon 48608697183. Bild: privat

Wir werden mit Sicherheit noch mehr hören – so hatte ich in Folge 17 geschrieben, als ich über die ersten Reaktionen berichtete, die Frau **Herta Rudau** aus Bad Berka auf ihre Frage nach dem ungeklärten Schicksal ihres Vaters **Fritz** Rudau erhielt. Dieser sollte im Herbst 1944 zur Partisanenbekämpfung in Griechenland eingesetzt werden. Es hatte sich herausgestellt, daß die angegebene Feldpostnummer nicht richtig war, außerdem gab es den Ort Wicken im Samland nicht, an den der Vater die letzte Feldpostkarte richtete, weil die in Königsberg ausgebombte Familie dorthin evakuiert worden war. Ein Leser aus München hatte sich der Sache angenommen und – nun hören wir von ihm. Unser Königsberger Landsmann **Hans-Gerd Meyer** ist geradezu akribisch vorgegangen, hat nicht nur die Feldpostnummer richtiggestellt, sondern auch anhand dieser und weiterer, sehr aufwendiger Recherchen herausgefunden, daß Fritz Rudau mit großer Wahrscheinlichkeit seit Oktober 1944 bei Kämpfen in Jugoslawien eingesetzt worden war. Herr Meyer hat nun Frau Rudau den Rat gegeben, sich aufgrund seiner Erkenntnisse und mit dem in der *PAZ* veröffentlichten Foto an den DRK-Suchdienst zu wenden. Er selber will in dem ihm zur Verfügung stehenden Quellenmaterial weiter forschen. Eines hat Herr Meyer mit Sicherheit herausgefunden: Bei dem auf der Karte angegebenen Ort im Samland handelte es sich um Wiekau, Post Drugehnen. Vielleicht melden sich jetzt Angehörige der Familie **Morsek**, bei denen Frau Rudau mit ihren Kindern im Spätsommer 1944 Aufnahme fand. Daß Irrtümer immer wieder möglich sind, hat Herr Meyer sozusagen am eigenen Leib erfahren: Er ist laut amtsgerichtlichem Totenschein am 24. April 1945 den Heldentod gestorben! Für einen Astralleib scheint aber unser so agiler Landsmann doch sehr lebendig zu sein!

Ja, ein paar heitere Momente tun unserer Ostpreußischen Familie gut, denn die vielen schweren Schicksale, die uns gerade in letzter Zeit bewegten, lassen uns nicht unbeeindruckt. Und da muß ich sagen, daß die „Fleischmaschine“ mir zu netten Briefen und Anrufen verholfen hat, denn viele Erinnerungen tauchten auf an dieses einst so wichtige Utensil, das in keinem Haushalt fehlen durfte. Ein Anruf aus Grainau hat mich besonders erheitert, denn da listete meine Gesprächspartnerin alles auf, was durch das „Maschinchen“ gedreht wurde – vor allem in den mageren Kriegs- und Nachkriegsjahren. Das reichte von gerösteten Eicheln bis zu gestoppelten Körnern aller Art. Klopse konnte man auch aus den unmöglichsten Zutaten machen, da waren ostpreußische Hausfrauen erfinderisch. Und geschmeckt hat's auch!

Nach längerer Zeit hat sich wieder Frau **Renate Nieswand** aus Solingen gemeldet, die sich im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Arbeit auf dem keramischen Gebiet für ostpreußische Töpfereien und andere kunstgewerbliche Werkstätten interessierte. Da die erste Veröffentlichung keinen Erfolg brachte, faßten wir noch einmal nach, und siehe da: Es meldeten sich drei aussagekräftige Leserinnen. „Es geht voran, wenn auch mühselig“, schreibt Frau Nieswand, „das ist bei alten Vorgängen auch nicht verwunderlich. Traurig ist nur, daß sich noch kaum jemand an die in den Töpfereien oder Porzellanmalereien verwendeten Kennzeichen erinnert. Manchmal ist man doch auf den Kommissar Zufall angewiesen.“ Und der liest mitunter ja auch die *PAZ/Das Ostpreußenblatt* und damit unsere Ostpreußische Familie!

Aber unsere Abonnenten lesen sie immer, jede Folge in jeder Woche und dazu akribisch genau. Eine wahre Fundgrube für Familiengeschichte, so bezeichnet Herr Dr. **Karl Kowalewski** aus Lüchow unsere Kolumne und hofft, daß er auch in Bezug auf seine eigene Familiengeschichte fündig wird. Nach langjährigen Forschungen ist er nun auf dem von allen Genealogen gefürchteten „toten Punkt“ angelangt, weil die Quellen der Kirchenbücher versiegen. Das heißt, wir müssen in diesem Fall weit zurückgehen, nämlich bis zu dem – bisherigen - Stammvater **Adam Kowalewski** aus Leegen, Kreis Lyck, der im Jahre 1791 **Lovisa Czerniczanka** heiratete. Aus dieser Ehe gingen nachweisbar sechs Kinder hervor: **Ludwig**, * 8. Oktober 1792, **Jan**, * 11. Juni 1796, **Lovisa**, * 21. Februar 1798, **Daniel**, * 1801, **Catharina**, * 17. April 1804, und **Friedrich**, * 4. Juli 1807. Dieser jüngste Sohn ist der Ururgroßvater von Herrn Dr. Kowalewski, der nun Nachkommen der genannten Geschwister von Friedrich sucht. Er hofft, daß sich durch diese – falls sie eigene Forschungen betrieben haben – die bisher nicht ermittelnden Eltern von Stammvater Adam finden lassen, und würde den bisher unbekannten Blutsverwandten mit seinen umfangreichen Ergebnissen behilflich sein. Obgleich Herr Dr. Kowalewski nicht in Ostpreußen geboren wurde, hat er doch von Kindesbeinen an ein sehr inniges Verhältnis zu Masuren gehabt, bewirkt durch die unzähligen Erinnerungen seiner Großeltern **Karl** und **Mariechen** Kowalewski geborene **Stiebert**. Leider hat er die Heimat seiner Vorfahren nur noch in ihrem heutigen Zustand kennengelernt, und es waren schmerzliche Begegnungen. (Dr. Karl Kowalewski, Oberstudienrat i. R., Weimarer Straße 3 in 29439 Lüchow, Telefon 05841 / 2131.)

Auch Frau **Brigitte Krenz** aus Geesthacht hegt liebevolle Erinnerungen an ihre Großeltern, für sie waren die neun Jahre, die sie in deren Haus verbrachte, die schönsten ihres Lebens. Als ihre Mutter **Käthe Mertens** geborene **Witkowski** 1928 bei der Geburt der Tochter in Marienburg verstarb, nahmen der Postmeister **Rudolf** Witkowski, * 23. März 1876 in Bischofswerder, und seine Frau das Enkelkind zu sich. Bis 1933 lebte die Familie in Tolkmit am Frischen Haff, dann kurze Zeit in Elbing. Mit seiner Enkelin zog das Ehepaar Witkowski 1935 nach Königsberg. Dann heiratete Brigittes Vater und nahm die Tochter zu sich. Nach dem Tod seiner Frau 1941 wohnte Rudolf Witkowski bis zur Ausbombung im August 1944 im Nachtigallensteig Nr. 8. Es ist noch bekannt, daß er in einen Ort im Samland evakuiert wurde, ab Januar 1945 fehlt dann jede Spur von dem damals fast 70jährigen. Alle Bemühungen von Frau Krenz, etwas über das Schicksal ihres Großvaters zu erfahren, blieben bisher ohne Erfolg. Ein letztes Fünkchen Hoffnung bleibt: daß ihm noch jemand vor seinem Tod begegnet ist und etwas über sein Schicksal sagen kann. Rudolf Witkowski dürfte in der Heimat geblieben sein, aber wo und wie? Vielleicht meldet sich jemand aus der samländischen Familie, bei der er nach der Ausbombung gewohnt hat? (Brigitte Krenz, Keil 36 in 21502 Geesthacht, Telefon 04152 / 4313.)



Ruth Geede Foto: Pawlik

Eigentlich wollte Herr **Otto Meitza** aus Meerbusch mir nur sein Einsegnungsfoto übersenden, weil er ebenfalls wie ich an einem Palmsonntag konfirmiert wurde, aber dann schloß er doch noch eine Suchbitte an, und auf diese wollen wir zuerst eingehen. Unser Landsmann stammt aus dem Oberland, aus dem Dorf Kallisten, Kreis Mohrungen. Als Ende Januar der Russe durchbrach, verließ die Familie Meitza ihren Heimatort mit einem Fuhrwerk. Nicht nur die Eltern und zwei Brüder waren auf dem Fluchtwagen, sondern auch die ältere Schwester mit einem Kleinkind und die Schwägerin mit zwei kleinen Kindern. In Mühlhausen wurde der Treck von den Russen eingeholt. Das Fuhrwerk wurde von einem Panzer beschossen, wobei die Mutter und einer der Brüder verletzt wurden, ebenso ein Pferd. Als die Familie sich dann zu Fuß auf den Heimweg machte, wurden der Vater und ein älterer Bruder von den Russen eingeholt und zum „Viehtreiben gen Osten eingezogen“, wie Herr Meitza schreibt. Von da an fehlt jede Spur von **Gustav** Meitza, * 31. März 1886, und seinem Sohn **Ernst** Meitza, * 26. Juli 1927. Die Familie hat schon früh nach den Vermißten gesucht, aber ohne Erfolg, auch eine Suchanzeige im *Ostpreußenblatt* in den 50er Jahren erbrachte keinen Hinweis. Es bleibt bis heute ein Rätsel, ob Vater und Sohn in Ostpreußen umkamen oder in einem Arbeitslager landeten – es gibt nicht die geringste Spur. Spät, sehr spät gehen wir auf die Suche, aber vielleicht kommt doch ein Hinweis von einem noch lebenden Zeitzeugen.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Unverhau, Fritz, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Aegidienstraße 1-5, 23552 Lübeck, am 24. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Csöllner, Erwin, aus Allenburg, Gerdauer Straße, Kreis Wehlau, jetzt Haidlandsring 22, 22175 Hamburg, am 24. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Augustin, Emma, geb. **Fröhlich,** aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Maurenstraße 16, 78354 Sipplingen, am 28. Juni

Olschewski, Luise, geb. **Lischewski,** aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Sandgrubenweg 16, 97084 Heidingsfeld, am 24. Juni

Schulz, Adalbert, aus Leegen, Kreis Ebenrode, jetzt Scheideweg 5, 23896 Nusse, am 26. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Draab, Hermann, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Am Hopfenberg 4, 31195 Lamspringe, am 25. Juni

Kugies, Johannes, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Ürdinger Straße 57, 40474 Düsseldorf, am 24. Juni

Lundt, Ursula, geb. **Scharfetter,** aus Königsberg, und Labiau, jetzt Sterleyer Straße 44, Augustinum, App. 1061, 23879 Mölln, am 23. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blumstein, Gertrud, aus Neidenburg, jetzt Farnweg 1, 26160 Bad Zwischenahn, am 22. Juni

Gallmeister, Anna, geb. **Mucha,** aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Wiedenthaler Bogen 2 B, 21147 Hamburg, am 25. Juni

Krohn, Ulrich, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Hettenholter Weg 37, 32602 Vlotho, am 23. Juni

Paul, Ella, geb. **Birkhahn,** aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Stiegenweg 6, 44369 Dortmund, am 25. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Frieg, Erna, geb. **Waaga,** aus Wildwiese, Peterswalde, jetzt Johanniterheim Velbert e.V., Cranachstraße 58, 42549 Velbert, am 26. Juni

Heiland, Ursula, geb. **May,** aus Ebenrode, jetzt Burgstraße 76, 51103 Köln, am 25. Juni

Kischkat, Johannes, aus Königsberg, jetzt Plumpstraße 5, 23701 Eutin, am 23. Juni

Wenning, Betty, geb. **Mitzkat,** aus Georgenheide, Kreis Elchniederung, jetzt Himbeersteig 2, 14129 Berlin, am 24. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Franke, Johanna, geb. **Kallweit,** aus Kassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Alter Postweg 18, 26133 Oldenburg, am 22. Juni

Pollack, Ilse, geb. **Neumann,** aus Königsberg, Lange Reihe 20, jetzt Weindorfstraße 31, 44866 Bochum, am 21. Juni

Strauß, Erna, geb. **Broscheit,** aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Seniorenpark Lindenstraße 32 c, 86420 Diedorf, am 26. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Besener, Johanna, geb. **Babarski,** aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Lenaustraße 4, 12047 Berlin, am 24. Juni

Cybulla, Charlotte, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, jetzt Schippelsweg 23, 22453 Hamburg, am 25. Juni

Fischer, Margarete, geb. **Ringat,** aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Hohentwiel 3/11, 78315 Radolfzell, am 28. Juni

Gerdey-Backhaus, Hildegard, geb. **Pancritius,** aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Nordertorstiftweg 32, 31582 Nienburg, am 27. Juni

Niemzik, Ewald, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Rosa-Luxemburg-Weg 2, 39606 Osterburg, am 24. Juni

Radtke, Erika, aus Pr. Eylau, jetzt Werrastraße 6, 34260 Kaufungen, am 22. Juni

Schiller, Albert, aus Wolfshagen, Kreis Rastenburg, jetzt Leuchnerstraße 93 a, App. 209, 21031 Hamburg, am 24. Juni

Wollge, Gerda, geb. **Samel,** aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Schwalbenring 60, 25551 Hohenlockstedt, am 22. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Axnick, Gerhard, aus Ludwigsort, Revierförsterei Brandenbürgerheide, Kreis Heiligenbeil, jetzt Auf dem Bügli, 52385 Nideggen, am 22. Juni

Bach, Irmgard, geb. **Sczepannek,** aus Groß Eichenau, Kreis Neidenburg, jetzt Harkortstraße 14, 44577 Castrop-Rauxel, am 27. Juni

Bauszuß, Elfriede, geb. **Schröter,** aus Danzig, jetzt Am Wolfhahn 19, 41748 Viersen, am 15. Juni

Classen, Sigrid, geb. **Holste,** aus Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Escherweg 48, 25704 Meldorf, am 25. Juni

Dörr, Ruth, aus Lyck, jetzt Rotkreuzstraße 51 a, 85435 Erding, am 23. Juni

Emmerich, Elisabeth, geb. **Markowski,** aus Dorschen, Kreis Lyck, jetzt Barbarossastraße 43, 41061 Mönchengladbach, am 25. Juni

Fröhlich, Bruno, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Jochbergstraße 15 b, 86163 Augsburg, am 22. Juni

Glaesker, Johanna, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Paul-Schneider-Straße 85, 32257 Bünde, am 24. Juni

Götze, Margarete, geb. **Neumann,** aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, jetzt Brentanostraße 4, 01157 Dresden, am 27. Juni

Haase, Käthe, geb. **Godlinkski,** aus Neidenburg, jetzt Berth.-Brecht-Straße 36, 01968 Senftenberg, am 25. Juni

Hähne, Brunhilde, geb. **Ziehe,** aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Huttenstraße 2, 15234 Frankfurt/Oder, am 27. Juni

Hofemann, Liselotte, geb. **Rundmann,** aus Baitenberg, Kreis Lyck, jetzt Hamburger Allee 26, 19063 Schwerin, am 27. Juni

Jabs, Gertrud, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Huppach 4, 53809 Ruppichteroth, am 23. Juni

Jacob, Edeltraut, aus Smalupp, Kreis Elchniederung, jetzt Zum Hohen Ufer 17, 53721 Siegburg, am 17. Juni

Kempka, Siegfried, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Emminghoff 16, 48455 Bad Bentheim, am 26. Juni

Kunter, Ilse, geb. **Domscheit,** aus Tapiau, Danziger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Am Friedenseck 5, 09306 Rochlitz, am 24. Juni

Maier, Gertraud, geb. **Oprach,** aus Schönwiese, Kreis Neidenburg, jetzt Staufeneckstraße 5, 73037 Göppingen, am 26. Juni

Oberüber, Margot, geb. **Adamzik,** aus Gingen, Kreis Lyck, jetzt Kranichstraße 1, 47441 Moers, am 25. Juni

Ogilvie, Annemarie, geb. **Pilz,** aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Schweriner Straße 15, 19217 Rehna, am 22. Juni

Philipp, Elfriede, geb. **Fuchs,** aus Allenburg, Schwönestraße, Kreis Wehlau, jetzt An der Bleiche 1, 61231 Bad Nauheim, am 26. Juni

Priewe, Heinz Walter, aus Ortelsburg, jetzt Nordergast 8, 26441 Jever, am 27. Juni

Reich, Else, geb. **Plaumann,** aus Radau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ringstraße 42, 38536 Meinersen, am 24. Juni

Rupli, Hildegard, geb. **Bast,** aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Steubenstraße 34, 69121 Heidelberg, am 25. Juni

Schedat, Erich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Waltrudeinger Straße 5, 81827 München, am 26. Juni

Simander, Charlotte, geb. **Loch,** aus Windau, Kreis Neidenburg, jetzt Muldenstraße 15, A-4020 Linz/Donau, am 24. Juni

Stinka, Heinrich, aus Laschmieden, Kreis Lyck, jetzt Martinusstraße 19, 54455 Serrig, am 24. Juni

Wieckenberg, Gertraud, geb. **Mauerhoff,** aus Treuburg, Fritz Tschirse Straße 4, jetzt Mausbergweg 19/21, 67346 Speyer, am 22. Juni

Werner, Walter, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Joseph-Haydn-Straße 1, 65812 Bad Soden am 22. Juni

Zarske, Frieda, geb. **Zielke,** aus Rockeimswalde, Miguschen, Kreis Wehlau, jetzt Alte Landstraße 35, 22941 Bargteheide, am 27. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bohlmann, Annerose, geb. **Pagalies,** aus Fichtenberg, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Heidenheimer Straße 73, 89075 Ulm, am 7. Juni

Eckhardt, Christel, geb. **Tausendfreund,** aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt In der Ecke 10, 34593 Knüllwald, am 27. Juni

Gusczewski, Walter, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Eibenweg 13, 40668 Meerbusch, am 22. Juni

Haack, Erna, geb. **Rostek,** aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Blumenstraße 2, 58762 Altena, am 23. Juni

Hagge, Helga, geb. **Ewert,** aus Tapiau, Klein Schleuse, Kreis Wehlau, jetzt Würen 13 a, 24539 Neumünster, am 22. Juni

Hamm, Hans-Werner, aus Leißienen, Georgenberg, Kreis Wehlau, jetzt Berliner Straße 60, 40880 Ratingen, am 24. Juni

Hilebrandt, Waltraut, geb. **Raschodorf,** aus Lötzen, jetzt Hinrichsenstraße 10, 20535 Hamburg, am 25. Juni

Krüger, Waltraud, geb. **Goetzie,** aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Am Haskamp 4, 41748 Viersen, am 22. Juni

Kück, Irmgard, geb. **Kappus,** aus Hollenau, Kreis Ebenrode, jetzt Hammeweg 59, 27412 Tramstedt, am 25. Juni

Lange, Elly, geb. **Kablitz,** aus Neuhausen, jetzt im Mainfeld 19, 60528 Frankfurt/Main, am 25. Juni

Lindenau, Erna, geb. **Braschkat,** aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Windthorststraße 10, 45665 Recklinghausen, am 25. Juni

Lojewski, Herbert, aus Schelasken, Kreis Lyck, jetzt Kufsteiner Straße 3, 18069 Rostock, am 25. Juni

Nassutt, Ortwin, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Karmannsstraße 16, 41061 Mönchengladbach, am 25. Juni

Nitzko, Hans, aus Allenburg, Allestraße, Kreis Wehlau, jetzt 6602 Van Road, 48725 Caseville, Michigan, am 28. Juni

Radler, Inge, geb. **Joswig,** aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Middenkamp 49/2d, 49082 Osnabrück, am 24. Juni

Rischmüller, Hannelore, geb. **Laskowski,** aus Schwiddern, Kreis Treuburg, jetzt Fischbeck-Amselweg 1, 31840 Hess. Oldendorf, am 27. Juni

Schnakowsky, Margarete, geb. **Lissek,** aus Gellen, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Zentrum 19, 90542 Eckental, am 23. Juni

Schulz, Bruno, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Erlenweg 47, 47877 Willich, am 15. Juni

Schweighöfer, Hans-Georg, aus Löbaugrund, Kreis Schloßberg, jetzt Lohmühlenstraße 51, 45897 Gelsenkirchen, am 24. Juni

Tenter, Herma, geb. **Konrad,** aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Dickerstraße 319, 46539 Dinslaken, am 23. Juni

Wagner, Christel, geb. Schulz, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Goethestraße 7, 45739 Oer-Erkenschwick, am 25. Juni

Wien, Siegfried, aus Wartenburg, Passenheimer Straße 64, Kreis Allenstein, jetzt Twiete 4, 25836 Garding, am 28. Juni

Willert, Walli, aus Voerde, Kreis Wehlau, jetzt Siedlerweg 20, 46562 Voerde, am 25. Juni

Winkelmann, Helmut, aus Lyck, Steinstraße 5, jetzt Hohenbergstraße 11, 24105 Kiel, am 26. Juni



Mahrolt, Hans, und Frau Inge, geb. **Kleine,** aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Brandheide 24, 32469 Petershagen, am 29. Mai

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Sommerakademie Sticken

Bad Pyrmont / Ostheim – Das Ostheim führt auch im Jahr 2009 wieder die Sommerakademie-Sticken in Bad Pyrmont durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum, Ajour, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten.

Das siebentägige Seminar beginnt am Montag, 27. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Montag, 3. August 2009 nach dem Mittagessen (12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 403 Euro im Doppelzimmer, 445 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für sieben Tage. Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten von Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen, entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax: (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen". Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land" (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen" – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen" von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß

12. bis 18. Oktober: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Jahr 2010

6. / 7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

26. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen der LO

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

61. Deutscher Genealogentag

Bielefeld – Vom 11. bis zum 14. September findet der 61. Deutsche Genealogentag statt. Unter dem Motto „Genealogie und Industriegeschichte" bietet das Programm jedem Familienforscher etwas. 43 Fachvorträge in den Bereichen: Genealogie und Industriegeschichte, Archive in der Region Ostwestfalen-Lippe, Gräber und Friedhofskultur, Aktuelle Aspekte der Computergenealogie, Genealogie in Ostwestfalen-Lippe, Workshops und Schnupperkurse zu den Themen. Einführung in die Familienforschung, CompGenGen-Projekte, GenWiki für Anfänger und Fortgeschrittene, GOV, Adreßbücher, Familienanzeigen, Gedbas4All, Familysearch, Vorträge über Genealogieprogramme, Exkursionen sowie eine riesige Ausstellung mit über 50 genealogischen Vereinen, Verlagen, Programmherstellern und Dienstleistern. Die Teilnahme kostet pro Tag fünf beziehungsweise für alle vier Tage 15 Euro. www.genealogentag.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 20. Juni, 21 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolle Orte – Checkpoint Charlie.

Sonnabend, 20. Juni, 21.45 Uhr, Phoenix: ZDF-History. Geraubte Kindheit – Aufgewachsen in Krieg und Diktatur.

Sonntag, 21. Juni, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Montag, 22. Juni, 21 Uhr, 3sat: Geraubtes Leben – der Krieg gegen die Frauen im Kongo.

Dienstag, 23. Juni, 20.15 Uhr, 3sat: Der Erste Weltkrieg. Kaiser Franz Joseph und der Erste Weltkrieg.

Dienstag, 23. Juni, 21.05 Uhr, 3sat: Der Erste Weltkrieg. 1918 – Ende und Anfang.

Mittwoch, 24. Juni, 21 Uhr, Arte: Die Stunde der Offiziere.

Mittwoch, 24. Juni, 22.15 Uhr, ZDF: Ostsee – Engpaß im Binnenmeer.

Donnerstag, 25. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers Stellvertreter.

Donnerstag, 25. Juni, 0.45 Uhr, Phoenix: Der römische Limes.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Vom 31. Juli bis 10. August führt die Gruppe eine Ostpreußenbusfahrt nach Königsberg, Memelland, Masuren, Westpreußen und an die Küste Pommerns durch. Nähere Informationen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 27. Juni, gemeinsame Tagesfahrt („Auf Goethes Spuren") zum Rennsteig in Thüringen zusammen mit der Gruppe Gunzenhausen oder Tagesausflug nach Volkach an der Mainschleife.

Erlangen – Donnerstag, 25. Juni, 18 Uhr, Sommertreff der Gruppe in der Einkehr Büchenbach zum Abendessen und was es sonst von Reisen zu berichten gibt. – Bei der letzten Veranstaltung informierte Hans-Georg Klemm über die Geschichte der Stadt Pillau. 1430 wurde eine Ansiedlung als „Pile" urkundlich erwähnt. Nach der Schiffbarkeit von 1510 wurden ab 1550 zum Schutze Schanzen errichtet. 1626 wurde Pile Poststation. 1725 wurde es von Friedrich Wilhelm I. zur Stadt erhoben und nun Pillau genannt. 1865 wurde die Südbahnstrecke von Königsberg nach Pillau eröffnet, was für die Stadt sehr vorteilhaft war. 1867 wurde das bekannte Gasthaus „Ilksefalle", eine Honoratioren-Schänke eröffnet, in dem auch Bismarck, Hindenburg und Graf Zeppelin Gäste waren. 1902 bekam Pillau den Zusatz „Seestadt". Zum Ende des Krieges war Pillau für viele Vertriebene die letzte Möglichkeit aus dem Inferno über See herauszukommen. Am 25. April 1945 wurde Pillau nach schweren Kämpfen von der Roten Armee eingenommen, und ein Jahr später bekam es den Namen Baltisk.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 3. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe Ordensland FFB im Wirtshaus Auf der Lände.

Landshut – Freitag, 3. Juli, 16 Uhr, Treffen zum Tribünenfest (Landshuter Hochzeit) gegenüber der Sparkasse, Altstadt.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonnabend, 27. Juni, 8 Uhr, gemeinsame Tagesfahrt zum Rennsteig in Thüringen. Fahrt mit der Rennsteigbahn von Stützerbach nach Ilmenau, Spaziergang auf dem Kickelhahn auf Goethes Spuren. Abfahrt: 8 Uhr, Nürnberger Straße Gunzenhausen (Rückkehr gegen 19 Uhr).



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (0421) 510603, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr.

Bremen – Montag, 10. August, Busfahrt „Kleine Heidetour" der Frauengruppe. Alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft (auch Herren) sind wieder eingeladen zur Teilnahme an dieser sommerlichen Ausflugsfahrt. Abfahrt 9 Uhr ab ZOB Breitenweg. Rückkehr zirka 19 Uhr. Programm: Besuch des Heidegartens in Schneverdingen, Führung im Pietzmoor, Schneverdingen, Spaziergang und Führung durch die Heide mit Eintopfessen (Gulaschsuppe), Buchweizentorte im „Schafstall" mit Kaffee satt, Gelegenheit zu einer Kutschfahrt (nicht im Preis enthalten). Preis für Busfahrt, Bewirtung laut Programm und Führungen: 39 Euro. Anmeldungen bis zum 21. Juli an Frau Richter, Telefon 405515, oder direkt bei JWD-Busreisen, Telefon 4854633, erbeten. Bezahlung bei Anmeldung auf Konto: JWD-Reisen, Jürgen Wiebking, Kontonummer: 80097454, Sparkasse Bremen, BLZ 29050101. Nachdem zur Busfahrt zum Spargelessen in das Uchter Moor nicht alle Anmeldewünsche erfüllt werden konnten, wird auf die Notwendigkeit einer frühen Anmeldung ausdrücklich hingewiesen. – Die Frauengruppe gibt bekannt, daß ihre Zusammenkünfte nicht mehr im Hotel Westfalia stattfinden, da dort der Restaurantbetrieb aufgegeben wurde. Ab sofort finden die Treffen im Hotel Zur Post, Bahnhofsplatz 11, statt.

Bremerhaven – Freitag, 26. Juni, gemeinsames Grillfest vor der Sommerpause (Juli und August). – Die Gruppe machte ihren Frühjahrsausflug nach Debstedt, um sich das Heimatmuseum anzusehen. Aber erst einmal gab es Kaffee und Butterkuchen auf der urigen Bauerndiele, während Artur Burmeister, der Vorsitzende des Fördervereins, die 40 Mitglieder und Gäste der Landsmannschaft willkommen hieß. Den längsten Anfahrtsweg hatten Sigrid und Klaus Schubert, ehemalige Bremerhavener, die vor einigen Jahren nach Fürth im Odenwald gezogen waren und sich jetzt auf „Heimaturlaub" befanden. Die Vorsitzende der Landsmannschaft, Marita Jachens-Paul, dankte Artur Burmeister für die freundliche Begrüßung und daß er das Museum an einem Werktag für die Bremerhavener geöffnet hatte. Er erhielt dafür eine Flasche „Meschkinnes", einen echt ostpreußischen „Bärenfang"-Schnaps. Vor der Führung durch das Museum erläuterte Wilhelm Barsties, Sprecher des Trachten- und Sing-Krings, die Geschichte des Hauses, das zweimal, 1847 und 1912, in Flammen aufging, als Debstedt beide Male zum großen Teil abbrannte. Barsties erzählte von dem bäuerlichen Leben der vergangenen Jahrhunderte in dem Landwirtschaftsbetrieb, der als solcher bis 1982 genutzt wurde. Vor dem dann geplanten Abriß rettete es Artur Burmeister und richtete es als Ausstellungsraum für seine bisher im Keller seines Wohnhauses befindliche Privatsammlung von Gegenständen, Gerätschaften und Mobiliar bäuerlichen Lebens ein. Jetzt ist es ein großes Heimatmuseum mit unterschiedlichen Abteilungen von der Klöppelstube über den Danz-Kring bis zur Torfstecherei. Die Gäste aus Bremerhaven besichtigten ausgiebig und sparten auch nicht mit Fragen. Vieles war ihnen aus der Nachkriegszeit, als sie als Flüchtlinge und Vertriebene aus dem deutschen Osten in dieser Region landeten und hier seßhaft wurden, vertraut. Einiges war jedoch gänzlich unbekannt, denn die Kultur, und insbesondere die bäuerliche, ist regional verschieden. In Burmeisters Museum wird alles sorgfältig aufbewahrt. Die Bremerhavener Gäste waren jedenfalls begeistert vom Heimatmuseum. Jürgen Sandmann, Pressewart der Landsmannschaft, der 1944 bis 1951 selbst in Debstedt gewohnt hatte, regte an, daß die Ostpreußen künftig öfter das schöne Geestdorf Debstedt besuchen sollten. – Marita Jachens-Paul, Vorsitzende der Landsmannschaft und der Frauengruppe, mußte bei der Jahreshauptversammlung der Frauengruppe im April mit Bedauern feststellen, daß lediglich zwölf Damen an dieser sehr wichtigen Veranstaltung teilnahmen, auf der turnusmäßig der Vorstand neu gewählt werden sollte. Die Versammlung entschied jedoch einstimmig, dieses Mal keine Wahlen abzuhalten: Der bisherige Vorstand wird bis 2010 kommissarisch im Amt bleiben. Der Kassenbericht mußte wegen des krankheitsbedingten Fehlens der Kassenwartin entfallen. Auch stellte niemand den Antrag auf Entlastung. Auf ein Verlesen des Protokolls vom 20. März 2008 wurde verzichtet, es gilt somit als genehmigt. Den Geburtskindern widmete die Vorsitzende das Gedicht „Wer am Morgen froh erwacht". Marita Jachens-Paul berichtete ausführlich über die Aktivitäten der Frauengruppe im vergangenen Jahr. Sie gab anschließend ihrer Befürchtung Ausdruck, daß es durch die geringe Präsenz der Mitglieder bei den Veranstaltungen der Frauengruppe dazu kommen könne, daß die Jubiläumsveranstaltung am 27. November, bei der das 50jährige Bestehen der Frauengruppe in der Landsmannschaft gefeiert werden soll, das letzte Treffen der Frauen sein könnte. Die verstorbene Anni Gebbers wurde mit einer Gedenkminute geehrt. Das für den 2. Oktober geplante Erntedankfest der Frauengruppe kann aus terminlichen Gründen nicht stattfinden. Auf dem Kulturnachmittag der Landsmannschaft am 25. September wird jedoch ein Erntetisch aufgebaut. Barbara Sandmann, stellvertretende Vorsitzende der Frauengruppe, übergab Marita Jachens-Paul einen Blumengutschein als Dankeschön der Frauengruppe für ihre unermüdliche Arbeit. Nach Abwicklung der wenigen verbliebenen Regularien gab es ein gemütliches Kaffeestündchen, bei dem Barbara Sandmann Ursprung, Sinn und Zweck des Muttertages erklärte. Hildegard Jauß verlas ein von ihr verfaßtes Gedicht „Meine Meinung". Zum Abschluß der Jahreshauptversammlung gab es eine vorzügliche Bowle. Da so wenige Damen zur Versammlung gekommen waren, bekam jede Anwesende die doppelte Ration.



HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 16. August, 14 Uhr, Besuch der Freilicht-Theateraufführung der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird „Das Jahr IX", ein historisches Schauspiel unter der Regie von Vilija Neufeldt. Tagesablauf: 14 Uhr Abfahrt des Busses Kirchenallee, 15 Uhr Kaffee und Kuchen, 16 Uhr Theateraufführung, 18.30 Uhr Rückfahrt. Gesamtpreis 28 Euro, 18 Euro ohne Busfahrt. Anmeldung und nähere Informationen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520. – **Sonnabend**, 22. August, 7.45 Uhr, Abfahrt ZOB, Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat" im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Gerechtigkeit – ein starkes Europa". Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die Festrede. Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm 35 Euro. Informationen und Anmeldungen beim LvD, Haus der Heimat, Teilfeld, Telefon (040) 346359, oder Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304, und Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonnabend, 27. Juni, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Dazu sind alle Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen, bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde einige fröhliche Stunden zu verbringen. Kosten für Kaffee, Kuchen und Videofilm: 5 Euro. Es wird der Film: „Königsberg mit Bootsfahrt nach Pillau" gezeigt. Sie erreichen das Seniorentreffen mit der Buslinie 116, ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek Markt. Anmeldung bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092, bis spätestens zum 26. Juni.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 7. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstr. 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 29. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Auf dem Programm stehen viele Sommerlieder und eine Meditation über Paul Gerhardts Lied: „Geh aus mein Herz und suche Freud".



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Dillenburg – Mittwoch, 24. Juni, 15 Uhr, Monatsversammlung im Café Eckstein, Königsberger Straße. Nach dem Kaffeetrinken wird Lothar Hoffmann einen Videofilm mit dem Titel „Impressionen von Kahlberg / Frische Nehrung – Das Bad in der Mitte der Danziger Bucht" zeigen. Im Juli findet keine Monatsversammlung statt.

Kassel – „Originelle Geschichten mit Menschen und Tieren aus unserer Heimat" wollte Ruth Barthel erzählen, gestand aber gleich, daß es davon so viele gäbe, daß sie für dieses Thema mindestens einen weiteren Nachmittag brauche. Vier Tiergeschichten aus Ostpreußen trug sie vor, flocht auch die vertrauten, landestypischen Namen für die jungen Tierchen ein und ließ die Zuhörer zwischendurch volkstümliche Tier-, Natur- und Wanderlieder singen. Den lustigen, aber auch bewegenden Geschichten von Störchen, Pferden und Hunden lauschten alle gespannt, und die Gruppe freut sich schon auf die Fortsetzung. Danke, liebe Frau Barthel.

Wetzlar – Sonnabend, 4. Juli, 13 Uhr, letztes Treffen vor der Sommerpause auf dem Grillplatz in Kröffelbach. – Beim Juni-Treffen hielt Kulturbeauftragte Karla Weyland einen Diavortrag über ihre vorjährige Reise von Moskau nach Sibirien. Anhand ihrer Fotos erlebten 34 Besucher des Treffens die russische Metropole mit dem Kreml, dem Roten Platz und der Basilius-Kathedrale. Bilder von Irkutsk erinnerten an den früheren Verbannungsort des Zarenreiches. Dias vom Baikalsee ließen die großartige Schönheit Sibiriens erahnen. „Ein Sonnenuntergang an diesem See macht einen ganz stumm, demütig und dankbar", schwärmte Karla Weyland.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Das Ostpreußische Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren findet am 25. Juli im Freilichtmuseum Hohenstein statt. Wie seit 17 Jahren wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eine Busreise nach Osterode vom 20. bis 26. Juli organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen, dazu in Frauenburg ein Orgelkonzert im Dom mit Besuch am Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Per Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. – Für folgende Busreisen 2009 sind außerdem noch Plätze frei: Thorn–Posen 29. Juni bis 3. Juli, Krakau–Lemberg–Breslau 8. bis 17. Juli sowie Königsberg 6. bis 12. August. Auskunft unter o.g. Anschrift / Telefon.

Neubrandenburg – Ankündigung: 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern am Sonnabend, 3. Oktober, von 10 bis 17 Uhr in Neubrandenburg, Jahn-Sport-Forum (Schwedenstraße / Kulturpark). Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung, zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen gebeten. Wie immer ist für das leibliche Wohl und reichlich Parkplätze gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung. Mögliche Unterkünfte: Hotel am Ring, Große Krauthöferstraße 1, Telefon (0395) 5560

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

(DZ 65 Euro, EZ 55 Euro inklusive Frühstück, bei Gruppen Rabatt, Kennwort: „Ostpreußentreffen“), Parkhotel Windbergsweg 4, Telefon (0395) 55900; Hotelberatung Neubrandenburg Bettina Rennack, Telefon (039606) 20499.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 24. Juni, 16 Uhr, Monatsversammlung im Stadtparkrestaurant. Kurt Kuhli wird einen Vortrag halten über „Die Preußenkönige Friedrich Wilhelm I. und dessen Sohn Friedrich II. (Friedrich der Große)“.

Göttingen – Die Gruppe wird wieder eine siebentägige Fahrt vom 23. bis 29. Juli nach Masuren anbieten. Der Preis beträgt 385 Euro (70 Euro EZ-Zuschlag) und umfaßt sechs Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt ins Freilichtmuseum Hohenstein zum Treffen des dortigen Deutschen Vereins, eine Rundfahrt in Masuren sowie eine weitere Rundfahrt im Ermland. In den sechs Übernachtungen sind jeweils eine Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Die Gruppe Göttingen kündigt zudem bereits für den 5. September an, daß der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird.

Gütersloh – Donnerstag, 9. Juli, 15 Uhr, Ausflug der Frauengruppe zum Flußbett-Hotel, Wiesenstraße 40 in Gütersloh. Im Anschluß an die Führung soll dort Kaffee getrunken werden. Kaffeegedeck mit Kuchen kostet 8 Euro Interessierte sind willkommen. Die Personenzahl ist begrenzt, eine Anmeldung ist daher erforderlich bei: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Oldenburg – Montag, 8. Juli, Ausflug mit dem BdV-Kreisverband Oldenburg-Stadt in das Wehlauer Heimatmuseum innerhalb des Kreismuseums Syke. Im August ist Sommerpause. – Über die Deutsche Minderheit in Allenstein ließ sich die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen von Herbert Monkowski, heute Meinerzhagen, Sauerland, berichten. Sowohl seine Tätigkeit als Heimatkreisvertreter Allenstein-Land als auch seine Kontakte zu den Deutschen in der Heimat halfen ihm, flüssig und gekonnt in einem lebendigen Vortrag über Erlebnisse und Erfahrungen in Allenstein und seinem Umland – beim Verteilen der Bruderhilfe an die Landsleute – zu berichten. Er beschrieb, mit welchen Schwierigkeiten die Deutschen vor Ort heute umgehen müssen und wie sie – trotz hoher Mitgliederzahl – um den Bestand ringen. Ehrenamtliches Engagement erfordert auch dort viel Idealismus, was mit dem Beispiel des deutschen Priesters Schmeier eindrucksvoll belegt ist. Herr Monkowski verteilte an alle ein Exemplar eines Allensteiner Heimatbuches, so daß jeder Anschauungsmaterial für erfolgreiche Heimatarbeit mitnehmen konnte.



Freuten sich über die Ausstellung (von links): Kurator Werner Zeh, Bürgermeister Roland Burger, Lorenz Grimoni, der Leiter des Museums Stadt Königsberg sowie Rosemarie Sieglinde Winkler mit ihrem Mann Georg A. Winkler vor der Kollwitz-Plastik „Pieta“ Bild: Martin Bernhard

Die Käthe-Kollwitz-Ausstellung in Buchen kann abschließend als voller Erfolg gewertet werden (*PAZ/OB* Folge 21). Bis Mitte Juni konnten die Bewohner der mittelgroßen Stadt im Odenwald eine Schau bewundern, die es sonst nur in Großstädten zu bestaunen gibt. Rosemarie Sieglinde Winkler, die Zweite Landesvorsitzende der Gruppe Baden-Württemberg der Landsmannschaft Ostpreußen, hat zusammen mit Lorenz Grimoni, dem Leiter des Museums Stadt Königsberg in Duisburg, und dem Kunstverein Neckar-Odenwald-Kreis den Einwohnern Buchens ein außergewöhnliches Kulturerlebnis möglich gemacht. Insgesamt besuchten auch 18 Schulklassen aus Buchen und dem Umland die Ausstellung. *EB*

Rinteln – Studienreise: Kurische Nehrung und Memelland mit Masuren und Königsberg. Diese von der Konzeption außergewöhnliche Bus-Studienreise vom 20. August bis 1. September führt in besonders reizvolle Gebiete Ostpreußens, zu Bekanntem und Unbekanntem im „Land der dunklen Wälder“, auf der Kurischen Nehrung, in Masuren und im „Land der vielen Himmel“. Das nach wie vor storchenreiche Ostpreußen mit seinen alten, backsteingotischen Ordensbauten und seiner unverwechselbaren, eiszeitlich geprägten Naturlandschaft zählt zu den interessantesten und spannendsten Regionen Europas, ob-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

wohl viele nicht einmal mehr seinen Namen kennen. Nicht umsonst spricht man vom „Mythos“ einer Landschaft, beschrieben von Ernst Wiechert und vielen anderen, deren Texte uns auf der Reise begleiten werden. Das Königsberger Gebiet – einst deutsche Kornkammer – sowie die Weiten des Memellandes bestechen durch ihre eindrucksvollen Landschaftsräume, die Haffs und die Kurische Nehrung („ostpreußische Sahara“, Welterbe Unesco) und vermögen, gleichermaßen zu faszinieren wie auch melancholisch zu stimmen. Soweit integrierbar, wird bei dieser Reise auch Gelegenheit zur Spurensuche sein, weil gerade dadurch Geschichte oft unmittelbar erlebbar wird. Die Hinreise erfolgt über Thorn (Weltkulturerbe), zurück geht es über Köslin in Pommern. Die Leitung der Reise liegt in den Händen von Prof. Dr. Heinz Schürmann (Geograph und Germanist in Bielefeld) und Joachim Rebuschat, die beide mit dem Raum durch viele gemeinsame Studienreisen und eigene Forschungen seit langem bestens vertraut sind. Dazu kommen noch deutschsprachige örtliche Fachkräfte. Auskunft und Anmeldung bitte bei Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 (oder unter j.rebuschat@web.de).



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Siegburg – Die Treffen der Kreisgruppe finden – wie in der Vergangenheit – an jedem zweiten Montag im Monat statt. Veranstaltungsort ist das Restaurant Bonner Hof, Bonner Straße 80, 53721 Siegburg. Gäste sind herzlich willkommen.

Siegen – Die Jahreshauptversammlung fand inzwischen im kleinen Saal der Bismarckhalle in Siegen-Weidenau statt. Vorstandswahlen und Kulturprogamm wurden abgewickelt, der Vorstand bestätigt, die Schatzmeisterin Giesela Kölsch gab einen Bericht über die Kassenlage, und der Kassenprüfer hatte keine Beanstandungen. Auf diesem Wege einmal ein großes Dankeschön für die jahrelange Kassenwart-Tätigkeit an Frau Kölsch! Der BdV-Vorsitzende H. H. Thomas berichtet aus der Arbeit des Bundes der Vertriebenen. Hella Giesler sprach über die früheren Verbindungen zwischen Siegerland und Ostpreußen, erwähnte den Kulturbaumeister Johann Friedrich Reusch, Siegerländer, der auch in Königsberg tätig war. Er schuf auch die Figur „Deutscher Michel“ mit Dreschflegel auf dem Wrangelturm, in der Wartenburgstraße in Königsberg. Weiterhin die Siegerländer-Wiesenbauschule mit der entwickelten Meliorations-Technik, welche auch in Ostpreußen praktiziert wurde und die Eisenbahnen von Jung / Jungenthal, welche den deutschen Osten erschlossen. Kulturwart Schneidewind referierte über das Thema „West-Ostpreußische Einflüsse / Einwanderung bei der Entstehung / Gründung der Industrieanlagen im Ruhrgebiet. Bis Ende der 1920er Jahre kamen zirka 300 000 Menschen aus Ost- und Westpreußen ins Ruhrgebiet und prägten durch ihre Schaffenskraft und Lebensgewohnheiten durch Verschmelzung mit anderen zugewanderten Arbeitskräften den menschenlag im „Kohlenpott“, unterschieden sich aber völlig von den polnischen Zuwanderern im Ruhrgebiet. Im Mittelteil vom kleinen Saal lag eine Auswahl der Bücherspenden für die geplante Heimat-Begegnungs-Lesestube. – Bitte unterstützen Sie die Gruppe weiterhin mit Buchspenden sowie Tonträgern. Wer hat noch ältere Schallplatten mit Ostpreußentexten von ostpreußischen Kulturschaffenden? – An der Delegierten-Tagung in Lüdenscheid nahmen der Vorsitzende Anton Olbich, die frühere Vorsitzende Thilde Utikal, Kulturwart Schneidewind und Günther Meyer teil. Die Lüdenscheider Gruppe ermöglichte einen informationsreichen Tag. Die Zusammenarbeit und Begegnungen der Gruppen sind ein wichtiger Faktor, auch die gegenseitigen Besuche der jeweiligen Veranstaltungen. Den Abschluß der Bezirkstagung bildete eine Besichtigung der Preußen-Anlage in Lüdenscheid.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 1. Juli, 14 Uhr, Frauennachmittag im Bestehornhaus, Hecknestraße 6, Aschersleben.

Osterburg – Vom 21. Juli bis 28. Juli, Busreise nach Ermland und Masuren für 529 Euro pro Person.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg / Fehmarn – Donnerstag, 2. Juli, 19 Uhr, Konzert des Gesangensembles „Cantabile Tilsit“ in der St.-Nikolai-Kirche. Nach dem Zweiten Weltkrieg im entleerten Ostpreußen zwangsangesiedelt, entwickelten die Russen keinerlei Ressentiments gegenüber den Deutschen oder etwa den vertriebenen Ostpreußen beziehungsweise Tilsitern und Königsbergern, deren einstige Häuser sie jetzt bewohnen. Ganz im Gegenteil! Von Anfang an wurde den ostpreußischen Heimattouristen viel Sympathie entgegengebracht, und die Stadt Tilsit (Sowjetsk) besann sich sogar auf ihre preußische Vergangenheit. Vor zwei Jahren feierte die Stadt das Jubiläum des Tilsiter Friedens unter Beteiligung vieler Deutscher. Die fünf Solistinnen, die alle aus Tilsit stammen, studierten in St. Petersburg und Königsberg sowie Tilsit Musik und kehrten nach ihrem Examen als Dozentinnen an die Musikschule ihrer Heimatstadt zurück oder nahmen Engagement, beim Königsberger Theater an. Eine wurde Organistin. Dieses Quintett schloß sich zu einer Vokalgruppe zusammen mit dem Namen „Cantabile Tilsit“, die sich rasch einen Namen machte. Mit eigenen Arrangements erarbeiten sie ein Repertoire von sakraler Musik der Renaissance über russische Folklore bis hin zu moderner Unterhaltungsmusik, Musicals und natürlich Spirituals, denn das Quintett singt auch in russisch-orthodoxen Kirchen. Ihr stimmliches Können und ihr homogener Ensembleklang sind ein Ohrenschmaus. Ob auf Russisch, Polnisch, Deutsch, Englisch, Chinesisch, Italienisch oder Spanisch, ob klassisch streng, ob volkstümlich schlicht oder in schillernden Akkorden, ihr Vortrag ist ebenso lebendig wie stilistisch und musikalisch bestechend.

Mölln – Mittwoch, 24. Juni, 17 Uhr, traditionelles Matjesessen im „Quellenhof“. Die Matjes werden mit Schmandsoße und Neuen Kartoffeln serviert. Der Preis beträgt 10 Euro pro Person. Auf Wunsch kann ein anderes Gericht bestellt werden. Die Anmeldungen sind bis zum 22. Juni an Irmingard Alex, Telefon (04542) 3690, zu richten. Vor dem Essen wird Käthe Rohse humorvolle Geschichten und Gedichten, unter anderem von Siegfried Lenz, vortragen. Die Gäste erwartet ein interessanter und geselliger Nachmittag. Zu dieser Veranstaltung sind auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich eingeladen.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 8014.

Zum Tode von Brigitte Milthaler – Am 25. Mai verstarb nach langer und schwerer Erkrankung Brigitte Milthaler aus Schönbrunn bei Angerburg im 83. Lebensjahr. Sie war immer zur Stelle, wenn sie gebraucht wurde. Mit Bus und Bahn fuhr sie nach Angerburg, um besonders bedürftigen in der Heimat verbliebenen Menschen die Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen und der Kreisgemeinschaft Angerburg zu überbringen. In der Stadt Angerburg hat Brigitte Milthaler die Empfänger zusammen mit Herta Andrulonis zu Fuß aufgesucht. Bei diesen Besuchen konnte sie nicht nur das Familienleben der Heimatverbliebenen kennenlernen, sondern sah auch, in welchen Verhältnissen sie dort leben müssen. Aus den Gesprächen erfuhr sie noch manches aus der Zeit ab Januar 1945. Aber auch die Betreuung der Mitglieder der Deutschen Gesellschaft Mauersee war ihr ein besonderes Anliegen. In Rotenburg (Wümme) stand sie während der Angerburger Tage den aus der Heimat angereisten Besucherinnen und Besuchern mit Rat und Tat zur Verfügung. Auch auf den Deutschlandtreffen der Ostpreußen war sie am Informationsstand der Angerburger zu finden, um insbesondere die vielen Fragen von Besuchern aus Mitteldeutschland zu beantworten. Beruflich war Brigitte Milthaler lange Jahre in einem Labor der Universität Göttingen beschäftigt. Reiten und schwimmen gehörten zu ihren sportlichen Aktivitäten. Die Verstorbene wurde für ihr großes Engagement für Angerburg und Ostpreußen am 2. September 1995 mit dem „Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen“ ausgezeichnet. In seiner Laudatio führte Kreisvertreter Friedrich-Karl Milthaler aus, daß seine Schwester nicht nur in seiner Familie „Tante Hilf“ genannt wird. Auch in der Arbeit unserer Kreisgemeinschaft ist sie zur „Tante Hilf“ geworden, die überall, wo sie gebraucht wird, seit vielen Jahren bereit ist zu helfen. Die Angerburger aus Stadt und Kreis sowie alle, die Brigitte Milthaler kannten, gedenken ihrer in großer Dankbarkeit.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Hindenburg-Oberrealschule – Das nächste Treffen unsere Schulvereinigung findet in Jena statt, und zwar vom 18. bis 20. September, also einige Wochen früher als sonst üblich. Die Anmeldungen sollten bis spätestens 15. August direkt beim Best Western Hotel Jena, Rudolstädter Straße 82, 07745 Jena, Telefon (03561) 660, E-Mail info@hoteljena.bestwestern.de erfolgen. Das Hotel liegt gut erreichbar im Süden von Jena im Ortsteil Göschwitz-Winzela und ist nur 1,5 Kilometer von der Autobahn-Ausfahrt der A4 Jena-Göschwitz entfernt Wir hoffen wieder auf eine gute Teilnahme. – Beim letzten Treffen in Göttingen hatten sich 39 Ehemalige und Angehörige zusammengefunden. Nachdem wir am Freitagabend schon in einem – leider stark gestörten – Videofilm auf die Stadt Göttingen eingestimmt worden waren, zeigten uns am Sonnabend-Vormittag zwei versierte Stadtführerinnen bei einem Rundgang Sehenswürdigkeiten der ehrwürdigen Universitätsstadt, die fast unzerstört durch den Krieg gekommen ist. Man merkte, daß die Stadt von den vielen jungen Studenten geprägt wird. – Bei der Versammlung am Nachmittag berichteten Herr Keller, der Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger Schüler unserer Patenschule in Duisburg, über positive Veränderungen in dieser Stadt und Klaus Gerd Elias über seine Eindrücke bei der dortigen Abiturfeier; die von uns traditionell ausgeteilten Alberten wurden mit Aufgeschlossenheit in Empfang genommen. Auf unserer Versammlung konnte Heiner Sterz eine Alberte an den Rock von Heinz Kindermann heften, der vor 70 (!) Jahren sein Abitur an der Hindenburgschule in Königsberg abgelegt hat. Wir wünschen ihm noch viele rüstige Jahre. Der weitere Abend verlief wie gewohnt in fröhlicher Atmosphäre mit Musik, Tanz und Spoaskes. – Am Sonntag-Vormittag brachte uns ein Bus zur Burgruine Hardenberg, auf der uns bei der Führung ein kalter Sturm durchpustete. Doch konnten wir uns anschließend in der Gräflich von Hardenbergischen Kornbrennerei mit verschiedenen harten Getränken erwärmen. Nach dem ge-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

»Wer nichts für andere tut ...«

Stadt Lahr verleiht die Bürgermedaille an Irma Barraud

Die Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Lahr und Beisitzerin im Landesvorstand der Ostpreußen, Landesgruppe Baden-Württemberg, Frau Irma Barraud, wurde vom Oberbürgermeister der Stadt Lahr, Dr. Wolfgang G. Müller, in einer Feierstunde zusammen mit zwei weiteren Lahrer Bürgern, Gönna Labusga und Roland Meier, besonders geehrt. Alle drei erhielten für ihr herausragendes Engagement für Lahr die Bürgermedaille der Stadt.

In seiner Rede versuchte Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller, die vielfältigen Aktivitäten im sozialen und kirchlichen Bereich von Irma Barraud zusammen zu fassen. Er begann seine Rede nach der Begrüßung der Anwesenden „... wir haben das Schillerjahr, deshalb zitiere ich Goethe: ‚Wer nichts für andere tut, tut nichts für sich.‘“ Müller weiter: „Verehrte Frau Barraud, alleine die folgende Aufzählung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeiten zeigt, wie vielfältig und umfangreich Sie in den letzten Jahren in unterschiedlichen Gremien, aber auch als Frau, die Verantwortung übernimmt, und ein Mensch, der für andere Menschen da ist, segensreich gewirkt haben und noch immer wirken: Seit über 40 Jahren sind Sie aktiv tätig in der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und seit 2003 auch Vorsitzende derselben. 2005 wurden Sie Mitglied des Frauenbeirates der Stadt Lahr. Seit 1989 sind Sie Kirchenälteste der Evangelischen Stiftsgemeinde. Sie waren von 1990 bis 2008 Mitglied des Kirchengemeinderates und von 2002 bis 2008 stellvertretende Vorsitzende des evangelischen Kirchengemeinderates. 17 Jahre lang sind Sie bereits



Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller (v. l.) ehrte Roland Meier, Gönna Labusga und Irma Barraud für ihre besonderen Verdienste um die Stadt Lahr. Bild: Haid

Mitglied des Vorbereitungskreises für den Weltgebetstag der Frauen. 1989 haben Sie sich in Freiburg zur Prädikantin ausbilden lassen und halten auch heute noch Gottesdienste, Taufen und Hochzeiten in der Evangelischen Kirche ...“ Oberbürgermeister Müller ließ aber auch die Herkunft der Geehrten nicht außer acht, so ging er in launigen Worten auf ihre ostpreußischen Wurzeln ein: „Frau Barraud ist am 23. Juni 1936 in Lank / Kreis Heiligenbeil in Ostpreußen, im Bezirk Königsberg am Frischen Haff geboren, in einem kleinen Dorf, das 1939 gerade 724 Einwohner hatte. Heute hört man ja das Vorurteil, daß ‘kleine Orte kleine Geister erzeugen’. Sie, Frau Barraud, sind ein lebendes Beispiel dafür, daß solche allgemeinen Aussagen im Einzelfall oft nicht zutreffen. Das Gegenteil ist bei Ihnen der Fall: Charakteristisch für ihr Wirken ist Ihre Offenheit, Ihre Aufgeschlossenheit und Ihr weiter Horizont. Dies drückt sich in Ihrem vielfältigen Engagement aus, aber auch in Ihren vielen Kontakten, die Sie bei uns in Lahr, insbesondere auch zu Spätaussiedlern haben, denen Sie häufig konkrete Hilfestellungen geben.“ Weiter führte er aus, „Sie sind nicht unbedingt der Mensch, der sich in großen Gremien häufig zu Wort meldet; Sie sind ein Mensch, der konkret handelt, vielfältige Hilfestellungen leistet und der immer als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Eine Frau, die als Ansprechpartnerin gefragt und als Helferin gesucht ist. Für Ihr ehrenamtliches Engagement und Ihr segensreiches Wirken für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verleiht Ihnen die Stadt Lahr, der Gemeinderat der Stadt Lahr die Bürgermedaille. Eine Auszeichnung, auf die Sie selbst und Ihre Familie, aber auch die Organisationen und Einrichtungen, für die Sie tätig sind und wirken, stolz sein können.“ Diesen warmen Worten schloß sich der Applaus der Anwesenden an.

Da die Landesvorsitzende der Ostpreußen in Baden-Württemberg, Uta Lüttich, verhindert war, wurde diese durch den Dritten Landesvorsitzenden, Hans-Werner Schwalke, und den Organisationsleiter der Landesgruppe, Klaus-Peter Okun, vertreten. Sie überbrachten Frau Barraud im Namen des Landesvorstandes dessen Glückwünsche und überreichten Württemberger Wein.

Es war ein sehr gelungener Abend, hervorzuheben ist, neben der Geehrten natürlich, Oberbürgermeister Dr. Wolfgang G. Müller für seine eindrucksvolle Rede und, was heutzutage nicht mehr alltäglich ist, das Hervorheben der ehrenamtlichen, landsmannschaftlichen Arbeit. *KPO*

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

meinsamen Mittagessen trafen sich am Nachmittag noch gesondert die beiden Gruppen der früheren Luftwaffenhelfer.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Busreise nach Rauschen und Königsberg vom 8. bis 17. September 2009 – Eine zehntägige Busreise nach Rauschen und Königsberg vom 8. bis 17. September, Abfahrt ab Duisburg, 6 Uhr, Zwischenübernachtung in Schneidemühl Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg (Fotostop) und Braunsberg zur Grenze. Dort erwartet die Reisegruppe die russische Reiseleiterin Nadja, zwecks beschleunigter Abfertigung. Drei Übernachtungen in Rauschen im Hotel Universal mit Tagesausflügen. Ab 12. September fahren wir nach Pillau und dann weiter Richtung Königsberg. Dort wohnen wir bis zum 16. September im Hotel Kaliningrad. Am 16. September, 8 Uhr, geht es zur Grenze nach Braunsberg. Weitere Informationen und das komplette Programm und Anmeldungen bei Willi Skulimma, Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Hagen-Lycker Brief 2009 – Der diesjährige „Hagen-Lycker Brief" (HLB) ist Anfang Juni versandt worden. Wer ihn nicht erhalten hat und ihn haben möchte, wende sich bitte an unseren Karteiwart Siegmar Czerwinski, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim, Telefon (02225) 5180. Der „HLB" ist, abgesehen von kleinen Druckfehlern und Verwechslungen, wieder einmal gut gelungen. Dafür Dank unserem neuen Redakteur Klaus Walter. Redaktionsschluß für den „HLB" 2010 ist der 15. Dezember 2009. Vorher begegnen wir uns aber noch beim Lycker Kreistreffen am 29. und 30. August in unserer Patenstadt Hagen in Westfalen.



OSTERODE

Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Straße 8, 24306 Plön, Tel. (04522) 593580. Geschäftsstelle: Martin-Luther-Platz 2, 37520 Osterode am Harz., Tel. (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Fahrt zum Hauptkreistreffen – Liebe Landsleute aus Ostpreußen, Freunde und Bekannte, wie Ihr sicher wißt, findet das Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Osterode dieses Jahr zum zweiten Male in Osterode und Buchwalde (Ostpreußen) statt, und zwar vom 29. bis 31. August 2009. Ich biete Euch eine 15tägige Fahrt vom Sonntag, 23. August bis zum Sonntag, 6. September zu diesem Hauptkreistreffen an. Abfahrt: Sonntag, 23. August 2009 um 6 Uhr in Essen-Überruhr-Holthausen; Klapperstraße, Ecke Hinseler Hof. Zustiegsmöglichkeiten in Arnsberg, Dortmund, Bochum, Essen Hauptbahnhof und entlang der Autobahn A2 Richtung Recklinghausen, Bielefeld, Hannover Busbahnhof Magdeburg, Berlin, Fürstenwalde, Seelow, Küstrin nach Vereinbarung. Übernachtungen: 1 x in Schneidemühl, Hotel Gromada, auf der Hinfahrt. 12 x in Gilgenburg im Hotel Inter Piast am Großen Damrausee, 1 x in Schwiebus, Hotel SEN, auf der Rückfahrt. Fahrtkosten: 760 Euro pro Person im DZ. Zuschlag bei Einzelzimmer. In den Fahrtkosten sind enthalten: Halbpension: Frühstück und Abendessen. Mittagessen: Hin- und Rückfahrt (2x); 25. August und 4. September im Hotel Interpiast (4x). Ausnahmen: Getränke zu den Mahlzeiten und an der Bar. Verzehr an den AB-Raststätten auf der Hin- und Rückfahrt. Fahrtkosten: ab und bis Essen. Ausnahmen: Benutzung von Mietwagen, Taxis und öffentlichen Verkehrsmitteln vor Ort. Alle Teilnehmer am Kreistreffen werden mit unserem Bus an den Veranstaltungstagen vom Hotel in Gilgenburg nach Osterode gebracht. Anmeldung: umgehende Anmeldung bei Dieter Malter, Hinseler Hof 129 a, 45277 Essen, Telefon (0201) 6462291, Fax (0201) 2799746. Zahlungen: Eine Anzahlung von 250 Euro pro Fahrtteilnehmer gilt als Bestätigung der schriftlichen Anmeldung. Restzahlung bis zum 10. Juli 2009 an obige Adresse. Einzahlung unter dem Kennwort „Fahrt 2009.2" auf das Konto: Konto-Nr. 1329200 bei der Sparkasse Essen, BLZ 360 50105. Eine Auslandsreise-Krankenversicherung und eine Reise-Rücktrittskosten-Versicherung werden empfohlen. Falls Sie Bedarf haben, schicke ich Ihnen die Antragsformulare und ein ausführliches Programm zu. Auf dem Regionaltreffen am 14. Juni findet man mich am Tisch Gilgenburg.

Programm des Hauptkreistreffen in Osterode (Ostpreußen) vom 29. bis 31. August 2009 – Programm: Freitag, 28. August 2009, am Nachmittag, Gelegenheit zur Besichtigung des Deutschen Hauses in Osterode (Ostròda, ul. Herdera 7) und der Kirche in Marienfelde; dort um 17 Uhr, kirchliche Andacht. Sonnabend, 29. August, 10 Uhr, Möglichkeiten zur Besichtigung des Deutschen Hauses, des Museums in der Ordensburg und des Gymnasiums in Osterode. 12 Uhr, Teilnahme an der Veranstaltung der Stadt Osterode zur Feier der Europäischen Einheit am Denkmal auf dem Marktplatz, anschließend Teilnahme an der Eröffnung einer Ausstellung zur Stadtgeschichte im Ordensschloß, dort auch Vortrag zur Stadtgeschichte. 14.30 Uhr, Begrüßung und Eröffnung des Hauptkreistreffens im Hotel Sajmino in Buchwalde. 15 Uhr, Mitgliederversammlung im Nebenraum im Hotel Sajmino. 17 Uhr, Unterhaltungsprogramm mit verschiedenen Darbietungen und Musik im Hotel Sajmino. Sonntag, 30. August, 10.45 Uhr, Gedenken am Denkmal an der evangelischen Stadtkirche in Osterode mit Kranzniederlegung. 11 Uhr, ökumenische Andacht mit anschließender Feierstunde der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V. in der evangelischen Stadtkirche. Nachmittag zur freien Verfügung mit der Möglichkeit des Zusammenseins im Hotel Sajmino in Buchwalde. Montag, 31. August, 10.30 Uhr, Ausklang des Hauptkreistreffens mit einem deutschen Gottesdienst zur Erinnerung an die Einweihung der evangelischen Stadtkirche in Osterode am 31. August 1909.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer", Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

13. Treffen des Kirchspiels Hoverbeck – Mitte April fand im Weinhaus zur Traube in Unkel am Rhein zum 13. Mal das Hoverbekker Kirchspieltreffen – verbunden mit dem Ortstreffen Selbongen – statt. Kirchspielvertreter Nikolaus v. Ketelhodt konnte wieder zahlreiche Gäste begrüßen, denen er herzliche Grüße des Kreisvertreters Siegbert Nadolny übermittelte. Insgesamt hatten sich mehr als 80 Teilnehmer eingefunden, von denen knapp die Hälfte aus Selbongen stammt. Die Stimmung unter dem Dach frischer Weinranken war überwiegend sonnig, gemütlich und heiter. Nikolaus v. Ketelhodt nahm in seiner Ansprache auch Bezug auf die Mißtöne aus Polen, die die Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, verunglimpft und beleidigt haben, wodurch das bis dato gute Verhältnis zwischen den Heimatreisenden und der jetzt dort lebenden polnischen Bevölkerung nachteilig beeinflußt worden sei. Dabei zitierte er auch den Schriftsteller und Historiker des Deutschen Historischen Instituts, Andreas Kossert, der in seinem Buch „Kalte Heimat" auf den Artikel einer polnischen Journalistin hinweist, die behauptet, daß die Kanzlerin Angela Merkel mütterlicherseits aus dem heutigen Polen stamme und die Einwohner von Elblag sich über die polnischen Wurzeln der Kanzlerin freuen. Kossert kommentiert: „Das ist eine höchst erstaunliche Zuordnung, denn die westpreußische Stadt Elbing gehörte bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zu Deutschland, und war mehr als 700 Jahre deutsch geprägt. Wer dort vor 1945 geboren wurde, war ganz einfach Deutscher ..." – In einer Schweigeminute gedachten die Teilnehmer des Treffens der im vergangenen Jahr fern der heimatlichen Erde verstorbenen Landsleute der Kirchspielgemeinschaft. – auf einen Aufruf der Kreisgemeinschaft hin, sich für die Wahl zum neuen Vertreter des Kirchspiels Hoverbeck zur Verfügung zu stellen, meldete sich Christine Birkner und erklärte sich bereit, ein solches Amt zu übernehmen, wenn sie gewählt werde. – Dann gab es wie immer in fröhlicher Runde viel zu erzählen, Erinnerungen auszutauschen, von den letzten Reisen in den Kreis Sensburg zu berichten und vieles mehr. Natürlich wurde auch ein gemeinsames Glückwunsch-Ständchen für Edith Gorski geb. Hinz gesungen. Hanni Wiberny, eine Teilnehmerin aus Selbongen, erklärte beim Abschied nehmen, diese Treffen sein das allerschönste. Das nächste Treffen ist für den 10. April 2010 wieder am selben Ort in Unkel geplant.



TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax (0 2833) 3970. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Der frühere Kreisvertreter Dr. H. Matthée hat die *PAZ/OB* um Abdruck der nachstehenden persönlichen Erklärung gebeten – Dr.-Ing. Heinrich Matthée, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Treuburg von 1996 bis 2008, kandidierte bei der Kreistagswahl 2008 aus persönlichen Gründen nicht mehr für den Vorsitz in der Kreisgemeinschaft Treuburg, obwohl er mit großem Stimmenanteil in den Kreistag gewählt wurde. In der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Kreistages am 29. August 2008 wurde Irmgard Klink zur neuen Kreisvertreterin gewählt und Dr. Matthée zum Beauftragten seitens der Kreisgemeinschaft für die Vorbereitung und Durchführung der 450-Jahrfeier unserer Heimatstadt Treuburg im Jahre 2010 bestimmt. Dr. Matthée und viele andere Treuburger waren und sind der Auffassung, daß die Gründungsfeier „450 Jahre Marggrabowa – Treuburg – Olekko" nicht allein den polnischen Behörden überlassen werden sollte, weil Marggrabowa 1560 von Markgraf Albrecht von Brandenburg gegründet wurde. In der folgenden Sitzung des Kreistages am 22. Januar 2009 beantragte Dr. Matthée die Vollmacht, allein und verantwortlich mit der polnischen Administration über die Ausgestaltung der 450-Jahrfeier – einschließlich der Ausstellung im dann wieder hergerichteten, alten Treuburger Rathaus über die deutsche Geschichte in Marggrabowa und Treuburg von 1560 bis 1945 – zu verhandeln. Diese Ausstellung sollte von Sabine Czygan aus der Sammlung der Kreisgemeinschaft Treuburg im Archiv der Stadt Leverkusen in Opladen und aus Privatbesitz der Familie Czygan zusammengestellt werden. Dr. Matthées Antrag folgte der Kreistag nicht. Er bestand darauf, daß sein Auftrag – sowohl zeitlich, als auch räumlich – nur mit der neu gewählten Kreisvertreterin gemeinsam erfüllt werden könne. Dies wiederum lehnte Dr. Matthée entschieden ab. Daraufhin zog auch Frau Czygan ihre Bereitschaft, für die Ausstellung sorgen zu wollen, zurück. Diese Entscheidung wurde nach langer, zum Teil sehr persönlich geführter Diskussion, in der vor allem von fehlendem Vertrauen in die Person Dr. Matthée und seine Arbeit gesprochen wurde, getroffen. Daraufhin lehnte Dr. Matthée auch eine weitere Zusammenarbeit mit dem Kreistag ab, gab seinen Auftrag für die 450-Jahrfeier 2010 zurück und bat um seine Entlassung aus dem Kreistag der Kreisgemeinschaft Treuburg. Dieser Bitte wurde entsprochen. Dr. Matthée bat am 23. Januar 2009 Dorota Barsczewska, Dolmetscherin in Olecko, telefonisch, die verantwortlichen Personen, wie Bürgermeister und Landrat, über seinen Entschluß und die Entscheidungen des Kreistages entsprechend zu informieren. Dr. Matthée hatte inzwischen Gelegenheit, privat und ohne Mandat der Kreisgemeinschaft Treuburg Herrn Olszewski und Herrn Beresniewicz in Treuburg (Olecko) die Beweggründe seiner Entscheidung persönlich zu erläutern. Er brachte dabei sein Bedauern über die eingetretene Entwicklung zum Ausdruck. *Dr. Matthée*

Farbenprächtig

Ausstellung mit Werken von Ernst Sagewka

Vor der Wende zum 20. Jahrhundert trieb es viele Familien aus dem landwirtschaftlich geprägten Masuren in den Westen des Reichs, in Erwartung besserer Lebensverhältnisse. So auch die Familie Sagewka, die 1892 nach Westfalen zog, wo sie sich 1910 in Bielefeld endgültig niederließ. Sohn Ernst, der am 10. Januar 1883 in Nikolaihorst das Licht der Welt erblickt hatte, fühlte sich zu den Schönen Künsten hingezogen. Nach dem Schulbesuch und einer Lehre bei einem Dornburger Kirchenmaler nahm Ernst Sagewka 1907 ein Studium an der Bielefelder Handwerker- und Kunstgewerbeschule auf. 1911 erlernte er die Technik der Freskenmalerei bei dem Historienmaler und Restaurator Joseph Langer in Breslau. Im Ersten Weltkrieg kämpfte Sagewka in vorderster Linie in Polen und Frankreich und kam verletzt heim. Am 24. Dezember 1920 heiratete er seine Cousine Luise Maletzki.


Selbstpotrait Sagewka Bild: Archiv

Ernst Sagewka hatte in den Jahren zwischen den Weltkriegen mehrere Einzel- und Kollektivausstellungen. Seine Inspirationen und Motive sammelte er vorwiegend in der Senne und der Lüneburger Heide. Wenn die Finanzen es zuließen, reiste er nach Masuren, wo er bei Verwandten unterkommen konnte.

Sein Weg führte ihn auch nach Marienburg, wo eine Schwester lebte. Im Rahmen der Aktion „Entartete Kunst“ war Sagewka ebenfalls betroffen. Die beschlagnahmten Bilder sind bis heute nicht wieder aufgetaucht.

Der Krieg machte schließlich auch vor den Sagewkas nicht halt. Ein Bombenangriff zerstörte das Haus in Bielefeld und damit einen Großteil seiner Werke. Erst nach dem Krieg begann die Familie mit dem Wiederaufbau.

1953 hatte Ernst Sagewka eine umfassende Einzelausstellung mit 72 Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen im Städtischen Kunsthaus Bielefeld. Sechs Jahre später starb er unerwartet am 22. August 1959. Bald wurde es still um den Maler, der Zeit seines Lebens versuchte, die in der unverfälschten Natur gewonnenen Eindrücke, in leuchtenden Farben auf das Wesentliche abstrahiert, der Nachwelt zu vermitteln. Dabei sind Pinselführung, Farbe, Licht und Schatten einerseits für ihn typisch, andererseits aber auch geprägt durch die Schule seines Lehrers Ludwig Godewols. Vom 6. Juni bis zum 15. August sind nun Werke Ernst Sagewkas in der Galerie im Rathaus Hiddenhausen zu sehen. Öffnungszeiten: montags 8 bis 16 Uhr, dienstags und donnerstags 8 bis 18 Uhr, mittwochs und freitags 8 bis 13 Uhr. *EB*

> Leuchtende Bildsprache

»Lebendiger« Höhepunkt

Aktionstag Preußen – Sonderausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum

Mit der großen Sonderausstellung „Anfang und Ende Preußens in Schlesien“ thematisierte das Oberschlesische Landesmuseum von Ratingen-Hösel die Bedeutung Preußens für Schlesien im Wandel der Zeit. Die Darstellung von rund 200 Jahren wurde anhand von über 500 verschiedenen Objekten realisiert, darunter Leihgaben von 30 kulturellen Einrichtungen aus dem In- und Ausland.

Zahlreiche Besucher konnten bei den Ausstellungsrundgängen das Kriegsgeschehen auf Skizzen, Schlachtplänen und Bildern sowie die Entwicklung der Städte zu Festungen mittels detailliert gestalteter Modelle nachvollziehen. Einen ganz besonderen Höhepunkt erlebte die Präsentation jedoch mit dem „Aktionstag Preußen“.

Bei den Führungen machten Akteure von der „Interessensgemeinschaft Historischer Alltag“ – verkleidet als preußische und französische Linieninfanteristen, Landwehrmänner und Chef des Ingenieurkorps – die Geschehnisse noch anschaulicher. An mehreren Stationen stellten die Mitglieder der „Hobby-Preußen“-Gruppe authentische Szenen nach und standen dem Publikum mit Rede und Antwort zur Verfügung. Die zeitgenössisch uniformierten Männer mit ihren historischen Waffen hauchten sozusagen den durch Exponate veranschaulichten Szenen neues Leben ein und vermittelten viel Detailwissen aus der napoleonischen Zeit.

Gleich im Eingangsbereich des Oberschlesischen Landesmuseums begrüßte ein „Versprengter“ die Besucher und führte sie in die Präsentation ein. Er schilderte seinen Versuch, sich nach Preußen durchzuschlagen, um seine ehemalige Einheit wieder zu finden.

Die „preußischen Linieninfanteristen“ wiederum demonstrierten durch Drillübungen, wie der Soldaten-Alltag ablief. Der eine Darsteller stellte einen Unteroffizier in Dienstuniform dar, der andere war feldmäßig gekleidet und trug ein preußisches Tschako mit Überzug aus gewachstem Leinen.

Die beiden Darsteller wirken – wie übrigens auch der „Versprengte“, der Wehrpflichtige, der Freiwillige von der Landwehr und die anderen Mitstreiter – schon seit vielen Jahren mit Begeisterung bei der „Wiederbelebung“ militär- und zivilhistorischer Szenen in Belgien, den Niederlanden und Deutschland sowie bei museumspädagogischen Auftritten mit.


Geschichte zum anfassen: Französischer Grenadier demonstriert die Handhabung der Muskete. Bild: DG

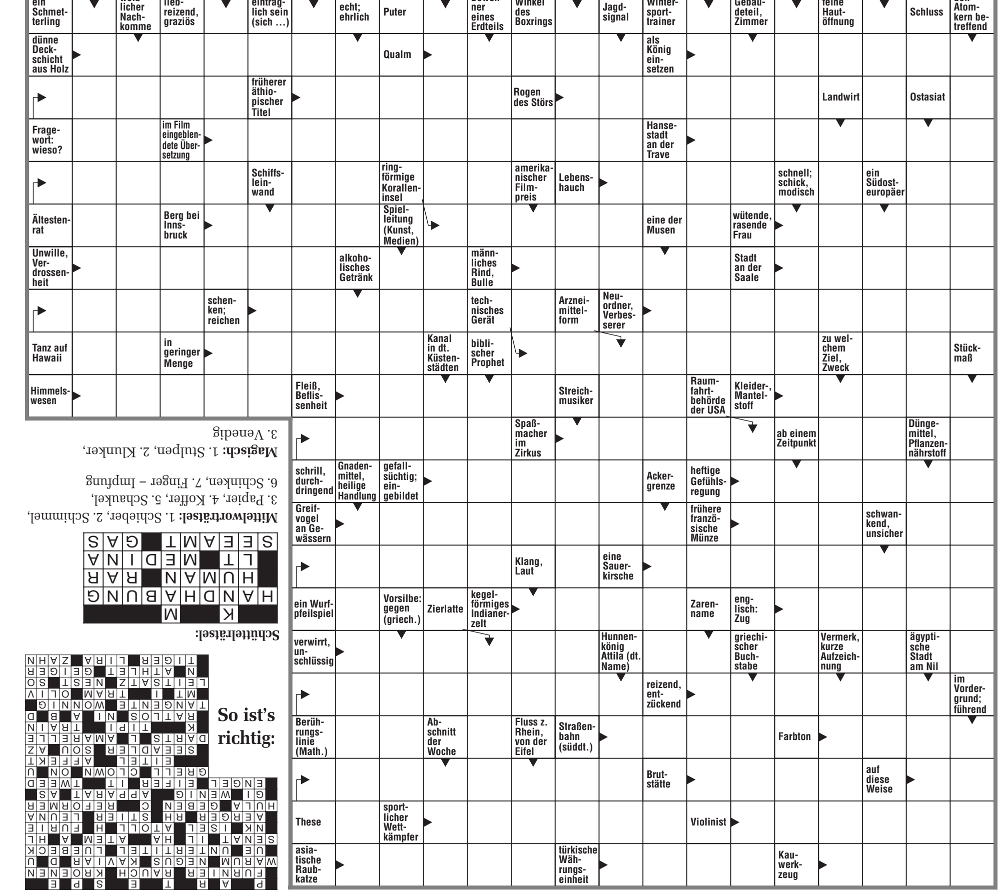
Im Außenbereich erläuterte der pommersche Linieninfanterist die Funktionsweise einer Flinte aus der Zeit der napoleonischen Kriege und feuerte auch einen Schuß ab. Durch den lauten Knall, den dicken weißen Rauch aus der Pulverpfanne und dem Lauf der Flinte sowie den stechenden Schwefel-Geruch erhielten die Besucher einen Eindruck davon, was auf den Schlachtfeldern vor sich ging.

Die „Landwehr-Protagonisten“, die weder einer Paradetruppe oder Eliteeinheit, noch einem ruhmbedeckten Regiment angehörten, spielten die maulenden, hart dreinschlagenden und schnell marschierenden Kinder von „Papa Blücher“. Sie vertraten das Landwehr-Bataillon Paderborn und damit eine der letzten preußischen Einheiten, die 1814 zur Befreiung des Vaterlandes vom französischen Joch aufgestellt wurden. Die Landwehrmänner trugen dunkelblaue Mützen mit Schirm und einem weißblechernen Kreuz. Die einfachen Uniformen bestanden aus dunkelblauen Litewkas, deren Kragen und Ärmelaufschläge den ständischen Farben der Provinzen angepaßt waren, sowie Beinkleidern aus Tuch beziehungsweise Leinwand.

Auch ein „französischer Grenadier“ war mit von der Partie. Die stattliche Figur in der Uniform von 1806 gehörte zur Elitekompanie eines Bataillons und dürfte in der Schlacht von Jena/Auerstedt agiert haben. Er zeigte, wie eine Muskete Modell 1777 nach dem Schießen gereinigt und wieder geladen wurde sowie welches Werkzeug dafür während der Schlacht am Mann mitgetragen werden mußte.

Beeindruckend und Respekt einflößend war die historische Figur des Levin von Geusau, dargestellt von Dr. Martin Klöffler. Der Generalquartiermeister, Generalinspektor der preußischen Festungen sowie Träger des roten und schwarzen Adlerordens befand sich auf einer Reise und hat für die Zuschauer ein kleines Feldbüro aufgebaut. Gemeinsam mit seinem Secretarius schilderte er einige seiner zahlreichen Dienstpflichten, die er als preußischer Offizier und Chef des Ingenieurkorps in der Zeit um 1806 erfüllen mußte. Zudem dienten eine Auswahl alter Lehrbücher und wertvolle Karten aus dem historischen Ingenieurwesen als Anschauungsmaterial.

Das Programm des erlebnisreichen Aktionstages wurde durch die Vorführung von vier historischen Filmen abgerundet. Zu sehen waren filmgeschichtlich bedeutende Streifen wie „Der Choral von Leuthen“ (1933), „Fridericus“ (1937) und „Kolberg“ (1945) sowie die Dokumentation „Deutschland erwache“ (1960). *Dieter Göllner*



Schüttelrätsel

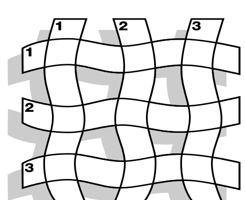
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AABDG HHNNU	AEHL		EKNTU	AHMM		AEMNT	GIRU	AANN	AGRS
AHMNU						ARR			
AEEM ST			ADEI MN						
						AGS			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Begriff aus der Medizin.

1	RECHEN		MUETZE
2	GRAU		REITER
3	SILBER		GELD
4	SCHRANK		TRAEGER
5	LUFT		PFERD
6	BIER		KLOPFEN
7	RING		HUT



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Aufschlag am Ärmel (Mehrzahl)
2 großer Schmuckstein (ugs.)
3 Lagunenstadt in Italien

Als das Korsett fiel

Eine Ausstellung in Berlin zeigt Modezeichnungen und Accessoires der zwanziger Jahre

Mode als Spiegel der Zeit – in kaum einer anderen Epoche erlebte die Modekultur einen Aufschwung wie in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Eine Ausstellung der Berliner Kunstbibliothek zeigt die Entwicklung des Schönheitskults in Deutschland.

Die Sammlung „Modebild – Lipperheidesche Kostümbibliothek“ zeigt die maßgebliche Rolle, die Mode und Schönheit in weiten Teilen der großbürgerlichen Bevölkerung zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielten. Der Schönheitskult mit der Errichtung von Kosmetikstudios sowie der Einführung neuer Produkte erlebte einen beispiellosen Aufschwung. In der

Künstlerische Modegraphik zeigt Ideale der Zeit

Sammlung sind wesentliche Beispiele künstlerischer Modegraphik der 1920er Jahre aus den Modemetropolen Paris, Wien und Berlin zu finden. Die Bleistiftskizzen, lavierte Tuschfederzeichnungen, Aquarelle wie auch Collagen erlauben einen Blick auf die Modeideale der Zeit. Etwa 200 originale Zeichnungen, die einst als Druckvorlagen für eine Veröffentlichung in Zeitschriften entstanden oder als geschlossene Kompositionen im Rahmen einer Ausbildung zum Modeillustrator gefertigt wurden, sind in der Ausstellung erstmals seit ihrer Entstehung wieder zu sehen.

„Die Mode“, so Adelheid Rasche, Leiterin der Sammlung und Kuratorin der Ausstellung, „entwickelte sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zu einem kulturell und wirtschaftlich enorm bedeutenden Baustein der Moderne. Bedingt durch die gesellschaftlichen Veränderungen in der noch jungen Weimarer Republik veränderten sich das Kleiderrepertoire wie auch das Körperideal ganz entscheidend.“

Rasche weist darauf hin, daß Frauen 1919 erstmals das Wahlrecht und auch mehr Möglichkeiten erhielten, einen Beruf auszuüben. Im Zuge dieser Neuerungen gab es auch in der Mode einige Erleichterungen, so fiel das bis dahin obligatorische Korsett und wurde durch elastische Unterwäsche ersetzt. Die Röcke, die zuvor den Knöchel bedeckten, wurden kürzer, so daß erstmals Damenbeine in den Blick gerieten. Auch nahm die Damenmode das eine oder andere Detail der Herrengarderobe in ihr Repertoire auf.

Das betont frauliche Ideal der Vorkriegsjahre verschwand und machte bei modebewußten Frauen zwei besonderen Erscheinungsformen Platz: dem „Garçonne“ und dem „Girl“. Jugendlichkeit und schlanke Formen waren fortan gefragt. Um diese Ideale zu erreichen, mußte frau sich bewegen und Sport treiben. Tennis, Segeln, Skilaufen galten als schick, aber auch die flotten Tänze der damaligen Zeit brachten die nötige Verbrennung von Kalorien. Charleston und Shimmy waren besonders beliebt. „Der Typus Garçonne, der seine Berühmtheit dem gleichnamigen, 1922 erschienen Erfolgsroman von Victor Margueritte verdankte, nahm männliche Elemente ins Verhalten und ins Äußere auf, führte ein beruflich und privat unabhängiges Leben jenseits aller Konventionen und kleidete sich bewußt androgyn“, erläutert Adelheid Rasche.

„Mit dem zweiten neuen Frauentypus, dem Girl, teilte die Garçonne zwar den Kurzhaarschnitt – Bubikopf genannt –, der entscheidend zum jugendlichen Aussehen der Frauen beitrug. Allerdings spielte der Girl-Typus, der sich am amerikanischen Revue-Ballett der Zeit orientierte, wesentlich stärker mit den weiblichen Trümpfen einer leichtlebigen, oberflächlichen Erotik in Aussehen und Kleidung.“

Den zweiten Schwerpunkt der Ausstellung bilden die erstmalig präsentierten Puderdosen und Kosmetikaccessoires einer Berliner Privatsammlerin. Die rund 200 Exponate dieser Sammlung verdeutlichen die hohe Qualität, Gestaltungs- und Formenvielfalt dieser selten gewordenen Schönheitsartikel.

Mit dem zunehmenden Bedarf an Gesichtspuder, Rouge oder Lippenstift wuchs auch der Bedarf an entsprechenden Behältnissen. Die

Die Oberflächen der Dosen waren phantasievoll verziert

unterschiedlichsten Materialien wurden verwendet – Karton, Metall, Bakelit oder Glas – und die Oberflächen mit phantasievollen Motiven dekoriert. Schönheitsartikel, die wie Schmuckstücke anmuten.

Der Bedarf an solchen Artikeln war groß, denn während zuvor der Umgang mit Schminke und Puder diskret gehandhabt wurde, war es nun nicht verpönt, sich auch in aller Öffentlichkeit die Nase zu pudern. Glücklich konnte sich schätzen, wer dann sogar ein Döschen von einem berühmten Designer sein eigen nennen konnte. *Silke Osman*

Die Ausstellung „Pailletten – Posen – Puderdosen. Modezeichnungen und Objekte der Zwanziger Jahre“ in der Kunstbibliothek, Matthäikirchplatz 8, Berlin, ist bis zum 9. August dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr zu sehen, Eintritt 8/4 Euro.



Edith Zabel: Modezeichnung mit Nachmittagskleidern 1928 Bild: Katz, smb

Mehr Mut zum eigenen Stil

Sie heißen Jacky, Twiggy oder Audrey, und sie haben die Mode entscheidend beeinflußt. Nicht durch aktives Eingreifen in die Gestaltung, sondern dadurch, daß sie selbstbewußt das tragen, was ihnen gefällt. Was sie heute anziehen, hat morgen Kultstatus und jeder will so ein Outfit besitzen. Ob ihnen steht, was Amy Winehouse, Vivianne Westwood oder Gwen Stefani tragen, bleibt dahingestellt. Hauptsache aussehen wie die berühmten „Fashionista“, also Frauen,



deren Lebensinhalt Mode ist (fashion = Mode).

Im Prestel-Verlag ist jetzt ein Bildband über die „Fashionista“ erschienen, darin stellt Simone Werle die wichtigsten Stilikonen der letzten 100 Jahre vor, spritzig, amüsant und originell (176 Seiten, 200 Abbildungen, davon 150 in Farbe, gebunden, 29,95 Euro).

Von Coco Chanel bis Madonna reicht die Reihe der Frauen, die modische Revolutionen ausgelöst haben. Ihre Zeit scheint jetzt allerdings vorüber, denn die Fashionista wurde von der Recessionista abgelöst, die sich vor dem Hintergrund der weltweiten Krise eher bescheiden kleidet, auch wenn sie sich teure Fummel und Accessoires leisten kann – noch. *os*

Bunt, schick, doch manchmal sogar tödlich

Billige Discounter-Klamotten haben eine lange Reise hinter sich, bevor sie auf den Warentischen und in den Kleiderschränken landen

Die Klamotten sind bunt, schick, zu billig, oft giftig und mitunter sogar tödlich. Fast ein Viertel der jährlich versprühten Pflanzengifte landet auf den Baumwollplantagen dieser Welt. Jedes Jahr sterben nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO 28 000 Bauern an Pestiziden. Nach der Ernte wird die Baumwolle gesponnen, gefärbt und ausgerüstet – ebenfalls mit reichlich ungesunder Chemie. Die Näherinnen in den Fabriken, in denen die großen Handelskonzerne T-Shirts, Blusen, Hosen und andere Kleidungsstücke fertigen lassen, bekommen ein paar Euro im Monat. Dafür schuften manche 100 Stunden die Woche. Nach Feierabend lassen einige Fabrikbesitzer die Arbeiterinnen in den Schlafsälen einsperren. Wer aufmuckt fliegt raus. Doch es gibt inzwischen flotte, moderne und gut geschnittene Kleidungsstücke aus Bio-Baumwolle und fairem Handel.

Schon ein T-Shirt kann ganz schön gewichtig werden. Rechnet man Rohstoff- und Wasserverbrauch, die giftigen Abwässer, Farbstoffe für die Herstellung eines gefärbten T-Shirts, die Verpackung und den Transport zusammen, bringt es rund viereinhalb Tonnen auf die Waage, ungefähr so viel wie ein ausgewachsener Elefant. Forscher um den Wissenschaftler Friedrich Schmidt-Bleek haben den „ökologischen Rucksack“ eines banalen schwarzen T-Shirts berechnet. Bis es am Verkaufsständer in einer Fußgängerzone hängt, hat das Kleidungsstück einiges durchgemacht – und die Menschen, die an seiner Herstellung arbeiten auch. Schon die Bauern und Feldarbeiter bekommen von den Pestiziden, die zum Schutz der Baumwolle auf die Felder gesprüht werden, Hautkrankheiten, Allergien, sogar Krebs.

Damit Maschinen die Baumwolle schnell und billig ernten können, werden die Pflanzen mit Sprühgiften entlaubt. Wo die Maschinen nicht hinkommen oder die Bauern sie sich nicht leisten können, pflücken oft Kinder die weißen Büschel. Für drei Cent pro Kilo Ernte oder drei US-Dollar am Tag schuften etwa in Usbekistan Kinder auf den Plantagen.

Kaum eine landwirtschaftliche Pflanze verbraucht so viel Wasser wie die Baumwolle. Die Folge der intensiven Bewässerung sieht man zum Beispiel in Zentralasien. Der Grundwasserspiegel sinkt, die Böden versalzen und der Aralsee trocknet aus.

Nach der Ernte wird die Baumwolle gereinigt, gesponnen, mit Chlorlösungen gebleicht, teilweise mit hochgiftigen Farbstoffen gefärbt und chemisch ausgerüstet. So gelangt ein ganzer Cocktail an Giftstoffen in die Kleidung: Formaldehyd, Chlor, Motten-, Flamm- und Fleckenschutz. Manche dieser Zutaten sind so giftig, daß Deutschland und die EU sie längst verboten haben. In Asien, Afrika und Lateinamerika werden sie weiter verwendet. So entsteht der Stoff, aus dem die Alpträume der asiatischen Näherinnen ist: „Wir schlafen in überfüllten, stickigen Räumen. Dort bekommen wir zu wenig Luft. Vor den Mücken gibt es kein Entkommen“, berichtet eine Arbeiterin einer Textilfabrik in Sri Lanka. „Von meinem mageren Gehalt bezahle ich die Unterkunft, das Essen und schicke einen kleinen Betrag meiner Schwester für ihr Studium.“

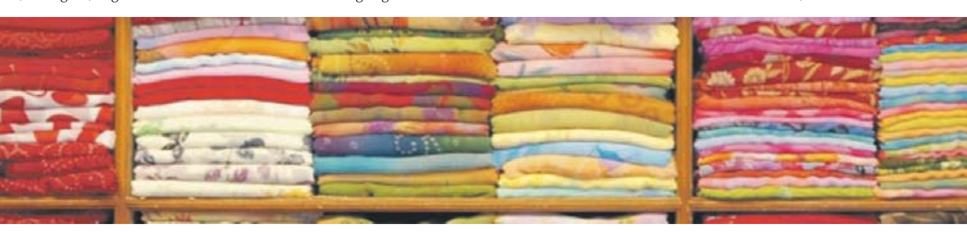
Umgerechnet 15 Euro verdienen viele Näherinnen in Bangladesch im Monat, rund 300 Pesos auf den Philippinen, wo ein Kilo Reis 35 Pesos kostet. Leben kann davon niemand. In Bangladesch kostet schon ein kleines Zimmer so viel Miete, wie eine Hilfsnäherin verdient. Fürs Essen bleibt fast nichts mehr übrig. Wer krank wird, muß unbezahlten Urlaub nehmen – oder kann gehen. Gewerkschaften sind verboten.

„Wir müssen von neun Uhr morgens bis ein Uhr nachts arbeiten, an 30 Tagen im Monat“, erzählt eine Textilarbeiterin in Indien und eine andere: „Du fragst nach Gewerkschaften? Wir dürfen ja in der Fabrik nicht mal miteinander reden.“

Bangladesch, Indien, China, El Salvador, das Elend in den Fabriken unterscheidet sich kaum. Dafür verkaufen deutsche Discounter Kinderjeans für 5,99 Euro und Freizeithosen für 2,99 Euro. Auf die Ausbeutung in ihren Zulieferfabriken angesprochen, verweisen die großen Textilketten auf ihre Codes of Conduct, Verhaltensregeln, an die sich die Zulieferer halten – oder halten müßten. Kontrollen sind selten.

Oft wissen die Unternehmen selbst nicht, wo der Zulieferer ihres Zulieferers ihres Zulieferers einkauft. Und wenn, können sie deren Versprechen kaum kontrollieren. „C&A verteilt Schulbücher in Indien und beutet die Leute mit Stundenlöhnen von 20 Cent an 16-Stunden-Tagen aus“, beklagt etwa Christiane Schnura von der Kampagne „Saubere Kleidung“. Tatsächlich haben viele große Textilunternehmen nach zahlreichen Protesten etwas für ihr angeschlagenes Image getan: Sie legen Sozialprogramme auf, spenden Geld für Entwicklungsprojekte und versuchen, in den Fabriken bessere Bedingungen durchzusetzen. Dabei arbeitet C & A zum Beispiel mit der Menschenrechtsorganisation „Terre des Hommes“ zusammen. Kritiker wie Christina Schnura nennen solche Veranstaltungen Feigenblätter. Wirklich geändert habe sich in den Zulieferbetrieben und auf den Baumwollplantagen wenig. Den Verbrauchern in Europa empfiehlt sie: „Immer wieder in den Läden nach den Herstellungsbedingungen für die Kleidung fragen“ und gegen die schlechten Bedingungen protestieren.

Robert B. Fishman



Schön bunt, aber auch ungefährlich? Textilien werden in Fernost oft unter den unmenschlichsten Bedingungen hergestellt und enthalten Reste von giftigen Pestiziden. Bild: chinaweb

Zum Scheitern verurteilt

Konservative Kleinparteien

Der Autor des Buches „Freiheitlich-konservative Kleinparteien im wiedervereinigten Deutschland“ ist Jahrgang 1972 und Journalist mit Studium der Journalistik und Politikwissenschaft in Leipzig und New York. Seine Arbeit beschäftigt sich im wesentlichen mit dem Bund Freier Bürger, der Deutschen Partei, der Deutschen Sozialen Union und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Begrifflich werden diese von NPD (Nationaldemokraten) und DVU (Deutsche Volksunion) abgegrenzt und bilden somit als „freiheitlich-konservativ“ den Untersuchungsgegenstand. Gerade rechtzeitig zum 60. Jubiläum der BRD und der Feier ihrer Verfassung wird die Frage abgehandelt, warum es auf der rechten Seite des politischen Spektrums nicht eine ähnliche Ausdifferenzierung der Meinungen und Interessenvertretung wie auf der linken Seite gibt? Das Parteiensystem der BRD ist kraß asymmetrisch. Während die beiden sogenannten „großen Volksparteien“ die Plätze in der breiten Mitte füllen und dabei die FDP je nach Erfordernis als Mehrheitsbeschafferin akzeptieren, nehmen die „Grünen“ und „Die Linke“ für sich in Anspruch, die Beschützer der „kleinen Leute“ zu sein. Rechts von der Mitte gibt es keine Partei von politischem Einfluß, die freiheitlich-konservative Interessen wahrnimmt und durchsetzt. Dafür sorgt unter anderem die „Strauß-Doktrin“: „Rechts von der Union darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben.“ – Diese wurde auf jegliche, auch demokratische Konkurrenz ausgeweitet.

In sachlichem, ideologiefreiem Stil und disziplinierter deutscher Sprache untersucht der Autor Gründung, Tätigkeit und Scheitern der vier oben genannten Kleinparteien und das Wirken ihrer Hauptakteure. Dabei fallen die Vielfalt der Quellenauswertung, der Umfang der Befragungen und Interviews sowie eine Vielzahl von erklärenden Fußnoten ins Auge. Die im übrigen jeweils aufgeführten Beurteilungen und Bewertungen haben nahezu lehrbuchhaften Charakter für Parteigründer.

Erschreckende Doppelmoral

Ein besonders wichtiges Kapitel befaßt sich mit der linksextremistischen Gewalt gegen freiheitlich-konservative Parteien. Auf mehreren Seiten wird dies geschildert, was ketzerische Gedanken historisch versierter Leser aufkommen lassen kann. Natürlich nehmen die Rolle des Verfassungsschutzes, der Medien und der sogenannten „Political Correctness“ breiten Raum ein. Die „Doppelmoral“, also der ungleiche Umgang mit „links“ und „rechts“ wird an Beispielen und Geschehnissen bis in das Jahr 2008 verdeutlicht. Im Grunde bedeutet das Fehlen einer funktionsfähigen demokratischen Rechten ein Demokratiedefizit. Rechnet der Autor doch damit, daß etwa fünf bis 20 Prozent des Volkssouveräns keine wirkliche politische Repräsentation haben. Ohne ausreichende Finanzmittel für die Büroorganisation sowie für erfahrene Rechtsvertretung ist jeder parteipolitische Versuch der Konservativ-Freiheitlichen, sich in das etablierte System einzufügen, zum Scheitern verurteilt. *R. Uhle-Wettler*

***André Freudenberg: „Freiheitlich-konservative Kleinparteien im wiedervereinigten Deutschland“**, Engelsdorfer Verlag, Leipzig 2009, broschiert, 382 Seiten, 18 Euro*

Auch aus arabischer Sicht

Ernst Nolte über den Islamismus als radikale Widerstandsbewegung



So viel Unmut gab es lange nicht mehr über den seit dem Historikerstreit 1986 aus der Geistesrepublik Deutschland verbannten Ernst Nolte: Seine These „Die dritte radikale Widerstandsbewegung: Der Islamismus“, so urteilte beispielsweise die Hamburger „Zeit“, stelle im Kern „einen endlosen Abwehrkampf gegen das Jüdische in der Geschichte“ dar und den „Versuch, das Rationale daran zu erfassen und zu verteidigen“. Ein irritierendes Verdikt des Zeitgeistes, wenn man bedenkt, daß das neue Buch von Nolte kaum Neues zu Tage bringt: Denn daß der Islamismus eine radikale Widerstandsbewegung gegen die westliche Moderne darstellt und Islamisten Israel als deren nahöstlichen Vorposten betrachten, weiß heutzutage jeder. Auch würde nur ein Ignorant die Existenz eines arabischen Antisemitismus leugnen und genauso, daß dieser sich vor allem an der israelischen Politik entzündet. Das Palästinaproblem ist denn auch ein entscheidendes Moment in Noltes Interpretation des Islamismus – für ihn nach Bolschewismus und Nationalsozialismus, die dritte politisch-ideologische Strömung, die radikal gegen den Westen opponiert. Nolte bietet für sie eine unkonventionelle, wenngleich diskussionswürdige Lesart: Für die „Verteidigungsaggressivität“ des Islam sei die Existenz des Staates Israel ein entscheidender Grund, denn in ihr würde sich jene feindselige und demütigende Überlegenheit zementieren, die die westliche Welt seit Napoleons ägyptische Feldzug gegenüber den Muslimen an den Tag legte. Gibt es also einen „kausalen Nexus“ zwischen der zionistischen Besiedlung Palästinas und islamistischen Selbstmordattentätern heute? Kritiker werfen Nolte vor, derartiges überhaupt in Erwägung zu ziehen.

Kann man es da Nolte ankreiden, wenn er vom Verrat des Westens an den Arabern spricht? Und es ist bekannt, daß während des israelischen Unabhängigkeitskrieges über 700 000 Araber vertrieben und 200 000 weitere zu Bürgern zweiter Klasse wurden. Noltes Bewertung lautet daher: Der Krieg von 1948 bis 1949 war ein Akt „gewaltsamer Verdrängung“ und der arabische Antisemitismus tst nicht nur „verständlich“, sondern auch „gerechtfertigt“. Sich in kollektive Befindlichkeiten hineinzuversetzen ist ein Weg zum tieferen Verständnis, anderswo wird er immer wieder eingefordert, so, wenn man von den Verfehlungen spricht, die den Vertreibungen der Deutschen vorangingen. Nolte will nun vor allem verstehen, deshalb betrachtet er die historischen Fakten auch aus der arabischen Sicht. Dafür gebührt ihm Respekt.

Die »Zeit« kritisiert Hinweise auf Israel

Die Geburt des Islamismus aus dem Geist des Zionismus – das ist gleichwohl eine problematische These. Es scheint, daß Nolte hier zu sehr der europäischen Tradition verhaftet ist: In ihr galt das Judentum im 19. Jahrhundert als Verkörperung einer unheilvollen neuen Zeit, das mit internationaler Dominanz in modernem Bankwesen, der Jurisprudenz und der Industrie gewachsene Lebensmuster zerstöre. Aber läßt sich das auch weltweit auf den islamistischen Totalitarismus beziehen und seine Verachtung gegenüber dem zwar reichen, aber dekadenten Westen?

Muslime leben heute zum größten Teil nicht im Nahen Osten, sondern in Nord- und Zentralafrika, in Asien und Indonesien. Pakistan und Afghanistan sind geradewegs vom Islamismus bedroht. Verbirgt sich dort hinter dem militanten Haß auf die US-Amerikaner tatsächlich das Bild der „jüdischen Weltverschwörung“? Nolte sagt dazu kein Wort.

Man hätte sich gewünscht, daß er seine Thesen mit vertieften Analysen der islamischen Religion und Philosophie untermauert hätte. Aber hierzu spricht er nicht genug Arabisch. So bleibt sein Buch nur das folgerichtige Ergebnis seines Ansatzes, den er in seinem Nachwort beschreibt: eine Annäherung an eine „Sache“, „unvollkommen“, und „widersprüchlich“. *Michael Böhm*

***Ernst Nolte: „Die dritte radikale Widerstandsbewegung: Der Islamismus“**, Landt Verlag, Berlin 2009, geb., 414 Seiten, 39,90 Euro*

Leben in der Endlosschleife

Roman über ermüdenden Alltag beim Sicherheitsdienst am Flughafen



„Eine junge Koreanerin steht vor mir und streckt mir ihre zarten, weißen Arme mit makelloser Haut entgegen ... Ihre Jeans ist so eng, daß ich beim Abtasten vom Bund mir den Finger abklemme, und der Finger bleibt stecken und wird bläulich ... Seltsam. Nichts piept ...“ Fluggäste abtasten, damit verdient die Romanfigur in „Fliegende Koffer“ ihr Geld. Sie arbeitet im Sicherheitsbereich am Frankfurter Flughafen und soll mit ihren Kollegen verhindern, daß potentielle Terroristen ihre tödliche Fracht mit an Bord eines Fliegers bringen.

Die Journalistin Annegret Held hat den Job ihrer Romanfigur Annette selbst einige Monate ausgeübt. Durch ihre eigenen Erfahrungen ist der Roman sehr authentisch. Sie beschreibt dabei nicht nur die zum Teil ermüdende und manchmal ans Absurde grenzende Aufgabe der Sicherheitsbediensteten, sondern wirft auch einen Blick auf die Angestellten selbst. Sie alle arbeiten für Kleinstlöhne, mühen sich in zermürbenden Schichtdiensten ab, ertragen den Unmut der Fluggäste und sehen keine Alternative zu ihrer Tätigkeit. Für die meisten ist der Job am Flughafen die einzige Chance, den Abstieg in Hartz IV zu vermeiden.

Sensibel nimmt sich Annegret Held der verschiedenen Schicksale der am Flughafen Gestrandeten an. Von der ehemaligen Entwicklungshelferin über einen ehemaligen Optiker und einen entlassenen Angestellten bis hin zu der der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern Entflohenen; sie alle eint ein von Routine durchsetzter Job. Um nicht in einer deprimierenden Milieustudie stecken zu bleiben, hat die Autorin ihrer Romanheldin noch eine Beziehung angedichtet: Annette trifft ihren ehemaligen Freund am Flughafen wieder. Schnell stellt sich jedoch heraus, daß sich Simon im Laufe der letzten zehn Jahre verändert hat. Statt Erholung vom Job wird der Versuch, die Beziehung wieder aufleben zu lassen, zu einer Marter. Und so sind es nachher die Kollegen, die trotz eigener Probleme Annette die Kraft geben, den privaten Schicksalsschlag zu meistern. *Bel*

***Annegret Held: „Fliegende Koffer“**, Eichborn, Berlin 2009, geb., 293 Seiten, 19,95 Euro*

Luxus statt Liebe

Ein Sohn erkennt die Schwächen seiner Eltern



Sean Wilsey wuchs als Sohn einer reichen Familie auf. Beim Titel seiner Autobiographie „Mein wunderbares Leben“ würde man dementsprechend zunächst eine Jugend geprägt von Luxus, Partys und spektakulären Urlauben vermuten. Doch überrascht Wilsey den Leser mit einem Rückblick ganz anderer Art.

Weder vom Vater, einem erfolgreichen Geschäftsmann aus San Francisco, noch von seiner wunderschönen, aber egomanen Mutter oder seiner verschlagenen Stiefmutter Dede wirklich geliebt, verbrachte Sean Wilsey seine Jugend in verschiedenen mehr oder minder schrecklichen Internaten und Privatschulen.

Von seinen Eltern als unerziehbarer Härtefall abgestempelt, da sie zu blind und egoistisch waren, um zu sehen, daß ihr Sohn lediglich um Liebe und Zuwendung kämpfte, wurde Wilsey von einer Schule zur nächsten geschoben.

„Dad hatte das Interesse an mir verloren und jegliche Hoffnung aufgegeben, das spürte ich. Als der Ausbildungsberater Woodhall empfahl, meldete Dad mich hastig dort an, damit ich möglichst schnell wieder 5000 Kilometer von ihm entfernt war und nicht etwa zu Hause wohnen mußte. Er hatte es ja nun geschafft, mich aufs Internat zu befördern. Da ich aber in St. Marks rausgeworfen wurde, hatte ich dieses perfekte Arrangement – daß ich nicht mehr Teil seines Lebens war ... – wieder zerstört. Mom war zu sehr mit ihrer Friedensmission beschäftigt, um einzuschreiten. Deshalb flog Dad mich nach Bethlehem zum Vorstellungsgespräch ...“

Internet statt gemeinsame Zeit

Enttäuscht über das Verhalten, jedoch frei von Verbitterung deutet Wilsey einerseits das sorgenfreie, glückliche Leben an, das er hätte führen können, wenn seine Eltern ihn geliebt hätten, und beschreibt andererseits das rebellische, trotzige, oftmals verzweifelte Leben, welches er als Teenager zu führen sich gezwungen sah.

Hierbei erhält der Leser einen interessanten, wenn auch eher negativ geprägten Einblick in das blasierte Verhalten verzogener, reicher Privatschüler mit denen Wilsey, nebenbei gesagt, eher wenig anzufangen wußte.

Doch wie so oft im Leben kommt mit dem Älterwerden der Blick fürs große Ganze. Mit den Jahren begannen die wirren Puzzleteilchen für Wilsey ein Bild zu ergeben, und das Wissen, daß auch seine Eltern in gewissen Dingen schwach waren und nicht aus ihrer Haut konnten, erklärte vieles und kühlte seinen jugendlichen Zorn ab. Begreifen und Vergebung waren die Folge.

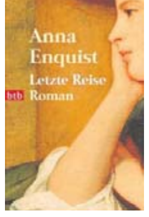
Und so steckt in dem Titel „Mein wunderbares Leben“ sicherlich schon eine deftige Prise Sarkasmus, was Wilseys Vergangenheit betrifft, doch wenn man das Nachwort liest, auch eine Menge Wahres, sofern man den Titel auf sein heutiges Leben als Erwachsener, Ehemann und Vater bezieht.

„Mein wunderbares Leben“ ist somit nicht nur aufgrund der Jugend und der Verhältnisse, in denen Sean Wilsey aufgewachsen ist, interessant, sondern auch aufgrund der Entwicklung des Autors als Person. *A. Ney*

***Sean Wilsey: „Mein wunderbares Leben“**, Goldmann Verlag, München 2008, geb., 445 Seiten, 19,95 Euro*

Die Frau des Seefahrers

Roman über das Leben von Elizabeth Cook



Der britische Seefahrer und Entdecker James Cook (1728–1779) ist vielen ein Begriff. Bekannt wurde der Sohn eines Tagelöhners vor allem durch seine drei Fahrten in den Pazifischen Ozean, auf denen er zahlreiche Inseln entdeckte, vermaß und kartographierte. Darüber hinaus bekämpfte er die auf Seereisen auftretende Vitaminmangelerkrankung Skorbut, indem er seine Mannschaft zum Verzehr von Zitronen und Karottengelee zwang.

Literatur über das Leben des berühmten Seefahrers gibt es bereits genug. Das seiner Ehefrau Elisabeth Batts jedoch ist uns weniger bekannt. Sie ist die Hauptfigur in Anna Enquists Roman „Letzte Reise“. Elizabeth war eine starke und intelligente Frau.

Die niederländische Autorin erzählt äußerst eindrucksvoll das Schicksal der ewig wartenden Seemannsfrau. Die gelernte Konzertpianistin und Psychoanalytikerin schildert die Distanz und Nähe, die Elizabeth bedingt durch die Abwesenheit ihres Mannes empfindet. Der Leser erfährt auch etwas über ihre leidenschaftlichen Gefühle für Hugh Palliser – dem Förderer von James Cook –, der ihr während Cooks Abwesenheit immer eine moralische Stütze war.

Elizabeth ist enttäuscht, als ihr Mann seine dritte Reise antritt. Nach seiner zweiten Reise hatte Cook aufgrund seiner Erkenntnisse über Skorbut eine leitende Stellung in einem Krankenhaus für Marineveteranen angenommen. Aber die See ist seine Bestimmung.

Den Mann und alle sechs Kinder überlebt

Er bietet sich freiwillig an, den Vorzeige-Polynesier der Londoner Gesellschaft „Omai“ in sein Land zurückzubringen. Von dieser Reise wird Cook nie wieder zurückkehren. Die im Jahr 1741 geborene Elisabeth Batts wurde 94 Jahre alt und überlebte nicht nur ihren Mann, sondern auch all ihre sechs Kinder. Der Tod ist neben der Seefahrt eines der zentralen Themen des Romans. Oft endete zu dieser Zeit die Geburt eines Kindes mit dessen Tod.

Obwohl „Letzte Reise“ kein autobiographischer Roman ist, ist es kein Zufall, daß sich Enquist ausgerechnet die Geschichte von Elizabeth Cook ausgesucht hat. Denn wie es ist, sein Kind zu überleben, weiß die Autorin aus Erfahrung, da sie ihre Tochter Margit beerdigen mußte. Diese kam mit 27 Jahren bei einem Autounfall zu Tode. Im Nachwort schreibt die Autorin, daß sie das Thema des Romans aufgrund eines Telefonats mit Margit gewählt hat. Diese hatte ihr mitgeteilt, daß ein Bericht über Cook in der Zeitung stehe. Die Erinnerung an dieses Telefonat habe ihr geholfen, das Buch fertigzustellen. Ihre Erfahrungen verarbeitet Enquist allerdings anderorts, in ihrem 2008 veröffentlichten Roman „Kontrapunkt“.

An einigen Stellen wirkt Elizabeth ein wenig zu modern und emanzipiert in ihrer Einstellung zu ihrem Mann, was ein wenig unglaubwürdig für eine Frau im vorviktorianischen Zeitalter anmutet. Es scheint, als habe die Autorin wenig Distanz zu ihrer Hauptfigur. Trotzdem ist der Roman fesselnd und für denjenigen, der sich in leichter Lektüre über das Leben von James Cook informieren möchte, richtig. *Vittoria Finzi*

***Anna Enquist: „Letzte Reise“**, btb, München 2008, geb., 413 Seiten, 9 Euro*

MELDUNGEN

Deutsche lieben Deutsch

Mannheim – Die Deutschen mögen die deutsche Sprache, viele sorgen sich aber um deren Zukunft. Wie das Institut für Deutsche Sprache in Mannheim ermittelt hat, hegen 85 Prozent der Deutschen Sympathie für ihre Muttersprache, nur vier Prozent empfinden Abneigung. Gut 30 Prozent sorgen sich allerdings um deren Entwicklung, 80 Prozent wünschen sich gezielte Sprachförderung und 60 Prozent wollen, daß Deutsch in den EU-Gremien mit Englisch und Französisch gleichgestellt wird. *H.H.*

Polen fliegen auf Sachsen

Dresden – Von 2000 bis 2008 hat sich die Zahl polnischer Touristen in Sachsen auf über 30000 fast verdoppelt. Allein im Vergleich zu 2007 stieg ihre Zahl 2008 um beinahe 19 Prozent. Um diesen Trend weiter zu verstärken, will Sachsen noch mehr in Polen werben, so in einem auflagenstarken Reisemagazin und auf Tourismusmessen in Warschau und Posen im kommenden Herbst. *H.H.*

ZUR PERSON

Mit gutem Beispiel voran

Im Kampf gegen Schattenwirtschaft und Korruption hat Rußlands Präsident Dmitrij Medwedew – wie schon seine Vorgänger Wladimir Putin und Boris Jelzin – eine Anordnung erlassen, nach der höchste Staatsbeamte zum 1. April eines Jahre ihre Einkünfte offenlegen müssen. Dieser Anordnung ist auch **Georgij Boos**, seit dem 28. September 2005 Gouverneur des Königsberger Gebiets, nachgekommen. Wie schon in früheren Jahren, ging der 46jährige mit gutem Beispiel voran und spendete seine Gouverneursbezüge den Kinderheimen im Gebiet. Diese betrugen im vergangenen Jahr umgerechnet zirka 20000 Euro. Der in Moskau geborene Boos ist Vater von fünf Töchtern. Sein Einkommen nebst Zinsen aus Einlagen bei Banken und Kreditanstalten gab Boos mit 12,5 Milliarden Rubel (rund 300000 Euro) an. Daneben hält er Wertpapiere und Firmenanteile im Wert von 105,5 Millionen Rubel (etwa 2,4 Millionen Euro). Weitere 3,5 Millionen Rubel (zirka 80000 Euro) verbuchte er unter sonstige Einnahmen. Privat besitzt Boos mehrere Immobilien.



Erst kürzlich gab Boos ein weiteres Beispiel seines Engagements für Königsberg und seine Menschen, als es um den Wiederaufbau des Königsberger Schlosses ging. Seit drei Jahren gibt es Pläne hierfür, ein Modell wurde bereits angefertigt und ausgestellt. Trotz vielfacher Wünsche der Bewohner kam das Projekt bislang jedoch nicht in Gang, unter anderem aus finanziellen Gründen. Nun schlug Georgij Boos vor, die Königsberger in einem Referendum über den Wiederaufbau abstimmen zu lassen. Sollten sie mehrheitlich dafür sein, würden die notwendigen Mittel schon aufzutreiben sein, so Boos. Finanzielle Unterstützung hatte seinerzeit auch Wladimir Putin zugesagt. *M. Rosenthal-Kappi*



Von der Wirtschaft lernen Zeichnung: Mohr

Außergewöhnlich

Wie uns Lügen zum Lachen bringen oder auch nicht, warum in der Not der Gürtel platzt, und wer aus Guantánamo erwartet wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Manche Lügen machen dem Belogenen richtig Spaß. Kinder, die unbeholfen oder auf abenteuerliche Weise über eine Bagatelle hinwegflunkern, sind ein Härtetest für die Lachmuskeln: Die Ohren rotglühend, die Sprache tapsig oder frech. Man kann kaum an sich halten. Doch als Erwachsener will man den Anschein vom Ernst der Lage nicht gefährden und reißt sich unter Anspannung aller Gesichtsmuskeln eisern zusammen.

Begeistern kann auch das genaue Gegenteil des Kinderschwindels: das ausgefeilte Lügengebäude von machiavellistischer Grandezza nämlich. Ein feinziseliertes Kunstwerk, das uns auf die allerabgefeimteste Art hinters Licht führen soll. Solche Meisterstücke sind zwar ganz und gar nicht zum Lachen, aber doch alle Bewunderung wert.

Dann gibt es noch eine dritte Variante, bei der man zwischen Zorn und Belustigung hin- und herschwankt. Dem Muster nach entspricht sie der Kinderlüge. Daß sie aber von Erwachsenen ausgeheckt wird, setzt unserer Nachsicht Grenzen. Wir sehen zwar wieder die lustigen roten Ohren, doch unser Lachen gerät ein bißchen säuerlich.

So wie neulich im Bundesrat, als dort der blaue Dunst einer „Schuldenbremse" den Saal einhüllte, wie zwei Wochen zuvor bereits den Bundestag. Schon das Wort ist pure Schummelei. 2016 (Bund) und 2020 (Länder) wollen sie dem Beschluß zufolge drauftreten auf die Bremse. Von da an werden also keine neuen Schulden mehr gemacht, soll der wohlmeinende Staatsbürger nun glauben.

Tut er auch, bis er auf die Ausnahmebestimmungen stößt, an denen sein Vertrauen sogleich zerschellt. Denn Schulden machen darf der Staat trotz „Bremse" weiterhin bei Naturkatastrophen (geschenkt) und – „außergewöhnlichen Notsituationen"!

Ein Hintertürchen so groß wie ein Palastportal. Mögen bei „außergewöhnlichen Notsituationen" die älteren Semester noch an Krieg, Hunger und Blockade denken, so haben unsere zeitgemäßen Politiker den Begriff zu einem superelastischen Allesentschuldiger erweitert. Auch Wirtschafts- und Finanzkrisen, wie sie moderne Industriestaaten rhythmisch alle paar Jahre heimsuchen, haben sie unter die Rubrik „außergewöhnlich" gepackt und sich so das erwünschte Schlupfloch geschaffen.

Denn ist die Krise, die „außergewöhnliche Not", denn je zuende? Man muß die Wurst der Normalität nur hoch genug hängen, wenn man sie auf keinen Fall in die Finger bekommen möchte. Annähernde Vollbeschäftigung als Maßstab dafür, daß die „außergewöhnliche Notsituation" überwunden ist, genügt schon: Die hatten wir vor 36 Jahren das letzte Mal. Und wenn wir sie wieder haben werden, dann spätestens fliegt uns die Überalterung des Volkes „außergewöhnlich" um die Ohren.

> Für alle Fälle: Die Schuldenbremse hat ein Hintertürchen so groß wie ein Palastportal

Die Sache ist also geritzt. In den dünnen Mantel der „Schuldenbremse" gehüllt haben die Parteien gründlich vorgesorgt, daß sie auch in Zukunft noch auf Kosten der Zukunft prassen können.

Daß sie damit so geräuschlos durchkommen, läßt tief blicken, tief hinunter auf das Niveau, auf welches das Ansehen der Politiker mittlerweile gefallen ist. Natürlich glauben wir ihnen den Quatsch keine Sekunde. Wir haben aber gar nichts anderes erwartet „von denen", weshalb außer ein bißchen Grummeln und bitterem Grinsen kaum eine Regung in uns emporsteigt. Das hier wäre jetzt die Stelle, um über den Zustand der Demokratie, das gestörte Verhältnis zwischen Politik und Volk etc. zu lamentieren. Aber wie Sie wissen, sind Sie in dieser Kolumne sicher vor solchem Gedröhn, andernfalls würden Sie sie ja nicht lesen.

Und dann würden Sie nie erfahren, was nach der Krise kommt. Die Finanzminister der G8-Staaten stellten soeben ihre angebliche Ratlosigkeit in Fenster und versprachen als einziges ausgerechnet das, was ihnen nun wirklich niemand abnimmt: Daß der Internationale Währungsfonds einen Weg finden werde zu verhindern, daß sich aus der derzeitigen Lawine an frischem Geld gleich nach Ende der akuten Krise das Ungeheuer der Inflation erhebt – dabei riechen die Rohstoffmärkte bereits seinen schwefligen Atem. Anders gesagt: Daß sich der Rohöl-Preis in den letzten Monaten verdoppelt hat trotz zurückgehenden Verbrauchs, das stinkt wie der Vorbote einer üblen Geldentwertung, die parallel zum Ausklingen der Krise an Fahrt gewinnen wird, wie immer mehr Fachleute warnen.

Und was kommt noch? Experten sagen voraus, daß es nach der Krise heftigen Streit in der EU geben werde, weil etliche Mitglieder versuchen würden, sich auf Kosten anderer EU-Staaten zu sanieren. Da sind wir doch froh, daß Helmut Kohl und sein Scheckbuchdiplomat Genscher nicht mehr im Amt sind. Denn auf welches Land sich die gierigen Blicke richten werden, da haben wir schon eine ganz präzise Ahnung.

Manches ändert sich eben nie, was etwas Beruhigendes hat in einer Zeit, in der so vieles unvorhersehbar erscheint. Schon unsere Redewendungen zeigen an, daß die alten Erfahrungen nicht mehr greifen: Wir durchlebten „magere Jahre", hört man immerfort, daher müßten wir „den Gürtel enger schnallen". Alles Unsinn, das war mal, heute ist es geradewegs umgekehrt: US-Mediziner schlagen Alarm, weil ihren Landsleuten infolge der Krise die Gürtel regelrecht von der Wampe knallen. Die miese Wirtschaftslage macht sie sprunghaft fetter. Grund: Während „magere Jahre" die Leute früher zu schmaler, fettarmer Kost wie Kartoffeln und so gut wie kein Fleisch nötigte, füllt die Flaute in den Portemonnaies der Amerikaner heute die billigen Fast-Food-Buden, wo es Fettmacher zum Spottpreis gibt.

Für die Deutschen liegen noch keine vergleichbaren Untersuchungen vor. Wir hoffen doch, daß es hier nicht auch so kommt. Schließlich kann man aus einer Krise ja auch etwas Positives ziehen, wie ausgewählte Landsleute beweisen. Eine Meldung sagt, daß die Scheidungsrate bei Unternehmern plötzlich sinkt. Die Trennungswilligen ziehen ihre Anträge zurück, weil ihnen der Unterhalt für die künftige Ex unbezahlbar erscheint. Na, vielleicht regt die erzwungene Denkpause die Scheidungswilligen sogar zu neuem Nachdenken an und die Ehe bleibt bestehen. Dann hätten wir die erste Wirtschaftskrise erlebt, der wir die Rettung von Familien verdanken.

Das Beste aus der Krise machen, das wollte auch Ex-Arcandor-Chef Thomas Middelhoff. Voll des stolzen Gefühls, ein „aufgeräumtes Haus" hinterlassen zu haben, wie er öffentlich meinte, verließ er den Konzern kurz vor dem Wasserfall. Nicht schlecht. Besser noch: Middelhoff hatte sich an dem Fonds beteiligt, an den die Karstadt-Häuser unter seiner Leitung verkauft und von dem sie zurückgemietet worden waren – zu völlig überhöhten Mieten. Hätte der Konzern nun Staatsgeld erhalten, wäre ein Teil davon direkt in Middelhoffs Taschen geflossen. Tja, leider nichts geworden, woran vor allem dieser „Baron aus Bayern" schuld sein soll. Der wollte ja am liebsten auch die künftigen Opel-Ausschlachter, ob Magna/Sberbank, Fiat oder wer auch immer, um ihre deutsche Subventionsbeute bringen. Frank-Walter Steinmeier kann nicht verstehen, warum so ein herzloser Typ wie Karl-Theodor zu Guttenberg in Deutschland überhaupt Politik machen darf, Middelhoff vermutlich auch nicht.

Weit mehr Verständnis hat der Außenminister für die Nöte der Guantánamo-Häftlinge, für deren Aufnahme er sich vehement einsetzte. Nun kommen Einzelheiten über die Personen heraus, welche die USA gern an Deutschland loswürden. Darunter ein 40jähriger Tunesier, der Deutschland bereits verbunden ist: 1996 beantragte er unter falschem Namen Asyl und integrierte sich als Drogendealer und Kleinkrimineller in unsere Gesellschaft. 1999 in ein Terror-Camp nach Pakistan entschwunden, ging er dort 2003 den Amis ins Netz. Ein echtes Goldstück,

ZITATE

Der in Brüssel lebende Islam-Wissenschaftler ***Wahied Wahdat-Hagh warnt*** *im „Tagesspiegel" (16. Juni) vor* ***Illusionen*** *über den iranischen Ahmadinedschad-Gegner* ***Mussawi:***

„Hoffnungsträger Mussawi ist kein Reformer, sondern selbst ein Hardliner. Um das zu verstehen, reicht ein Blick in die 80er Jahre, als er Ministerpräsident Irans war. Sogar Ex-Präsident Chatami hatte einmal gesagt, daß er Reformer sei … Die Wahl war also ein inner-islamistische Konflikt … Die Demonstranten benutzen den Konflikt innerhalb des islamistischen Apparates … um gegen das System zu protestieren … Nur: Die Diktatur abschaffen will keiner der Kandidaten!"

Die Schriftstellerin ***Monika Maron*** *relativiert im „Spiegel" (15. Juni) Befürchtungen über eine* ***„neue Spaltung"*** *der Deutschen:*

„Wenn viele auf die Frage, ob sie sich als Bundesbürger fühlen, mit Nein antworten oder sich sogar zu ihrer DDR-Identität bekennen, neige ich dazu, das positiver zu bewerten, als es klingt. Das gilt ja nicht unbedingt der untergegangenen DDR, sondern auch den letzten 20 Jahren, in denen die Ostdeutschen sehr andere Erfahrungen gemacht haben als die Westdeutschen. Sie fühlen sich krisenerprobter."

Der Unterschied

Das „Volk" – der „demos" – hat die Wahl,
kann demokratisch walten
und souverän durch Stimmenzahl
sein Schicksal selbst gestalten.

Der Akt der Souveränität
ist maximal erfreulich,
wenn „alles" – „pan" –
zur Urne geht
wie in Europa neulich.

Wie heißt das schnell? Ist doch bekannt –
ist's Pandemie gewesen?
Wird's Pandämonium genannt?
Wo war das nur zu lesen?

Na, ist egal – denn wie wir sehn,
es gibt auch Theokraten,
und wer ist wohl der Souverän
in frommen Gottesstaaten?

Des Volkes Stimme, sagt man flott,
sei Gottes Stimme immer –
ist Gott das Volk? Sind Völker Gott?
Gemach, es kommt noch schlimmer:

Was ist, wenn mal das Volk sich irrt –
bei wem liegt dann der Fehler?
Bei Gott? Fürwahr, das macht verwirrt –
doch nicht am End' beim Wähler!

Das Volk, des eignen Glückes Schmied?
Ob Westen oder Osten –
im Grunde zeigt ein Unterschied
sich höchstens in den Kosten.

Man läßt das Volk im Glauben dran,
ob Osten oder Westen,
daß es durch Wahl was ändern kann –
und hält es bloß zum besten …

Pannonicus